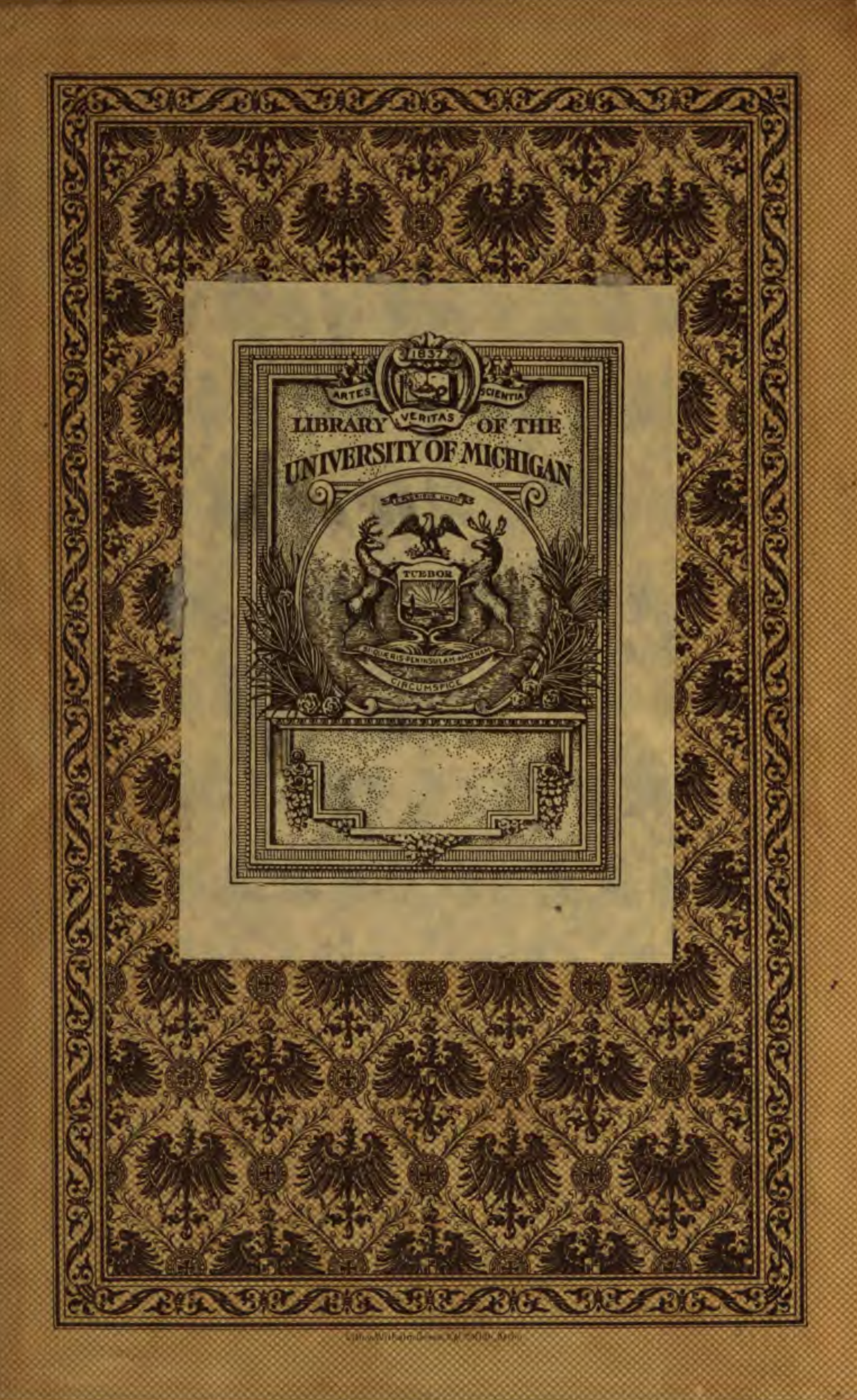
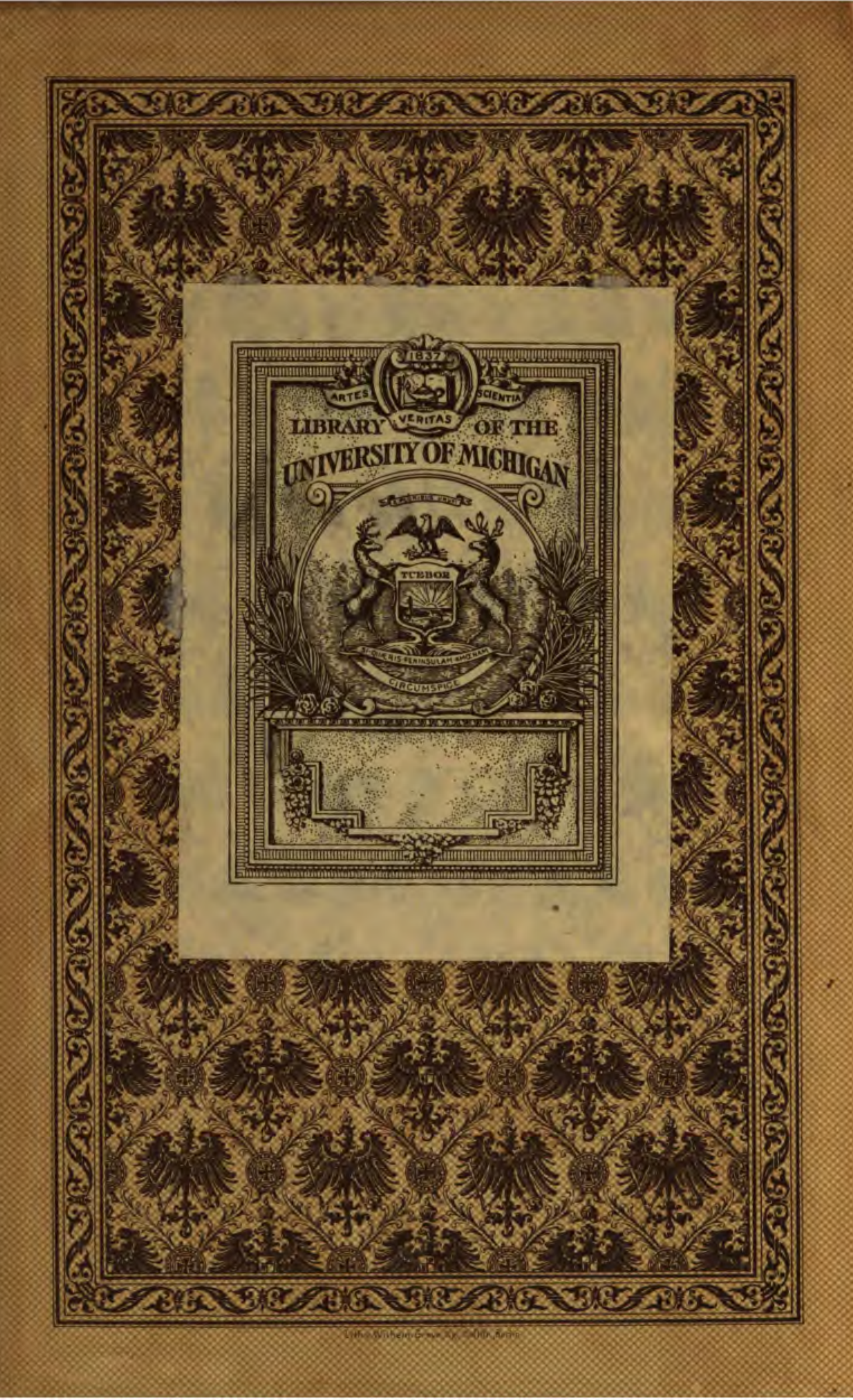
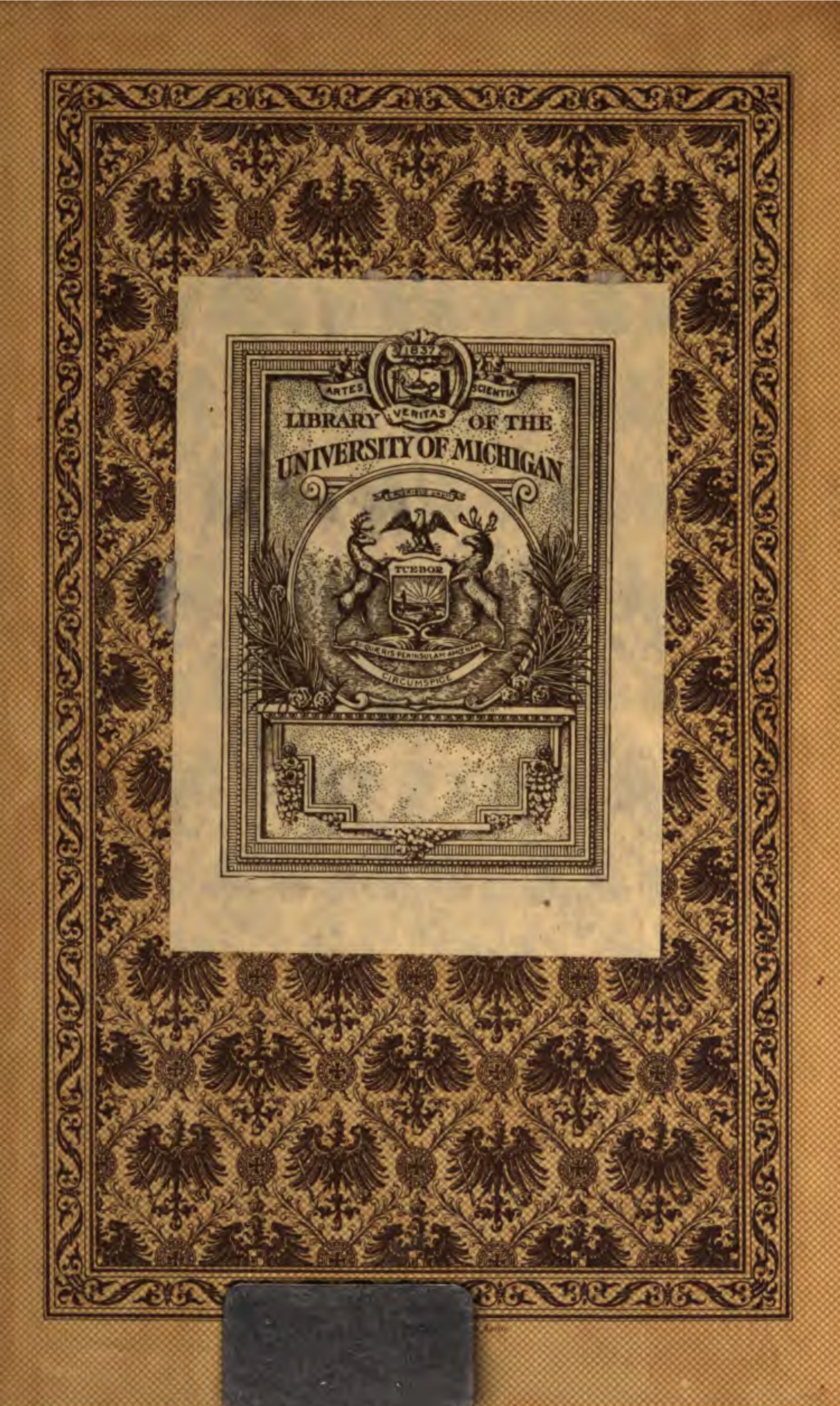



1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUÆRIS PENINSULAM AMŒNAM
CIRCUMSPICE




1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE




1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUÆRIS PENINSULAM AMŒNAM
CIRCUMSPICE



Gesammelte Schriften

und

Denkwürdigkeiten

des

General-Feldmarschalls

Grafen Helmuth von Moltke.



Siebenter Band.

Reden.

Nebst einem Sachregister zu Band I bis VII.

Berlin 1892.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—70.

Reden

des

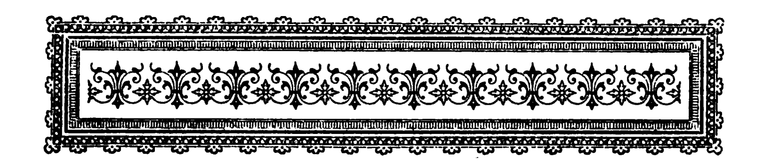
General-Feldmarschalls

Grafen Helmuth von Moltke.



Nebst einem Sachregister zu Band I bis VII.

Berlin 1892.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—70.



Vorrede zum siebenten Bande.

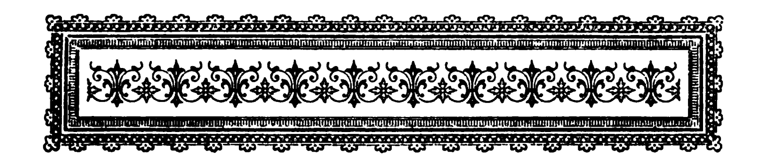
Der vorliegende siebente*) Band der „Gesammelten Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen v. Moltke" bringt die parlamentarischen Reden des Heimgegangenen. Als diese Reden zum ersten Male im Jahre 1879 gesammelt und herausgegeben wurden,**) hatte der Feldmarschall selbst die Druckbogen durchgesehen und zum Druck genehmigt.

Die hier vorliegende Neuausgabe ist nicht allein ergänzt für die späteren Lebensjahre des Feldmarschalls, sondern auch aus seinem Nachlasse bereichert durch eine Anzahl von Entwürfen zu Reden, die nicht gehalten worden sind. Die geschichtliche Einleitung und sachliche Gliederung des Stoffes verdankt das Werk der bewährten und hingebenden Thätigkeit des Herrn Dr. Rosenstein, des Bearbeiters auch der früher veröffentlichten Sammlung.

---

*) Der sechste Band des Gesammtwerkes enthält die dem Verlage der Deutschen Verlagsanstalt zu Stuttgart zugehörigen Briefe des Feldmarschalls an seine Braut und Gemahlin und ist durch das Entgegenkommen der Verlagsanstalt dem Gesammtwerke angegliedert worden.

**) Reden des Abgeordneten Grafen v. Moltke 1867 bis 1878. Berlin 1879. Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Königl. Hofbuchhandlung.



Vorrede zum siebenten Bande.

Der vorliegende siebente*) Band der „Gesammelten Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen v. Moltke" bringt die parlamentarischen Reden des Heimgegangenen. Als diese Reden zum ersten Male im Jahre 1879 gesammelt und herausgegeben wurden,**) hatte der Feldmarschall selbst die Druckbogen durchgesehen und zum Druck genehmigt.

Die hier vorliegende Neuausgabe ist nicht allein ergänzt für die späteren Lebensjahre des Feldmarschalls, sondern auch aus seinem Nachlasse bereichert durch eine Anzahl von Entwürfen zu Reden, die nicht gehalten worden sind. Die geschichtliche Einleitung und sachliche Gliederung des Stoffes verdankt das Werk der bewährten und hingebenden Thätigkeit des Herrn Dr. Rosenstein, des Bearbeiters auch der früher veröffentlichten Sammlung.

---

*) Der sechste Band des Gesammtwerkes enthält die dem Verlage der Deutschen Verlagsanstalt zu Stuttgart zugehörigen Briefe des Feldmarschalls an seine Braut und Gemahlin und ist durch das Entgegenkommen der Verlagsanstalt dem Gesammtwerke angegliedert worden.

**) Reden des Abgeordneten Grafen v. Moltke 1867 bis 1878. Berlin 1879. Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Königl. Hofbuchhandlung.

Wenn der Herausgeber diesen Band den vorangegangenen als letzten anschloß, so that er das in der Ueberzeugung, daß nur so die Absicht, der Gegenwart und Nachwelt ein möglichst vollständiges und treues Charakterbild unseres großen Helden zu bieten, erreicht werden kann; denn Moltkes thatkräftiges, von klarer Ueberzeugung und reiner Wahrheitsliebe durchdrungenes, durch die tiefste Kenntniß der behandelten Fragen überaus bedeutungsvolles und entscheidendes Eingreifen in die Verhandlungen unserer Volksvertretungen ist eines der herrlichsten Vermächtnisse, die der große Schweiger, hier ein großer Redner, der Nation hinterlassen hat. Auch aus den Reden wird Jedem, der sie nun aufs Neue liest, der edle Geist des Feldmarschalls entgegenleuchten; die Freude an dem vollendeten Werk der Einigung unseres Vaterlandes, an der mitzuschaffen ihm in so großartigem Maße vergönnt war, tritt wieder und wieder hell hervor, aber nirgends wird auch nur mit einem Worte der eigenen Mitwirkung dabei gedacht. Diese entsagungsvolle Bescheidenheit ist ein so liebenswürdiger und großer Zug seines Wesens, daß hier wohl noch einmal darauf hingewiesen werden darf, während der sachliche Inhalt der Reden für sich selbst spricht.

Moltke gehört der Geschichte an. Die ewig rollende Zeit bringt neue Anschauungen, neue Absichten und Ziele ans Tageslicht. Was Wunder, wenn Manches von dem, was er einst vertrat, nicht mehr in die Gegenwart hineinzupassen scheint. Lebte er noch unter uns, so würde er, dessen dürfen wir sicher sein, auch heute noch das Richtige, das dem Vaterlande Ersprießliche erkennen und, dazu berufen, es aussprechen. Er hatte stets den hohen Muth, sich über jeden Versuch, sein Urtheil in die Fesseln einer starren Doktrin zu schlagen, zu erheben, vielmehr, die wechselnden Ansprüche des staatlichen und militärischen Lebens

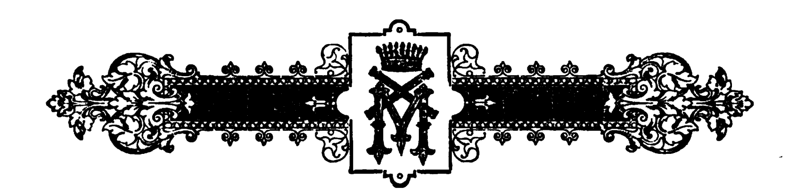
in weiser Voraussicht erkennend und in richtige Bahnen leitend, seine Ueberzeugung nach dem, was ihm recht, wahr und für des Vaterlandes Heil nothwendig erschien, sich zu formen. Dieser Eigenart Moltkeschen Geistes muß man bei Kenntnißnahme der Reden und der daraus zu ziehenden Nutzanwendungen sich bewußt bleiben.

Dem Bande ist ein Sachregister beigefügt, das den Inhalt der sämmtlichen sieben Bände in Stichworten nachweist. Die Bearbeitung war von dem Wunsche geleitet, daß dies Register recht vielen Freunden des gesammten Werkes es zu bleibendem Gebrauch offen erhalten möge.

Friedenau bei Berlin, den 26. Oktober 1892.

v. Leszczynski,
Oberstlieutenant.





Inhalts-Verzeichniß.

Seite

Einleitung 1

Entwürfe zu Reden im Zollparlament. 9

I. Preußen und die Einigung Deutschlands (S. 13). — Einheitliches Heer und Koalition (S. 15).

II. Schwächen des deutschen Nationalgefühls (S. 17). — Vergleich der Heeresmacht Nord- und Süddeutschlands (S. 19).

Reden im Reichstage und im Preußischen Herrenhause. 21

I. Ueber Verkehrswesen. 23

Nord-Ostsee-Kanal.

Richtung des Nord-Ostsee-Kanals (S. 23). — Kosten des Nord-Ostsee-Kanals (S. 25). — Etwaiger Nutzen desselben (S. 27).

Rhein-Ems-Kanal.

Binnenkanäle und Eisenbahnen (S. 29).

Post- und Eisenbahnwesen.

Tüchtigkeit der Post- und Eisenbahnbeamten (S. 30). — Offizier-Postmeisterstellen (S. 31). — Interesse der Militärbehörde an der Betriebsfähigkeit der Bahnen (S. 32). — Militärisches Interesse am Bau einer Eisenbahn von St. Ludwig bis zur Rheinhütte (S. 32). — Eisenbahnbauten in den Reichslanden (S. 33). — Konkurrenz im Eisenbahnwesen (S. 35). — Zur Verstaatlichung der Eisenbahnen (S. 37). — Militärische Gründe für die Einheitszeit (S. 39). — Die Einheitszeit im bürgerlichen Leben (S. 41).

Zur Befestigung von Köln und Straßburg.

Stadterweiterung von Köln (S. 43). — Stadterweiterung von Straßburg (S. 45).

Seite
II. Politische und militärische Einzelfragen. 46

Zum Gesetzentwurf über das Bundesschuldenwesen.
Verantwortlichkeit der Beamten (S. 47). — Deutschland als Frieden gebietende Macht (S. 49). — Zurückweisung einer irrthümlichen Deutung seiner Rede (S. 51).

Wahlberechtigung für Armee und Flotte.
Abweisung der Frage (S. 51).

Befreiung der Militärpersonen von der Kommunalsteuer.
Kommunalsteuer-Freiheit der Offiziere (S. 53). — Die Garnison und die Stadt (S. 55). — Die Heimat des Heeres das Vaterland (S. 57). — Theilnahme der Offiziere an den indirekten Steuern (S. 59). — Ungleichmäßigkeit der Kommunalsteuern in den einzelnen Garnisonen (S. 61). — Widersinn einer ungleichmäßigen Besteuerung der Offiziere (S. 63).

Deutsche Okkupationstruppen in Frankreich.
Im Kriege ist nur die schlechte Verpflegung zu theuer (S. 65). — Nützlichkeit der Konserven (S. 67). — Die Milliarden hat die Armee erobert (S. 69).

Ueber Arreststrafen.
Disziplin die Seele der Armee. Militärische Strafen (S. 71).

Kriegs- und Naturalleistungen.
Kriegsleistungen der Kommunen (S. 72). — Schonung von Kunstwiesen bei Truppenübungen (S. 73).

Verhältniß zu Oesterreich.
Zurückweisung der Mißdeutung einer früheren Rede (S. 74).

Zum Sozialistengesetz.
Die Sozialdemokratie und die Zukunft (S. 77).

Militärknaben-Erziehungs-Institut, Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach.
Zur Erstarkung des nationalen Geistes in den Reichslanden (S. 79).

Kasernement in Großenhain.
Kameradschaft und Kastengeist (S. 81).

Zum Militärpensions- und Reichsbeamten-Gesetz.
Finanzielle Lage des Offizierkorps (S. 83). — Gegen Kommunalbesteuerung der Offiziere (S. 85). — Die Stadt und die Garnisonen (S. 87). — Antrag auf Erlaß eines Militär-

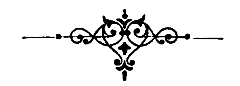
Seite

pensionsgesetzes (S. 88). — Zur Abänderung des Militär-pensionsgesetzes (S. 89). — Beamten- und Militärpensionen (S. 91). — Das Heer der Grundpfeiler des Friedens (S. 93).

III. **Zur deutschen Heeresverfassung.** 95

Nutzen der Militärdienstzeit für den Mann (S. 97). — Begrenzte Zahl der Offiziere. Kurze Dienstzeit in Oesterreich (S. 99). — Aufforderung, der Militärverwaltung zu vertrauen (S. 101). — Nothwendigkeit starker Angriffsheere (S. 103). — Schwierigkeit einer Mobilmachung (S. 105). — Ein Kriegsjahr verschlingt die Ersparnisse vieler Friedensjahre (S. 107). — Deutschfeindliche Stimmungen in Europa (S. 109). — Französische Opferwilligkeit für die Armee (S. 111). — Schädlichkeit des Milizsystems (S. 113). — Die Friedensstärke des Heeres darf nicht schwanken (S. 115). — Ein starkes Deutschland die sicherste Friedensbürgschaft (S. 117). — Gegen provisorische Bewilligung des Armeebudgets (S. 119). — Mißtrauen der Völker hindert den dauernden Frieden (S. 121). — Ueberlegenheit des französischen Heeres durch ausgedehnteres Kadresystem (S. 123). — Vertheilung der Regimenter über Deutschland (S. 124). — Bewaffneter Friede (S. 125). — Russische und französische Streitkräfte (S. 127). — Sittliche Erziehung durch längere Dienstzeit (S. 129). — Mahnung, die Ehre des Reichs und die Einheit der Nation zu schützen (S. 131). — Vermehrung der Armee und die Finanzen (S. 133). — Deutschlands vermittelnde Weltstellung (S. 135). — Gegen Bewilligungen auf kurze Zeit (S. 136). — Neue Opfer für militärische Zwecke (S. 137). — Unabsehbarkeit der Dauer des nächsten Krieges (S. 139).

Namen- und Sachregister für Band I bis VII 141







Einleitung.

Am 24. Februar 1867 eröffnete König Wilhelm die erste parlamentarische Versammlung Deutschlands, den Reichstag des Norddeutschen Bundes; „eine Versammlung, wie sie“, so heißt es in der Thronrede, „seit Jahrhunderten keinem deutschen Fürsten zur Seite gestanden hatte.“ Der beispiellos glückliche Feldzug des Jahres 1866 hatte es ermöglicht, auf den Trümmern des alten deutschen Bundes ein neues deutsches Staatswesen aufzurichten, welches wenigstens dem größeren Theile der Nation die so lange und so sehnsuchtsvoll erstrebte Einheit gewährte und gleichzeitig die Bürgschaft auf eine weitere zukunftsreiche, die gesammte Nation umfassende staatliche Organisation in sich trug. Es erschien wie eine dankbare Huldigung der Nation, daß in diesen ersten Reichstag eine Anzahl der bewährtesten Generale gewählt wurde, deren Führung die glücklichen Erfolge des Krieges in erster Linie zu danken waren. Daß unter diesen der Chef des Generalstabes, General v. Moltke nicht fehlen durfte, verstand sich von selbst. Drei verschiedene Wahlkreise (Memel-Heydekrug, Fürstenthum, Bitterfeld-Delitzsch) gaben ihm ihre Stimmen. Auch in

Berlin war er damals als Reichstagskandidat aufgestellt; er unterlag indessen seinem Gegenkandidaten **Wiggers**. „Ich gönne es der Stadt Berlin, wenn ich durchfalle", schrieb er am 28. Januar 1867 seinem Bruder **Adolf**.*)

Moltke hat dem deutschen Parlamente ununterbrochen für denselben Wahlkreis (Memel-Heydekrug) bis zu seinem Tode angehört und, soweit er nicht im Felde war, wie 1870/71, wenige Sitzungen desselben versäumt. Seit dem Jahre 1881 übernahm er regelmäßig als Alterspräsident die Eröffnung der Legislaturperioden. Zu Anfang des Jahres 1872 wurde er durch Allerhöchstes Vertrauen ins Herrenhaus berufen, an dessen Arbeiten er sich mit nicht minder regem Eifer betheiligte. Zum letzten Male erschien er im Reichstage zwei Tage vor seinem Tode, und der letzte Weg, den er in seinem Leben machte, führte ihn am 24. April 1891 Nachmittags — es war wenige Stunden vor seinem am Abend desselben Tages erfolgenden Tode — von einer Herrenhaussitzung seiner Wohnung zu. — Seine nie ermattende Pflichttreue hat er wie in all seinem Thun so auch im politischen Leben bekundet. Kein Abgeordneter war im Besuch des Reichstags gewissenhafter als er, und keiner im Hause übertraf ihn an Eifer, über die zur Verhandlung stehenden Fragen vollste Klarheit zu gewinnen.**) — **Moltke** hat es verstanden, sich eine hochangesehene Stellung im Reichstage wie im Herrenhause zu verschaffen. Nur wenige gab es unter den Abgeordneten, die in so hohem Maße die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln wußten. Sobald er als Redner auftrat, änderte sich das Aussehen der Versammlung mit einem Schlage; tiefe Stille lagert sich über den ganzen Saal, von allen Seiten drängt man sich nach der Stelle, von der er spricht, um keines seiner Worte zu verlieren. Gegner wie Verehrer lauschen mit

*) Gesammelte Schriften IV, Seite 184.

**) Erinnerung eines Fraktionsgenossen. Gesammelte Schriften V, Seite 291.

gleicher Aufmerksamkeit seinen Ausführungen, deren Gewicht sich Niemand zu entziehen vermag. Was er vorbringt, ist von so hervorragender Sachlichkeit, so ganz und gar auf den zur Erörterung stehenden Gegenstand berechnet, von so durchsichtiger, jedes Mißverständniß ausschließender Klarheit, dabei so einfach und edel in der Form, daß es des Eindrucks nie verfehlt und den Gegner stets belehrt und ihm zu denken giebt, auch wenn es seine Ansicht nicht besiegt. Nie haben sich an Moltkes Reden jene von Bitterkeit überströmenden persönlichen Bemerkungen geschlossen, an denen unser parlamentarisches Leben vielfach krankt. Was er sagt, gilt stets der Sache; der vornehmen Gehaltenheit seines Wesens liegt nichts ferner als eine absprechende Kritik von Personen. Moltke darf den seltenen Ruhm in Anspruch nehmen, nur über solche Dinge geredet zu haben, die er vollauf versteht. Kein Zweifel, daß ein Mann von einer solchen Schärfe des Verstandes und einer so reichen Fülle des Wissens sich vollaus gereifte und jedenfalls höchst beachtenswerthe Ansichten auch über Fragen gebildet hat, die nicht unmittelbar zu seinem Berufe gehören. Er hat es indessen, mit Ausnahme der Reden über das erste Sozialistengesetz und die Einheitszeit, vermieden, von anderen Dingen zu reden als solchen, die sich auf Militärisches und mit diesem unmittelbar zusammenhängende politische Fragen bezogen. Er ist immerdar beflissen gewesen, den unzertrennlichen Zusammenhang der Interessen der Armee mit denen von Staat und Volk deutlich zu machen.*) Dennoch kann man nicht sagen, daß er eben nur der technisch-militärische Rathgeber des Hauses bei einschlagenden Fragen gewesen wäre. An seine bezüglichen Ausführungen knüpfen sich vielfach Darlegungen seiner Anschauungen über innere und äußere politische Fragen, die nie verfehlt haben, einen bedeutenden Ein-

*) Gedächtnißrede des Geheimraths Ernst Curtius in der Akademie am 2. Juli 1892 in den Gesammelten Schriften V, Seite 332.

druck zu machen und den Feldmarschall als einen Politiker erscheinen lassen, der über die höchsten Ziele des Staatswesens sich Klarheit zu verschaffen bemüht gewesen ist.

Daß Moltke als ein Mann von entschieden konservativer, unweigerlich regierungstreuer Gesinnung erscheint, kann nicht Wunder nehmen. Nichts aber deutet darauf hin, daß er jener wenigstens früher nach Geltung strebenden Richtung angehört hat, die alles Verfassungswesen nur als einen vorübergehenden Nothbehelf ansah, mit welchem im Interesse eines straffen Absolutismus über kurz oder lang ein Ende gemacht werden müsse. Da er die Pflichten eines Abgeordneten übernommen hatte, dachte er über seine Aufgabe zu hoch, um solchen Gedanken Raum zu geben. Namentlich im Beginn seiner parlamentarischen Thätigkeit, als die Verfassung des Norddeutschen Bundes zur Berathung stand, haben die Verhandlungen des Reichstags einen sehr bedeutenden Eindruck auf ihn gemacht. Verschiedene Briefe aus den Jahren 1867 und 1868 legen Zeugniß dafür ab. Wir heben besonders den Brief vom 10. März 1867 an seinen Bruder Adolf hervor,*) in welchem es heißt: „Die Verhandlungen im Reichstage nehmen eine schreckliche Zeit fort, aber sie sind im höchsten Grade interessant jetzt, wo endlich die Vorberathungen und Wahlprüfungen beendet sind. Es sind doch sehr bedeutende Talente in dieser Versammlung, und neben diesen fallen die konventionellen Phrasen, die Reden um zu reden, gänzlich durch. Es ist doch, als ob selbst die helleren Geister aus dem kleinstaatlichen Leben nur den beschränkteren Gesichtskreis mitbringen . . . . . . Ebenso habe ich mit großem Interesse Waldeck gehört, welcher von seinem dem Partikularismus entgegengesetzten, liberalen, fast republikanischen Standpunkt die Regierungsvorlage verwirft. In lautloser Stille hörte die Versammlung die Vorträge von Braun-Sachsen, Miquel-Osnabrück und Wagner

*) Gesammelte Schriften IV, Seite 185.

für die Vorlage und zweimal replizirte Bismarck in wahrhaft staatsmännischer Rede. Ich sammle die stenographischen Berichte... es ist wohl der Mühe werth, daß du die Reden nachträglich einmal liest. Schon nach dieser zweitägigen allgemeinen Diskussion habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verwerfung des Verfassungsentwurfs eine Unmöglichkeit ist. Die Opposition muß sich auf die Berathung der Einzelparagraphen werfen; sie kann im Großen nichts verderben, so fängt sie's dann im Kleinen an."

Moltke hat nicht gerade oft das Wort ergriffen, seine Reden sind, wie er sich selbst ausdrückt, nicht zahlreich und jedenfalls nicht lang. Er hat im Ganzen 41 mal in den 24 Jahren, die er dem Reichstage angehörte, das Wort genommen; dreimal sprach er im Herrenhause. Was seinen Reden an Ausdehnung abgeht, das wächst ihnen reichlich an Gewicht und innerem Werth zu, und wohl verdienen sie es, daß sie den allenfalls nur von dem Historiker oder Politiker von Fach nachgeschlagenen stenographischen Berichten entnommen und dem Volke zugänglich gemacht werden. Oft sind es nur kurze Bemerkungen, fast regelmäßig aber sind sie für die Frage, die gerade behandelt wird, von einem bleibenden Werthe. Diese kürzeren Aeußerungen, soweit sie sich gesondert und nicht im Anschluß und als Ergänzung einer größeren Rede anführen lassen, beziehen sich vorwiegend auf militärisch-technische Einzelfragen, und zwar wesentlich zu Gunsten der Landesvertheidigung und Wehrfähigkeit. Dahin gehören in erster Linie die Ausführungen über den Nord-Ostseekanal sowie über den Bau eines Schifffahrtskanals vom Rhein nach der unteren Ems. Von nicht minder großem Interesse sind seine Ausführungen über das Eisenbahnwesen und über die Verwendung und Ausnutzung der Eisenbahnen zu Kriegszeiten; war doch Moltke der erste unter den Feldherren der Neuzeit, der die Bedeutung dieses wichtigen Faktors in seinem ganzen Umfange nicht bloß aner-

kannte, sondern auch in praktischer Weise verwerthete. Die deutsche Armee war die erste, die eine technisch ausgebildete Eisenbahntruppe besaß. Bei großen Besichtigungen vor dem Kaiser pflegte sich Moltke an die Spitze jener Truppe zu stellen und sie dem erlauchten Kriegsherrn vorzuführen. Wo die Gelegenheit sich bot, ist Moltke bei den einschlagenden Fragen eingetreten, sei es durch rückhaltlose Anerkennung der außerordentlichen Leistungen der Eisenbahn- und Postbeamten im letzten Kriege, sei es da, wo es sich um technische Einzelfragen, oder um Anlagen neuer Bahnen handelte. — Es schließen sich daran die interessanten Bemerkungen, zu denen er anläßlich der Frage über den Umbau der Festungen besonders in Bezug auf Köln und Straßburg Veranlassung nahm. —

Neben diesen auf die Erhöhung der Wehr- und Vertheidigungsfähigkeit des Vaterlandes bezüglichen Ausführungen hat Moltke bei jedem sich bietenden Anlaß, auch da, wo es sich um Fragen von etwas begrenzterem Gesichtskreis handelte, mit großer Entschiedenheit das Wohl der Armee in allen ihren Beziehungen vertreten. Wir verweisen u. A. auf seine Aeußerungen über Arreststrafen, über Kasernements und Offizierkasinos, über Kriegs- und Naturalleistungen, über die Verpflegung der deutschen Okkupationstruppen in Frankreich, sowie über die Verwendung der hierbei gemachten Ersparnisse. Mit großem Nachdruck hat er die Besserung der Lage der Offiziere bei der Pensionirung gefordert, und namentlich wirksam verfocht er die Befreiung derselben von den Kommunalsteuern. Ueberall macht er hierbei die Gesichtspunkte billiger Rücksichtnahme geltend und hat zur Verständigung über die Interessen der Armee das Meiste beigetragen.

Ueber die Bedeutung der Reden, die Moltke bei der Berathung der Gesetzentwürfe über die Umbildung des preußischen Kriegswesens in ein deutsches und dessen Ausbau hielt, bedarf es keines Wortes. Diese Reden sprechen für sich selbst; sie er-

heben sich weit über den Kreis ihrer jeweiligen parlamentarischen Wirksamkeit; sie gehören der Geschichte an, und nicht bloß vom Standpunkte des Militärs, sondern auch des Staatsmannes gehalten, werden sie unvergessen bleiben, solange von deutschem Heer und Volk und von den eigenartigen Schwierigkeiten, unter denen sich die Begründung und erste Entwickelung des deutschen Staatswesens vollzogen hat, die Rede ist. Sie sind ein bedeutungsvolles und unwidersprechliches Zeugniß für die bedenkliche Lage, in der sich Deutschland seinem westlichen und in dem letzten Jahrzehnt auch seinem östlichen Nachbarn gegenüber befindet. Der von ihm mit so großem Nachdruck verfochtene Standpunkt, daß nicht der Ehrgeiz der Regierenden, sondern die Stimmungen der Völker den Frieden gefährden, gab seinen Ausführungen eine nicht abzuweisende Ueberzeugungskraft. — Als Moltke im Jahre 1888 seine Entlassung als Chef des Generalstabs nahm, hat er trotz seines hohen Alters nicht daran gedacht, aus seiner Stellung als oberster Berather seines Volks in militärischen Dingen zu scheiden; bis zu seinem letzten Athemzuge ist er darin verblieben. Seine Rathschläge werden nicht verloren und nicht vergessen sein; sie bilden ein unschätzbares Vermächtniß für unser Volk.

Zu den Reden, die Moltke im Reichstag und Herrenhaus gehalten hat, gesellen sich noch vier in seinem Nachlaß gefundene Entwürfe zu Reden, von denen drei für das Zollparlament, eine für den Norddeutschen Reichstag bestimmt waren. Die ersten beziehen sich auf das Verhältniß, wie es damals, Anfang 1868, zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten bestand. Sie richten sich gegen die vielfach vorurtheilsvollen und gereizten Stimmungen und Strömungen, die sich zu jener Zeit bei einem Theile der Süddeutschen gegen Preußen geltend machten und ihren Ausdruck in mehr oder weniger gehässigen Agitationen und Beschlüssen fanden. Sie zeichnen klar und nüchtern die Haltung vor, die nach Moltkes Anschau-

ung unter diesen Umständen den Süddeutschen gegenüber zu beobachten war. Nichts bezeichnet mehr den Fortschritt und die Erstarkung unseres nationalen Bewußtseins, als daß jene Vorurtheile in der unermeßlichen Mehrheit der Süddeutschen als völlig überwunden anzusehen sind. Für die Beurtheilung der Zeit zwischen 1866 und 1870 sind diese Entwürfe in hohem Grade bemerkenswerth und kennzeichnend; sie werfen ein scharfes Licht auf die Denkungsweise, die unmittelbar nach dem Kriege von 1866 in Bezug auf die große deutsche Frage die Geister beherrschte. Sie sind aber nicht minder bezeichnend für die Art, in der Moltke, vom Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn, seine Aufgabe als Reichstagsmitglied auffaßte. Wir stellen sie deshalb an die Spitze unserer Sammlung, während wir den weiteren Entwurf, der sich auf die Berathung des Bundesschuldengesetzes im Norddeutschen Reichstage bezieht, zusammen mit einer von Moltke bei diesem Anlaß wirklich gehaltenen Rede einreihen werden.



Entwürfe

zu

Reden im Zollparlament.





Die im Nachlasse Moltkes gefundenen, von seiner Hand niedergeschriebenen vier Entwürfe für Reden, die nicht gehalten worden sind, tragen die Aufschrift „Zollparlament", obwohl der letzte, wohl später erst hinzugetretene Entwurf zweifellos für den Norddeutschen Reichstag bestimmt war. Sie entstammen sämmtlich der ersten Hälfte des Jahres 1868, dem zweiten Jahre seiner parlamentarischen Wirksamkeit. Die in den Entwürfen ausgesprochenen Hauptgedanken müssen ihn schon vor der Session eindringlich beschäftigt haben, denn wir finden in einem Briefe vom 24. Januar 1868 Wendungen, die fast wörtlich ebenso in den Entwürfen wiederkehren. Von den drei für das Zollparlament bestimmten Entwürfen decken sich zwei so vielfach, daß sie zum Theil fast wörtlich übereinstimmen, und der eine als Ueberarbeitung des anderen erscheint, was sich im Uebrigen auch zweifellos aus den in dem späteren Entwurf enthaltenen Hinweisen auf bestimmte Stellen des ersten Entwurfs ergiebt. Wir haben es somit nur mit einer Rede zu thun, die wir nach dem späteren Entwurf wiedergeben, indem wir sie durch Hinzufügung derjenigen Stellen vervollständigen, die Moltke nach den in diesem späteren Entwurf enthaltenen Notizen in denselben herübergenommen haben wollte. Die Rede richtete sich gegen den Erlaß einer Adresse des Zollparlaments an den König von Preußen, ein Antrag, der am 7. Mai 1868 mit 186 gegen 150 Stimmen durch einfache Tagesordnung beseitigt wurde. — Was den dritten Entwurf — in der Reihe der Niederschriften der zweite — angeht, so ist nicht ganz klar, für welchen Anlaß die Rede in Aussicht genommen war. Da sie in ihrem Eingange auf das Zollparlament hinweist, so ist sogar nicht ausgeschlossen, daß in ihrem Wortlaute die spätere Ueberarbeitung einer ursprünglich für das Zollparlament bestimmten Rede vorliegt. Während bei den anderen Entwürfen direkt von der Adresse die Rede ist, wird hier am Schluß auf ein vorliegendes Gesetz hingewiesen, das so willkommen sei, da es als „ein Stück gemeinsam vereinbarten Bauplanes" erscheine. Als Grundlagen des deutschen Neubaus hatte er in seiner Rede die Schutz- und

Trutzbündnisse sowie den Zollverband bezeichnet. Es ist möglich, daß Moltke daran dachte, sich in diesem Sinne bei einer Generaldiskussion des neuen Zolltarifs auszusprechen. Im Uebrigen enthält der Entwurf vielfach Wendungen und Gesichtspunkte, die den ersten Entwürfen entnommen sind, auch wird einmal bestimmt auf eine Stelle derselben hingewiesen. Weshalb Moltke nicht Veranlassung genommen hat, diese so sorgfältig vorbereiteten Reden auch auf der Rednertribüne des Zollparlaments zu halten, läßt sich nur vermuthen. Möglicherweise war die Erwägung bestimmend, daß man der Diskussion großer politischer Fragen im Zollparlament keine allzu weite Ausdehnung geben wollte, um die noch in voller Blüthe stehenden süddeutschen Empfindlichkeiten zu schonen. Noch glaublicher aber will es uns scheinen, daß Moltke überhaupt erst in zweiter Linie daran dachte, diese Rede zu halten, daß er vielmehr bei dem Entwerfen und Ueberarbeiten derselben nach jener Eigenthümlichkeit verfuhr, die bei seinem literarischen Schaffen überhaupt hervortritt.*) Er wollte sich über Gedanken dadurch ins Klare setzen, daß er sie niederschrieb. „So sehr war es nämlich seine Geistesart, Gedanken umzuschmelzen, bis sie die kürzeste und vollendetste Gestalt erreichten, daß es ihm wie ein Genuß erschien, eine Niederschrift immer und immer wieder umzuformen. Stets lag es ihm fern, die Veröffentlichung als nächstes Ziel ins Auge zu fassen, eine solche ergab sich vielleicht aus Nützlichkeitsgründen, niemals ist sie Selbstzweck gewesen." Jedenfalls zeigen uns die Entwürfe, wie sehr erfüllt Moltke von seiner parlamentarischen Aufgabe war.

I.

Ich ergreife das Wort gegen die Adresse, nicht weil ich den darin ausgesprochenen Wünschen entgegen wäre, sondern weil ich glaube, daß diese Adresse unrichtig adressirt ist.

Eine Aenderung in der vertragsmäßigen Stellung der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund kann meiner Meinung nach nur auf zwei Wegen bewirkt werden, durch den Krieg, welcher die bestehenden Verträge beseitigt und an ihre Stelle andere setzt, die den Verhältnissen mehr entsprechen, oder durch allseitige Vereinbarung.

*) Gesammelte Schriften, Vorrede zum 2. Bande, Seite VI.

Ich räume ein, daß auf letzterem Wege in Deutschland nicht leicht etwas geschaffen wird.

Was auch über deutsche Einheit geredet und gedruckt, gesungen und getoastet worden, etwas Reales ist daraus nie hervorgegangen.

Die Möglichkeit, sich zu einigen, welche unser Herrgott der deutschen Nation in Abschnitten von Jahrhunderten geboten, wurde nicht benutzt, weil Jeder sie so versteht, daß er der Mittelpunkt derselben wird, Jeder einen andern, daher meist unmöglichen Weg will.*)

Was bisher an wirklicher Einigung zu Stande gekommen ist, das verdanken wir dem Zwang, den Preußen in milderer oder herberer Form durch seine Handelspolitik, seine Diplomatie und sein Schwert geübt hat.

Dies hat Preußen eine reiche Ernte von Haß und Feindschaft eingetragen. Insbesondere hat Parteileidenschaft in neuester Zeit in öffentlicher Rede und Schrift in Süddeutschland Preußen verdächtigt, herabgesetzt und verspottet. Ich glaube nicht, daß diese Bemühungen bei dem gebildeten Theil der Nation Eingang gefunden haben können, und denke, daß ein Theil der süddeutschen Abgeordneten eine bessere Meinung von der großen preußischen Kaserne mit zurückbringen wird.

Jeder hat das Recht, seine Eigenthümlichkeiten hoch zu stellen, lassen Sie uns auch die unsrigen. Wir sehen in unsern, freilich vorherrschenden militärischen Einrichtungen eine Schule,

---

*) Vergleiche Brief vom 24. Januar 1868 an den Bruder Adolf. Gesammelte Schriften IV, Seite 188. „Das im März zusammentretende Zollparlament wird zeigen, ob die deutsche Nation gewillt ist, die Gelegenheit zu nützen, welche unser Herrgott alle paar Jahrhunderte einmal bietet, zu der Einigung zu gelangen, nach der Alles schreit, singt und festtafelt, die aber dann zumeist nicht in die Schablone paßt, welche jeder einzelne Stamm für sich, abweichend von allen andern, dafür macht. Ohne äußern Zwang kommt so etwas nicht zu Stande, und früher oder später werden wir den Kampf dafür zu bestehen haben."

welche das Volk zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam heranbildet, wir zwingen aber Niemandem unsere Einrichtungen auf. Welche Schritte sind seit Abschluß des Friedens vom Norddeutschen Bund gethan, um die süddeutschen Staaten aus ihrer Eigenthümlichkeit, ihrer Selbstständigkeit oder, wenn Sie wollen, ihrer Sonderstellung zu verdrängen?

Freilich wäre eine größere Annäherung, z. B. auf dem militärischen Gebiet, zu wünschen. Es besteht zur Zeit ein Schutz- und Trutzbündniß. Es ist dies die unvollkommene Form gegenseitiger Hülfsleistung.*) Ein Schutz und Trutzbündniß hat gerade so viel Werth, wie jeder Theil Schutz und Trutz zu üben vermag. Ich rede nicht davon, daß Norddeutschland die größeren Streitmittel besitzt, das versteht sich von selbst, aber wir stellen eben eine Armee, Sie stellen Kontingente, wir haben einen Kriegsherrn, Sie einen Oberfeldherrn. Der Unterschied ist groß, und das Jahr 1866 hat das gezeigt. Man hat die süddeutsche Kriegführung hart getadelt und die Führer dafür verantwortlich gemacht. Die Eigenliebe verlangt immer bei unglücklichen Feldzügen, daß Einer die Schuld trägt, wäre dieser Eine nicht gewesen, so wäre Alles gelungen. Aber, meine Herren, in der Hauptsache tragen nicht die süddeutschen Führer die Schuld an dem Mißerfolg, auch nicht die süddeutschen Truppen, welche sich überall tapfer geschlagen haben. Es waren die süddeutschen Partikularinteressen, welche es möglich machten, daß 46 000 Preußen, einheitlich und kräftig geführt, gegen 100 000 Gegner die Offensive ergreifen und von der Eider bis zur Jaxt vordringen konnten. Sie hatten in die Hand des Führers eine Waffe aus trefflichstem Stahl gelegt, aber sie bestand aus Stücken.

---

*) Im Manuskript befindet sich an dieser Stelle die Notiz: „Die Erfahrungen des Jahres 1866.“ Die bezüglichen Ausführungen sind im ersten Entwurf enthalten, aus dem wir sie hier einschalten.

Dies der Unterschied zwischen einheitlichem Heer und Koalition. Beim besten Willen können die Staaten Süddeutschlands für jetzt nur eine Koalition bieten, während wir doch rings um uns nur große einheitliche Heere erblicken. Auch wir wünschen daher eine innerliche Verschmelzung, aber wir wünschen sie weniger im norddeutschen oder im preußischen, als im allgemein deutschen und ganz besonders in Ihrem eigenen Interesse. Der Norden braucht den Süden nicht zu drängen, er kann es abwarten, bis das Bedürfniß den Süden zu uns führt.

Dies Bedürfniß nun tritt jedesmal hervor, sobald eine Wolke am politischen Horizont sich zeigt. Freilich mit dieser Wolke verduftet auch alsbald jede Neigung, Institutionen dauernd einzuführen, welche die Hülfe des Norden ermöglichen und selbst entbehrlich machen würden. Man erkennt die Nützlichkeit der Einrichtungen, welche sich in Preußen bewährt haben, aber man hofft den Lasten zu entgehen, welche sie nothwendig mit sich führen — Lasten, welche doch Preußen 50 Jahre allein getragen, ohne zu erliegen, und deren Verwendung wir es danken, wenn heute in diesem Saal Abgeordnete aus dem Norden wie dem Süden zusammen tagen. Und dies Zögern liegt nicht etwa allein an den Regierungen, sondern namentlich an den Volksvertretungen.

Sie haben im Prinzip allgemeine Wehrpflicht, dreijährige Dienstzeit angenommen, aber in der Praxis werden Sie bei der Schwäche Ihrer Kadres und Größe der Ersatzeinstellung die zweijährige und bei den bewilligten Geldmitteln nach wie vor die einjährige haben.

Daß der Norden den Anschluß des Südens wünscht, ist bekannt, dafür bedarf es nicht des Ausdrucks durch eine Adresse. Es bedarf der Einigung zwischen Regierung und Volksvertretung innerhalb der süddeutschen Staaten, und dies, meine Herren aus Süddeutschland, scheint mir Ihre häusliche Angelegenheit, die

Sie doch daheim abmachen mögen. Eine Adresse hier im Zollparlament, ohne Betheiligung der Regierungen, ausgehend von einem Theil der Volksvertretung kann unmöglich ein praktisches Resultat haben, sondern nur Parteileidenschaft aufregen. Wir können Verträge nicht einseitig umstoßen. Bringen Sie uns zur Einigung, und keine Rücksicht auf etwaige Verwicklungen nach außen wird davon abhalten, Ihnen die gleich berechtigte wie gleich verpflichtete Stellung im Bunde einzuräumen. Nichts könnte einer vollständigen Einigung förderlicher sein als ein Anstoß von außen, eine Erschütterung, welche den in seinem Verlauf unterbrochenen Krystallisationsprozeß wieder in Fluß brächte.

Unsere Nachbarn wissen sehr gut, auch die, welche thun, als ob sie nicht wüßten, daß Deutschland keine Eroberung will. Wenn einer oder der andere thut, als ob er einen Angriff von uns besorgte, so liegen dabei ganz andere Absichten als Abwehr zu Grunde. Aber man weiß auch ebenso bestimmt, daß wir uns keine Einmischung in innere Angelegenheiten gefallen lassen.

Sollten daher noch ruhige Zeitläufte uns vorbehalten sein, so wird doch auch eine allmälige Annäherung immer zu hoffen sein. Eine starke Nöthigung besteht auch jetzt noch fort, nicht der materielle Zwang, aber der Zwang, welchen gesunde Vernunft und das eigene Interesse überhaupt im menschlichen Leben üben.

Ich erwarte eine Annäherung des Südens an den Norden wie von seinem Patriotismus so deshalb, weil wir den höheren Preis bieten. Wir stellen ein Heer, Sie Kontingente, wir haben einen Kriegsherrn, Sie nur einen Oberbefehlshaber, wir bieten Ihnen, was wir mit Blut errungen und was uns keine Macht der Erde wieder entreißen wird, bieten Ihnen, was Sie ohne uns nie erreichen können —, ein Vaterland.

II.

Ich möchte nicht, daß die Diskussion in diesem Hause für unsere süddeutschen Landsleute den seltsamen Wahn bestärkte, daß wir hier nichts Angelegentlicheres zu thun hätten, als sie an uns heranzuziehen, und ihre Abgeordneten zum Zollparlament hätten sie darüber belehren können, wie ganz und gar nicht dieses der Fall ist; dennoch scheint der Wahn zu bestehen.

Preußen hat durch Waffenerfolge für Deutschland die Möglichkeit einer Einigung erstritten. Dies ist nun doch kein Grund, selbst wenn man von jener Möglichkeit keinen Gebrauch machen will, uns mit Haß und Hohn zu überschütten, wie das in Süddeutschland in großen Versammlungen öffentlich und in Zeitungen täglich geschieht.

Ich kann für diese seltsame Erscheinung keinen anderen Grund finden als die Furcht, die Besorgniß, daß wir eines Tages plötzlich ihnen ins Land fallen, die Rechte der Fürsten schmälern, die Freiheit der Völker unterdrücken wollen.

Das Werk der deutschen Einigung ist im Jahre 1866 unvollendet geblieben. Man konnte von staatsmännischer Einsicht und von deutschem Patriotismus erwarten, daß sie das Uebrige thun würden.

Aber es scheint, daß man an einigen Stellen die Begriffe von Sonderstellung und Souveränetät miteinander verwechselt, und was den Patriotismus betrifft, so ist der Deutsche hinter dem Franzosen, dem Briten, hinter dem Polen und dem Dänen weit zurück. Der Deutsche ist in Esthland guter Russe, im Elsaß guter Franzose, in Amerika eifriger Yankee, nur in Deutschland will er nicht Deutscher, selbst nicht Coburg-Gothaer, sondern Gothaer oder Coburger sein.

Nach drei Jahrhunderten, seit Karls V. Zeiten, tritt einmal wieder das Schicksal mit der Frage an uns heran: Wollt ihr Deutsche, nachdem ihr durch euren Zwiespalt Lothringen

und Burgund, Elsaß, die Schweiz und Niederland verloren, das immer noch reiche Erbe, welches euch verblieben, durch Einigkeit für alle Zukunft wahren?

Und was ist die Antwort?

Man hat von deutscher Einigkeit 50 Jahre geredet, gedichtet, gesungen, hat Toaste ausgebracht, Schützenfeste abgehalten, Volksbeschlüsse gefaßt, aber geeinigt hat man sich nicht. Man will die Einigung — aber auf dem gegebenen Wege, durch Preußen, will man sie nicht, man will sie auf einem anderen, das heißt jeder auf seinem, mithin auf unmöglichem Wege.*) Man behält sich vor, vielleicht, unter vorzuschreibenden Bedingungen, künftig in eine Einigung zu willigen.

Meine Herren, dieses scheint mir ein gänzliches Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse zu sein. Glaubt der Süden ohne den Norden fertig werden zu können, nun, wir sind gewohnt, auf die eigene Kraft zu bauen.

Zwei nationale Bande vereinen bis jetzt die Deutschen aller Stämme, der Zollverband, bei dem hoffentlich der Süden nicht zu kurz kommt, und das Schutz- und Trutz-Bündniß. Bei letzterem bitte ich doch nicht zu übersehen, daß durch den Hinzutritt Süddeutschlands uns zwar eine Hülfe zu Theil wird, daß wir aber auch eine Hülfe leisten, und zwar eine weit größere, als wir empfangen. Ich meine damit nicht, daß wir im Norden eine zehnfach größere Macht gegen die Feinde Deutschlands zu entwickeln vermögen, nicht, daß wir noch jetzt einen Theil der Militärlast für Gesammt-Deutschland tragen, daß noch heute unsere Geschütze auf den Wällen der süddeutschen Festungen stehen.

Aber der Norden stellt ein einheitliches Heer auf unter seinem Kriegsherrn, der Süden Kontingente; er kann beim besten Willen nicht mehr bieten als eine Koalition, und was das sagen will, wird man im Süden am besten wissen.

*) Siehe den oben angeführten Brief vom 24. Januar 1868.

Die Koalition ist vortrefflich, solange alle Interessen jedes Mitgliedes dieselben sind. Kommt es aber darauf an, daß zur Erreichung des großen gemeinsamen Zweckes einer der Theilnehmer ein Opfer bringen soll, dann rechne ich wenigstens nicht weiter auf die Wirkung der Koalition. [Einer der wesentlichsten Faktoren für den glücklichen Erfolg des letzten Krieges war der Entschluß Sr. Majestät des Königs von Preußen, seine Rheinprovinz von allen Truppen bis auf die Festungsbesatzungen zu entblößen, um da, wo die Entscheidung lag, mit gleichen Kräften wie der Gegner auftreten zu können. Nehmen Sie einen Augenblick an, daß Rheinland und Westfalen ein selbständiges Großherzogthum war. Glauben Sie, daß es selbst bei einem Schutz- und Trutzbündniß zu erreichen gewesen wäre, daß dieser Staat seine Armee aus dem Lande fort nach Böhmen geschickt hätte? Und doch, wenn es nicht geschah, waren wir um 66000 Mann schwächer bei Königgrätz.]*)

Die Partie steht nicht gleich auf beiden Seiten, wir bieten Ungleiches. Der Norden bietet, was Preußen durch Blut errungen, was keine Macht der Erde, so Gott will, uns wieder entreißen wird, wir bieten, was der Süden ohne uns niemals haben kann — ein Vaterland, ein wirkliches, großes und mächtiges Deutschland. Und das, meine Herren, sind wir schon heute; im Ausland, jenseits des Ozeans, sind wir geachtet, vielleicht gefürchtet, vielleicht gehaßt, beides ohne Grund, aber mißachtet, verspottet — nur in Deutschland.

Wohl weiß ich, daß eine solche Verblendung nur bei der wenig urtheilsfähigen Menge hervorgerufen ist. Aber auch dieser Menge gegenüber thun wir nicht, als ob der Anschluß nicht ihnen, sondern uns unentbehrlich sei.

---

*) Die eingeklammerte Stelle ist aus dem ersten Entwurf eingeschaltet, da die Handschrift des zweiten Entwurfs durch die an dieser Stelle befindliche Notiz „Rheinland und Westfalen" darauf hinweist.

Unter der Wirkung des Zollvereins und unter dem Schutz des Bündnisses können die Süddeutschen immerhin noch eine Weile schmollend seitwärts stehen, bis die erste Erschütterung von innen oder von außen die Unhaltbarkeit dieser Lage aufdeckt. Glauben sie, bessere Freunde zu finden als ihre norddeutschen Landsleute, wollen sie sich an unserer Arbeit nicht betheiligen, so kann uns das nicht hindern, sie fortzusetzen.

Bauen wir unser Haus stark und fest, denn es kann Stürmen zu trotzen haben, bauen wir es so, daß wir unsere Landsleute aufnehmen können, wenn sie sich melden, nicht als Fremde, nicht als Gäste, sondern als vollberechtigte Mitbewohner. Aber das können diese dann nicht fordern, daß wir das Fertiggewordene wieder einreißen, um nach ihrem Geschmack neu zu bauen.

Und eben deshalb ist das uns vorliegende Gesetz ein so willkommenes. Es ist ein Stück gemeinsam vereinbarten Bauplans.

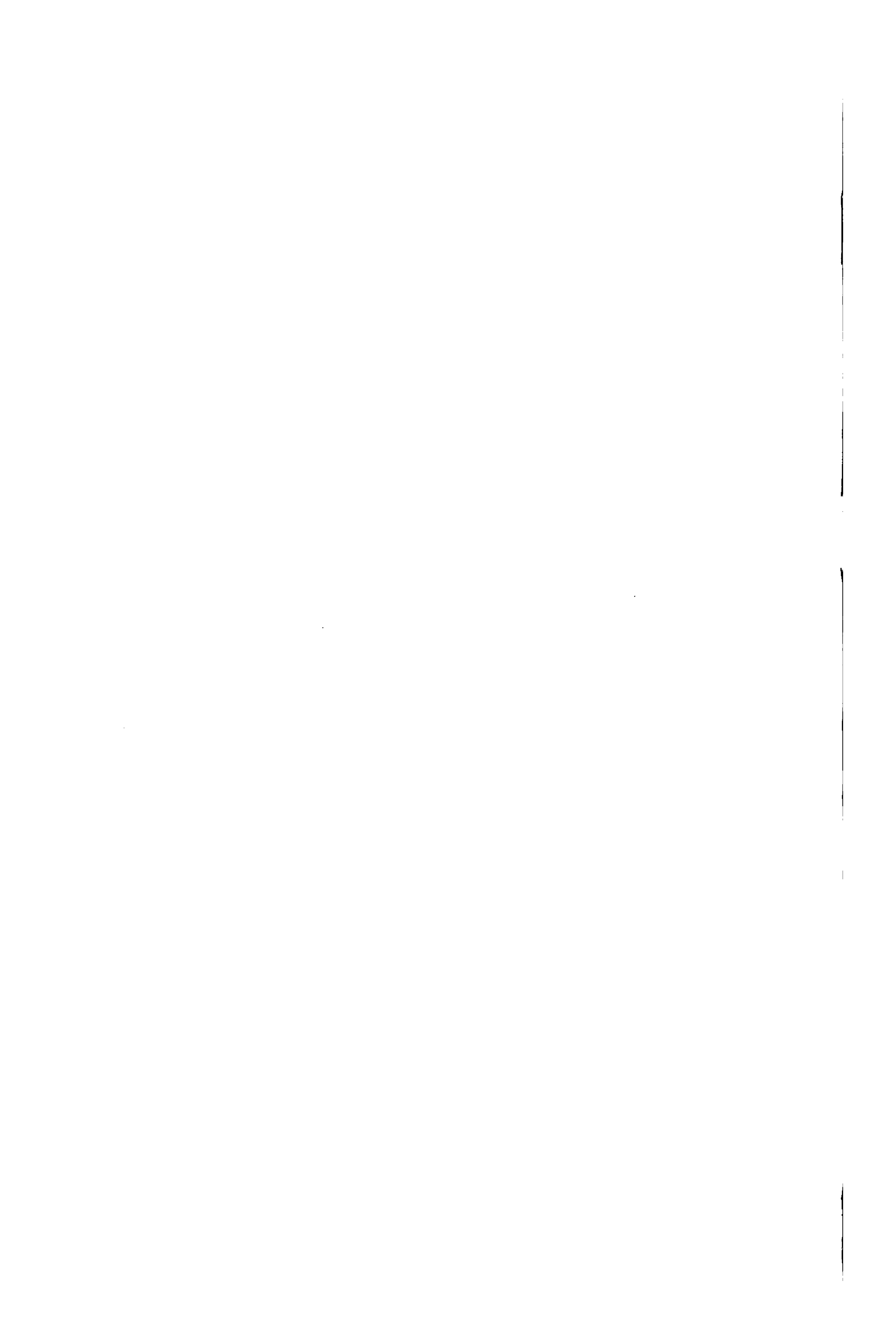


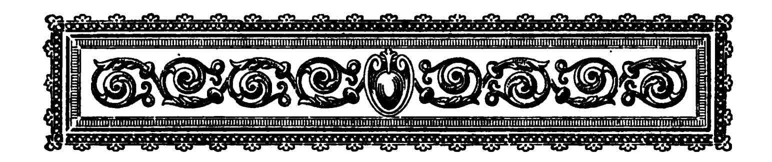
Reden

im

Reichstage und im Preußischen Herrenhause.







I. Ueber Verkehrswesen.

Kanäle — Post und Eisenbahnen — Landesbefestigung.

—◇—

Nord-Ostsee-Kanal.

Berathung des Marine-Etats.

Reichstagssitzung vom 17. Juni 1868.

Es wäre gewiß sehr wünschenswerth, daß wir noch mehr Häfen hätten, es ist auch danach gesucht worden; ich will aber doch bemerken, daß der Hafen im Jasmunder Bodden inklusive der Festungswerke auf einige 30 Millionen zu stehen kommt; ich glaube im Gegentheil, daß wir zu lange nach Häfen gesucht haben, die so kostspielig sind, daß für die Flotte, die sie schützen soll, nichts übrig bleibt. In Bezug auf den Kanal möchte ich eine thatsächliche Angabe machen. Ich zweifle nicht, daß der sogenannte Königshafen ganz gut sein mag, obwohl die Einfahrt eine schwierige ist, es fehlt aber die Verbindung von Romöe nach dem Kontinent, und es müßte da ein außerordentlich kostspieliger Bau vorgenommen werden, um diese Verbindung herzustellen, denn Ebbe und Fluth gehen täglich viermal über

die Watten weg. Was den Kanal von Flensburg betrifft, so ist mir die eigenthümliche Gestaltung des Terrains ebenfalls aufgefallen, als wir im Jahre 1864 in Schleswig waren. Ich habe dasselbe näher untersucht. Der Höhenrücken der Halbinsel zieht ganz nahe an der Ostküste hin und fällt steil zum Flensburger Hafen ab. Von der Flensburger Bucht aus steigt ein Thal aufwärts, und in der Entfernung von nur 1500 Schritt liegen schon die Quellen der nach der Nordsee abfließenden Bäche. Es liegt also nahe, zu vermuthen, daß hier in der allergünstigsten Richtung für die Schifffahrt ein Kanal herzustellen sein könnte. Ich habe diese Höhen mittelst Theodoliten in zwei Richtungen nivelliren lassen und zwar durch einen zuverlässigen Ingenieurgeographen; es ergab sich aber, daß die Höhe der niedrigsten Stelle 121 Fuß beträgt. Ich muß dabei bemerken, daß auf der Höhe ein Wasser zur Speisung des Kanals nicht vorhanden ist. Außerdem würde ein Kanal, mit Schleusen gebaut, wieder die Schifffahrt hemmen. Sie müssen sich also einen Graben vorstellen, der 120+32 Fuß tief und oben 600 Fuß breit sein würde. Einen solchen Graben auch nur auf die Entfernung von ein paar Tausend Schritt zu führen, würde kostspielig, aber möglich sein; das Schlimme ist aber, daß das Terrain von der Höhe nach der Nordsee hin sich so allmälig abflacht, daß auf eine Entfernung von zwei Meilen der Kanal immer noch 91+32 Fuß Tiefe haben müßte. Dieser Kanal würde daher viel theurer werden als der andere auf 30 Millionen veranschlagte, der noch den Vortheil hat, daß er aus dem befestigten Kieler Hafen nach dem jedenfalls zu befestigenden Hafen an der unteren Elbe führt. Das Projekt, den Kanal von Flensburg auszuführen, halte ich für unausführbar.

Reichstagssitzung vom 23. Juni 1873.

Meine Herren, ich werde die Diskussion nicht lange aufhalten, aber ich glaube, daß es doch nützlich sein kann, die sehr großen Erwartungen, die an die Ausführung des Nord-Ostseekanals geknüpft werden, einigermaßen auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Ich thue es nicht gern, weil es ein Unternehmen ist, welches gerade einen militärischen Nutzen haben soll. Ich habe selbst schon im Jahre 1865 verschiedene Linien, damals von Flensburg aus, durch das Land nivelliren lassen. Abgesehen von den überaus großen Schwierigkeiten, die sich dabei herausstellten, waren diese Linien alle zu verwerfen, nachdem nicht mehr im Alsen-Sund, sondern in der Kieler Bucht unser Kriegshafen begründet worden war. Es ist dann regierungsseitig eine Linie bearbeitet worden, die schon früher von dem dänischen Ingenieur Christensen als die zweckmäßigste und vielleicht einzig ausführbare bezeichnet war. In einer vortrefflichen Denkschrift des Herrn Regierungs-Oberbauraths Lenze sind die Verhältnisse dargelegt und der Kostenanschlag auf 28 Millionen berechnet. Die Linie geht von St. Margarethen an der Unterelbe nach Eckernförde. Wenn aber der Kanal einen militärischen Nutzen haben soll, so muß er auch aus sehr nahe liegenden Gründen in die Kieler Bucht hineinführen, und gerade dort, zwischen Rendsburg und Holtenau, stellen sich erhebliche Terrainschwierigkeiten entgegen. Der Herr Baurath Lenze berechnet die Mehrkosten auf 10 Millionen. Das sind 38 Millionen, veranschlagt vor acht Jahren. Wir wissen, wie seitdem die Preise aller Materialien und insbesondere auch der Arbeitslohn gestiegen ist, und das tritt hier besonders in Betracht, wo es sich um eine Erdbewegung von 14 Millionen Schachtruthen handelt. Sie würden also den Kanal heute sicherlich nicht unter 50 oder 60 Millionen herstellen können. Nun, meine Herren, daß man die Zinsen dieser Summe nicht herausarbeiten wird, das, glaube ich, ist außer Zweifel,

und es würde nun in Betracht treten der Nutzen, welcher mit so großen Opfern für Schifffahrt und Handel und in militärischer Rücksicht erreicht werden könnte. Man schätzt die Zahl der Schiffe, die den Oeresund passiren, jährlich auf 40 000 und glaubt, daß wenigstens der größere Theil davon den Kanal passiren wird.

In Ausfall kommen zunächst natürlich alle Schiffe, die nach Norwegen, und diejenigen, die nördlich einer Linie fahren, welche man etwa aus der Mitte der Ostsee nach Hull gezogen sich denken kann. Denn diese Schiffe würden einen Umweg machen, um den Kanal zu passiren, sie würden dadurch Zeit verlieren, und Zeit ist Geld, namentlich bei Dampfschiffen. Wir müssen dann ferner Rücksicht nehmen auf die klimatischen Verhältnisse. In unserem Norden ist der Kanal mindestens 100 Tage zugefroren, ohnehin hört ja in der Ostsee im Winter die Schifffahrt auf, es bleibt also für den Verkehr nur das längere Sommerhalbjahr. In diesem aber fällt für den Kanalverkehr der Hochsommer ebenfalls aus, denn dann sind keine großen Stürme und keine anhaltenden Nebel zu erwarten, und die Schiffe werden, um die Kanalkosten, die jedenfalls nicht gering sein können, zu ersparen, den alten Kurs durch das Kattegat nehmen.

Der Verkehr beschränkt sich also eigentlich wohl auf die beiden Aequinoktialzeiten. Dann dürfte allerdings eine große Zahl, vielleicht eine zu große, den Kanal passiren. Der Kanal soll 31 Fuß unter dem Niveau beider Meere in einer Horizontale von einem Meere zu dem anderen führen. Nun sind die Wasserstände in beiden Meeren oft sehr verschieden. Ein starker Westwind staut bekanntlich die Wasser der Elbe auf, und es ist nichts Ungewöhnliches, daß sie sich 12 Fuß über den mittleren Stand erheben. Derselbe Wind treibt das Wasser aus der Kieler Bucht heraus, und es giebt dort Differenzen von 8 Fuß. Es kann also eintreten, daß 16 bis 20 Fuß Unterschiede im

Wasserstand eintreten. Das würde eine Strömung erzeugen, die nicht allein die Schifffahrt sehr hemmt, sondern auch zu kostspieligen Uferbauten führen würde. Eine Schleuse wenigstens ist an der westlichen Ausmündung unentbehrlich.

Nun erfordert das Durchschleusen eines großen Schiffes 1½ Stunden, von kleineren Schiffen können allerdings mehrere gleichzeitig durchgelassen werden. Wenn also Hunderte von Schiffen vor der Schleuse liegen sollten, so würde die ersparte Zeit leicht wieder verloren gehen.

Nun frage ich aber, meine Herren, für wen bauen wir eigentlich diesen Kanal? Ich kann mich darin irren, aber ich glaube, unsere Ostseestädte handeln nach Skandinavien und nach Rußland, unsere Nordseestädte nach England, nach Amerika u. s. w. Ein großer Schiffsverkehr, selbst wenn der Kanal hergestellt ist, zwischen Danzig und Bremen oder Stettin und Hamburg würde doch wohl kaum stattfinden. Wir bauen vielmehr den Kanal für Schweden und Rußland, für Amerika, Frankreich u. s. w. Nun kann man sagen, in diesem Falle würden diese Staaten sich auch an den Kosten der Anlage betheiligen. Vielleicht! meine Herren, aber dann würde dieser Kanal ein internationaler, es würde dann aber auch der ganze militärische Nutzen verloren gehen, denn im Kriege würden wir den neutralen Kanal gar nicht benutzen können, während wir noch im letzten Kriege sehr bedeutende Versendungen nach der Jade bewirkt, selbst kleinere Kriegsschiffe durch den schon vorhandenen Eiderkanal übergeführt haben. Ob der schon vorhandene Kanal mit außerordentlich viel geringeren Summen sich nicht in besseren Zustand wird versetzen lassen, das will ich dahin gestellt sein lassen.

Was nun den militärischen Nutzen betrifft, so ist behauptet worden, daß wir durch den Kanal die Möglichkeit gewönnen, die Flotte von einem Meer in das andere zu bringen, also in dem einen Meere doppelt so stark aufzutreten. Meine Herren, ganz richtig ist das auch nicht. Zunächst können wir in beiden

Meeren engagirt sein. In einem Kriege mit Frankreich, dem Dänemark beiträte, können wir die Ostseeflotte in der Ostsee nicht entbehren. Allerdings könnten wir unter Umständen die Schiffe der Ostseeflotte in der Nordsee verwerthen; aber ich glaube, Schiffe wie den „Prinz Friedrich Karl“ und den „König Wilhelm“ können wir in der Ostsee gar nicht brauchen.

Ich fasse meine Ausführungen in dem einen Satz zusammen: wenn wir geneigt sind, für maritime militärische Zwecke eine Summe von 40 bis 50 Millionen Thaler auszugeben, dann würde ich Ihnen vorschlagen, statt eines Kanals für die Flotte eine zweite Flotte zu bauen.

Rhein-Ems-Kanal.

Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau eines Schifffahrtskanals von Dortmund über Henrichenburg, Münster, Bevergern, Neudörpen nach der unteren Ems.

Herrenhaussitzung vom 30. Juni 1882.

Meine Herren, der Gegenstand, der uns beschäftigt, ist im anderen Hause und auch in Ihrer Kommission auf das Gründlichste geprüft worden. Für mich und vielleicht für manche von den Herren ist es außerordentlich schwierig, die Gründe für und gegen richtig gegeneinander abzuwägen. Wir haben auf der einen Seite Zahlen, auf der anderen Seite Erwartungen. Daß die Kanäle jemals die Zinsen des Anlagekapitals geben werden, das ist gewiß sehr zweifelhaft. Dem aber stehen auf der anderen Seite entgegen die großen Vortheile, welche der Transport von Massengütern gewährt, Güter, die zum Theil niemals auf die Eisenbahn kommen werden. Ich wollte noch sagen, dies abzuwägen, ob die Vortheile, die dadurch gewonnen werden, über-

haupt überwiegen, und in welchem Maße sie den finanziellen Ausfall überwiegen, das glaube ich, kann Niemand besser als die Regierung selbst übersehen, die Regierung, welche uns diese Vorlage gebracht hat und welche gewiß die weittragenden Konsequenzen vollständig erwogen hat. In militärischer Beziehung muß ich ja dem Ausbau unseres Eisenbahnnetzes entschieden den Vorzug geben vor den Kanälen.

Man wird auf den Kanälen schwerlich jemals Truppen transportiren, doch aber wird ein ausgebildetes Kanalsystem auch in militärischer Beziehung sehr vortheilhaft sein, namentlich zur Verproviantirung unserer Grenzfestungen und Anhäufung der unermeßlichen Magazine, welche erforderlich sind für die Operationsarmee.

Mir scheint aber, daß die Vorlage doch eigentlich sympathisch begrüßt werden könnte, namentlich vom Bergbau und der Landwirthschaft. Der Landwirthschaft gewähren die Eisenbahnen in der That einen sehr beschränkten Nutzen, und sie kommen eigentlich nur einigen engeren Bezirken zu gute, welche an einen Haltepunkt oder Bahnhof grenzen. In weiterer Erstreckung sollen unsere voluminösen Produkte auf eine größere Entfernung fortgeführt werden; da mag man den Eisenbahntarif heruntersetzen, wie man will, der Vortheil geht schon auf der Hinfahrt verloren. In der That bilden die Eisenbahnen eher ein Hinderniß als ein Beförderniß der Güterbewegung. Wenn wir bei jedem Zuge, der über unsere Felder geht, die Wagen anhalten müssen, so ist das ein großes Hemmniß. Ich glaube, meine Herren, daß die Eisenbahnen und Kanäle sich gegenseitig ergänzen müssen. Die Eisenbahn kann den Kanal nicht ersetzen und der Kanal nicht die Eisenbahn. Ich fürchte auch nicht, daß dieselben in eine vernichtende Konkurrenz treten werden. Daß dies nicht der Fall ist, sehen wir nicht bloß am Rhein, sondern wir sehen es hier in Berlin, wo aus allen Weltrichtungen acht oder neun Hauptbahnen zusammenkommen und dessenungeachtet bei der schlechten

Beschaffenheit der Wasserwege ein ganz kolossaler Verkehr auch durch die Flußschifffahrt vor sich geht. Ich hoffe, daß durch den Bau der Kanäle — und ich vertraue in dieser Beziehung auf die Thatkraft unseres Ministers der öffentlichen Arbeiten und Eisenbahnen — das Eisenbahnsystem seine weitere Entwickelung finden wird, und ohne auf die politischen Verhältnisse in unseren Nachbarländern hinzudeuten, muß ich bemerken, daß unser Eisenbahnsystem dringend noch großer Ergänzungen bedarf; aber ich hoffe, daß neben dieser Ergänzung das Kanalsystem ebenfalls zu Stande kommen wird. Ich werde meinestheils für die Vorlage stimmen.

Post- und Eisenbahnwesen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung des Ueberschusses aus der Verwaltung der französischen Landesposten durch die deutsche Reichs-Postverwaltung während des Krieges 1870/71 zu Gunsten der betreffenden Beamten.

Reichstagssitzung vom 3. Juni 1872.

Der Abgeordnete Reichensperger hat erwähnt, daß nicht bloß die Postbeamten, sondern auch andere Beamte während des Feldzuges sich sehr verdienstlich gemacht hätten. Ich trete dem vollkommen bei. Meine Herren, ich möchte gern diese Gelegenheit ergreifen, um auszusprechen, wie auch die Eisenbahnbeamten sich durch die allergrößte Aufopferung und Pflichttreue ausgezeichnet haben. Wenn die Eisenbahnen im Felde den allerdings sehr großen Ansprüchen, welche die militärische Führung an sie stellte, nicht durchaus entsprechen konnten, so hat es nicht an den Beamten gelegen. Ich glaube, daß vielleicht in der Organisation des Betriebes im Felde sich Manches wird verbessern lassen; die

Pflichttreue und der Eifer der Beamten aber hat nichts zu wünschen übrig gelassen. Nun kann doch aber das Verdienst der Eisenbahnbeamten nicht das Verdienst der Postbeamten schmälern, und ich werde mit großer Freude und unbedenklich für die Vorlage stimmen.

Zweite Berathung des Nachtrags-Etats für 1871 betreffend den Nachtrag zum Post-Etat.

Es liegt hier eine Resolution vor, betreffend die allmähliche Aufhebung der Offizier-Postmeisterstellen, gegen die sich Moltke erklärte. Die Resolution wurde jedoch angenommen.

Reichstagssitzung vom 19. Mai 1871.

Es ist von dem Herrn Vorredner besonders Gewicht auf die Examina gelegt worden; ich glaube, daß Jemand ein brillantes Postexamen gemacht haben und doch ein schlechter Postbeamter werden kann. Dazu gehören gewisse persönliche Eigenschaften, große Pünktlichkeit, Pflichttreue und Fleiß, und das sind Eigenschaften, zu denen doch im Allgemeinen der Militärdienst heranzieht. Das sehen wir an der großen Nachfrage nach gedienten Militärs für die allerverschiedensten Thätigkeiten. Jeder Militär, der pensionirt wird, hat den Wunsch, wieder in eine nützliche Wirksamkeit zu treten, und eine solche gewährt ihm die Post. Ich glaube, daß der Herr General-Postmeister Mittel genug hat, zu verhindern, daß nicht-qualifizirte Subjekte in Poststellen einrücken. Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Zweite Berathung des Gesetzes über die Kriegsleistungen, insonderheit die Inanspruchnahme der Eisenbahnen.

Reichstagssitzung vom 19. Mai 1871.

Ich wollte nur bemerken, daß die Militärbehörde das allergrößte Interesse hat, daß die Bahnen betriebsfähig bleiben, und daß man ihnen auf keinen Fall dasjenige Material wegnehmen wird, welches zur Fortsetzung des Betriebes durchaus nöthig ist.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Zu demselben war ein Amendement eingebracht, welches noch 550000 Thaler Kosten für den Bau einer Eisenbahn von St. Ludwig bis zur Rheinhütte einschließlich der Hälfte der Kosten für eine feste Rheinbrücke und die nöthigen fortifikatorischen Anlagen verlangt.

Reichstagssitzung vom 6. Juni 1872.

Ich wollte nur mit wenigen Worten die militärische Seite der Frage beleuchten. Wir sind davon abgegangen, Schwierigkeiten zu erheben bei den großen Stromübergängen durch Forderung fortifikatorischer Anlagen und dergleichen. Es genügt, daß die Uebergänge zerstört werden können, und das ist bei stehenden Brücken jedesmal der Fall, wenn sie zur Sprengung eingerichtet werden. Gegen eine Schiffbrücke müßten wir protestiren; Schiffbrücken bieten dem Feinde eine sehr gute Gelegenheit zum Schlagen von Pontonbrücken, es sind die Rampen vorhanden, die an das Flußufer herunterführen und dadurch die Sache sehr erleichtern. Vom Standpunkte der Landesvertheidigung sind beide Brücken uns willkommen, aber nicht in gleichem Maße. Die von St. Ludwig liegt auf der Bahn, welche, von Ulm nach Augs-

burg kommend, auf kurzer Strecke die Schweiz berührt und so für den Kriegsfall für uns vollkommen unbrauchbar ist. Fehlt es also an Mitteln und an personellen Kräften, beide Bauten zugleich auszuführen, so ziehen wir bei Weitem die Bahn über Alt-Breisach vor. Ich werde mich aber sehr gern der von einem der Herren Vorredner vorgeschlagenen Resolution anschließen, denn meiner Meinung nach handelt es sich nur um die Priorität, welche Bahn zuerst ausgeführt werden soll.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Den Antrag Schmidt über die Wiederaufnahme der Linie Lauterburg—Straßburg in die Vorlage hatte die Kommission gestrichen. Nachdem Moltke entschieden für den Antrag eingetreten, wird die Vorlage in der ursprünglichen Form wieder hergestellt.

Reichstagssitzung vom 6. Juni 1873.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen das von dem Abgeordneten Schmidt gestellte Amendement empfehlen. Ein Blick auf die Eisenbahnkarte zeigt, daß wir von Straßburg aus drei Eisenbahnlinien in Richtung auf Westen und Süden haben, was für die Vertheidigung gerade von Süddeutschland von großem Werthe ist. Wir können aber diesen Vortheil nicht ausnutzen, solange wir nur zwei Linien haben, die nach Straßburg führen. Es ist von einem der Herren Vorredner als eine Art Luxus bezeichnet, daß die Militärverwaltung lieber auf drei Linien als auf zwei fahren will. Meine Herren, eine durchgehende Linie mehr ergiebt einen Unterschied von zwei Tagen in der Versammlung der Armee und ermöglicht daher auch einen ebenso viel früheren Beginn der Operation, und was das zu bedeuten hat, darüber brauche ich nach den gemachten Erfahrungen kein Wort zu ver-

lieren. Eine solche dritte Linie würde nun die Lauterburglinie sein, denn ihre Vervollständigung nach rückwärts bis Germersheim ist gesichert. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist der Ansicht gewesen, daß diese Linie nicht aus Reichsmitteln gebaut werden solle, weil die Linie verspricht, eine lukrative zu sein, und daher von Privaten doch gebaut werden wird. Wenn Sie die Linie Lauterburg den Privaten überweisen, so verzichten Sie auf einen Ertrag für das Reich und wenden den Vortheil einer Privatgesellschaft zu. Schließlich aber werden doch die Ausfälle in den Erträgen des Reiches bezahlt oder getragen werden müssen durch die Einzelstaaten, welche die Matrikularbeiträge aufzubringen haben. Sie verzichten aber nicht allein auf einen Vortheil für das Reich, sondern Sie fügen ihm auch Schaden zu. Denn offenbar wird die kürzere Linie über Lauterburg der längeren westlichen Linie eine sehr erhebliche Konkurrenz machen. Man hat gesagt, es sei nicht die Aufgabe des Reiches, bloß rentable Bahnen zu bauen. Gewiß nicht, meine Herren, aber wenn man vom Staate fordert, daß er die Bahnen bauen soll, die kein Anderer will, weil sie keinen Ertrag liefern, so ist das doch kein Grund, ihn auszuschließen vom Bau von Bahnen, die Ertrag geben.

Man hat nun gesagt, um den Nachtheil der Konkurrenz zu vermeiden: man könne ja den Privaten die Konzession eine Zeitlang vorenthalten. Diese Maßregel, meine Herren, ein an sich nützliches Unternehmen auf unbestimmte Zeit zu verhindern, würde sich gewiß nicht empfehlen. Wenn ich aber auch annehme, daß eine Privatgesellschaft die Lauterburger Bahn baut, daß sie sie bald in Angriff nimmt und schnell fördert, so würde dessenungeachtet das militärische Interesse nicht vollständig befriedigt sein. Meine Herren, wenn wir in die Lage kommen sollten, die Armee nach Westen zu versammeln, so wird Straßburg als ein Hauptknotenpunkt von Eisenbahnen von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Sie wissen, daß man bereits beschäftigt ist, einen großen

Centralbahnhof in Straßburg einzurichten. Es würde in dem bezeichneten Falle eine ungemein große Zahl von Militär-Transportzügen über diesen Bahnhof zu führen, ein großer Theil auf dem Bahnhof selbst zu debarkiren sein. Die Züge folgen Stunde auf Stunde; bevor der nächste Zug ankommt, muß die Bahn von dem vorangegangenen geräumt sein. Es drängt sich auf eine kurze Zeit eine ganz ungemeine Thätigkeit auf einem solchen Bahnhof zusammen, die strengste Ordnung ist nöthig, und es ist klar, wie wünschenswerth es ist, daß alle Anordnungen auf dem Bahnhofe in eine Hand gelegt seien. Wenn nun aber eine Privatgesellschaft von Lauterburg baut, so werden Sie zwei Bahnverwaltungen auf dem Straßburger Bahnhof haben, und das ist gewiß nicht wünschenswerth. Ich empfehle Ihnen angelegentlich, zu genehmigen, daß die Lauterburger Bahn ebenfalls aus Reichsmitteln erbaut werde.

Petition des Bürgervereins in Celle, betreffend den Bau der Bahn Hannover—Harburg.

Herrenhaussitzung vom 26. März 1876.

Vom militärischen Standpunkt ist jede Bahn willkommen, und zwei Bahnen sind uns lieber als eine. Wenn ich mich aber auf den volkswirthschaftlichen Standpunkt stelle, so muß ich doch anerkennen, daß seit 1872 für alle Eisenbahnen sehr veränderte Verhältnisse eingetreten sind; nicht bloß, weil Handel und Gewerbe daniederliegen, sondern auch, weil eine sehr große Zahl von Richtungen ausgebaut wurden, die vielfach bloße Konkurrenzbahnen sind. Nun halte ich Konkurrenz im Eisenbahnbetrieb für praktisch unausführbar, und Konkurrenz im Eisenbahnbau für eine reine Verschwendung des Nationalvermögens.

Wir haben gesehen, daß Privatgesellschaften Richtungen ausgebaut haben, von denen sie voraus wußten, daß sie nicht rentabel

3*

sein würden, nur in der Besorgniß, daß eine andere Gesellschaft sie bauen und dies sie schädigen könnte. Der Staat selbst ist als Konkurrent aufgetreten und mußte es thun, um sein Interesse zu wahren, wie z. B. die große Bahn nach Wetzlar, wenigstens zum Theil, Konkurrenzbahn ist. Wenn nun zwar der in Rede stehende Gegenstand durch eine Petition der Stadt Celle zur Sprache gebracht ist, so bemerke ich doch, daß wir der Regierung eine nochmalige Erwägung anheimstellen, nicht wegen der Stadt Celle, sondern aus inneren Gründen, weil wir die Bahn für eine entbehrliche halten. Sind zwar für dieselbe bereits einige Hunderttausende aufgewandt, so scheint mir das doch kein Grund, um nun noch ebenso viele Millionen auszugeben. — Was endlich die Verbindung von Holstein mit dem übrigen Deutschland anbetrifft, so ist sie allerdings mangelhaft, aber sie wird nicht verbessert durch eine Bahn von Harburg nach Hannover, sondern das Hinderniß liegt in der Beschaffenheit der Strecke Altona — Hamburg, und diese müßte zu allererst besser ausgebaut werden.

Zum Gesetzentwurf, betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen für den Staat.

Herrenhaussitzung vom 17. Dezember 1879.

Es ist von den Herren Referenten Ihrer Kommission berührt worden die Rückwirkung, welche die in Rede stehende Angelegenheit auch auf die militärischen Verhältnisse haben wird. Die Sache liegt sehr einfach und läßt sich mit wenigen Worten erledigen. Es ist unzweifelhaft, daß die Verstaatlichung der wichtigsten Bahnlinien des Staats im militärischen Interesse durchaus wünschenswerth ist. Die Eisenbahnen sind in unserer Zeit eins der wesentlichsten Kriegsmittel geworden; der Transport sehr großer Truppenmassen nach bestimmten Punkten ist

eine äußerst verwickelte und umfassende Arbeit, die fortwährend kurrent erhalten werden muß. Jede neue Verbindungslinie bewirkt eine Aenderung darin. Selbst wenn wir nicht auf allen Eisenbahnen fahren, so müssen wir doch die Betriebsmittel sämmtlicher in Anspruch nehmen, und es liegt auf der Hand, daß eine wesentliche Vereinfachung entsteht, wenn künftighin darüber nicht mit 49 Behörden, sondern im Wesentlichen nur mit einer zu verhandeln sein würde. Meine Herren, ich verkenne durchaus nicht die Leistungen, welche wir in wichtigen Zeitabschnitten den Privatbahnen zu verdanken gehabt haben, aber ich bin überzeugt, daß ein besseres Resultat sich noch herstellen läßt.

Wie der Staat im Fall eines Krieges die Geldmittel, die dafür nöthig sind, herbeizuschaffen hat, darüber, meine Herren, habe ich kein Urtheil. Ich möchte nur kurz einen anderen Gedanken berühren. Es ist befürchtet worden, daß die Emission einer sehr großen Summe von Staatspapieren das Publikum nochmals darauf hindrängen könnte, die Kapitalien in unwirthschaftlichen und unsicheren Unternehmungen anzulegen. Es scheint mir doch, daß die Sache gegenwärtig ganz anders liegt als in den Jahren 1871 bis 1873. Damals flossen uns die Milliarden von außerhalb zu. Es war ein Surplus von Werthen und Zahlmitteln, die zu den bereits vorhandenen hinzutraten. Das Kapital mußte ein Unterkommen suchen und fand es leider zum Theil in schwindelhaften Unternehmungen. Es war, wie wenn Jemand unerwartet einen großen Gewinn in der Lotterie macht, der denn auch in der Regel nicht sonderlich verwendet wird. Gegenwärtig scheint mir, handelt es sich doch mehr um einen Umtausch als um eine Vermehrung der Werthe, denn gegen die Staatspapiere verschwinden ja die Aktien der Eisenbahnen. Ich möchte glauben, daß ein großer Theil des Publikums sehr zufrieden sein wird, eine mäßige, aber sichere und vom Staate garantirte Rente zu erwerben gegen den schwankenden und in den letzten Jahren stets abnehmenden Betrag der Dividenden. Namentlich in den

besser situirten und arbeitsamen Mittelständen sind viele in Verlegenheit, wie sie ihre Ersparnisse unterbringen sollen, ich meine, sie können dies nicht besser thun als in dem Erwerb von Staatspapieren mit pupillarischer Sicherheit. Wer nur ein paar Staatsschuldverschreibungen erworben und hinterlegt hat, der wird kein Sozialdemokrat werden.

Was nun den zweiten Satz des § 4 anbelangt, so habe ich persönlich das Vertrauen, daß die Staatsregierung die ihr zugebilligten weitgehenden Vollmachten nur im Interesse der Staatsfinanzen verwenden wird, und zwar in dem Maße ausgedehnter, wie ihr freie Hand gelassen wird, jede augenblickliche Konjunktur zu benutzen.

Ich werde für den ganzen Artikel stimmen.

Dritte Berathung des Reichshaushaltsetats: Reichseisenbahnamt, Einheitszeit.

Reichstagssitzung vom 16. März 1891.

(Moltkes letzte Rede im Reichstag.)

Gestatten Sie mir wenige Worte über das bereits in einer früheren Sitzung behandelte Thema der Eisenbahneinheitszeit. Ich werde Sie nicht lange aufhalten, um so mehr, da ich ganz heiser bin, weshalb ich um Entschuldigung bitte.

Daß für den inneren Betrieb der Eisenbahnen eine Einheitszeit ganz unentbehrlich ist, ist allgemein anerkannt und wird nicht bestritten. Aber, meine Herren, wir haben in Deutschland fünf verschiedene Einheitszeiten. Wir rechnen in Norddeutschland, einschließlich Sachsen, mit Berliner Zeit, in Bayern mit Münchener, in Württemberg mit Stuttgarter, in Baden mit Karlsruher und in der Rheinpfalz mit Ludwigshafener Zeit. Wir haben also in Deutschland fünf Zonen; und alle die Un-

zuträglichkeiten und Nachtheile, denen wir befürchten an der französischen und russischen Grenze zu begegnen, die haben wir heute im eigenen Vaterlande. Das ist, ich möchte sagen, eine Ruine, die stehen geblieben ist aus der Zeit der deutschen Zersplitterung, die aber, nachdem wir ein Reich geworden sind, [illegible] wegzuschaffen wäre.

Meine Herren, es ist von geringer Bedeutung, daß der Eisenbahnreisende bei jeder neuen Station eine neue Zeitangabe findet, die mit seiner Uhr nicht übereinstimmt. Aber von großer Wichtigkeit ist, daß alle diese verschiedenen Eisenbahnzeiten, zu welchen nun noch sämmtliche Ortszeiten hinzukommen, eine wesentliche Erschwerung für den Betrieb der Eisenbahnen sind, ganz besonders bei den Leistungen, welche für militärische Zwecke von den Eisenbahnen gefordert werden müssen.

Meine Herren, im Falle der Mobilmachung müssen alle Fahrtlisten, die an die Truppen gehen, in Ortszeiten und in den in Süddeutschland geltenden Einheitszeiten berechnet sein. Natürlich, die Truppen und die einzuberufenden Mannschaften können sich nur nach der Uhr in ihrem Standquartier respektive in ihrer Heimath richten. Ebenso verhält es sich mit den an die Eisenbahnverwaltungen abzusendenden Fahrplänen. Nun rechnet aber die norddeutsche Eisenbahnverwaltung nur mit Berliner Zeit; es müssen also alle Tableaus und Listen umgearbeitet werden in Berliner Zeit. Diese wiederholte Umarbeitung wird leicht eine Fehlerquelle, — Fehler, die in ihren Folgen von sehr großer Tragweite sein können. Die Umständlichkeit des Verfahrens erschwert ungemein, plötzlich Dispositionen zu treffen, wie sie bei Stockungen oder Unfällen auf der Eisenbahn augenblicklich nöthig werden.

Meine Herren, schon ein sehr großer Vortheil würde es sein, wenn wir auch nur für die Eisenbahnen eine allgemeine deutsche Einheitszeit erlangten. Dafür ist vor Allem der fünfzehnte Meridian östlich Greenwich geeignet. Derselbe schneidet

durch Norwegen, Schweden, Deutschland, Oesterreich und Italien; er würde eventuell geeignet sein, um später vielleicht einmal eine mitteleuropäische Einheitszeit herbeizuführen. Bei dieser Zugrundelegung des fünfzehnten Meridians, des sogenannten Stargarder Meridians, entstehen an unseren äußersten Grenzen Zeitverschiedenheiten im Osten von 31, im Westen von 36 Minuten. Meine Herren, an viel größere Differenzen hat man sich in Amerika, an kleinere in Süddeutschland leicht gewöhnt.

Aber, meine Herren, eine Einheitszeit für die Eisenbahnen beseitigt nicht alle die Uebelstände, welche ich in Kürze erwähnt habe; das ist nur möglich, wenn wir für ganz Deutschland eine einheitliche Zeitrechnung erlangen, d. h., wenn alle Ortszeiten abgeschafft werden.

Dagegen bestehen nun im Publikum allerlei Bedenken — ich glaube, mit Unrecht. Allerdings hat sich die schwerwiegende Autorität der Gelehrten unserer Sternwarten in diesem ablehnenden Sinne ausgesprochen. Meine Herren, die Wissenschaft verlangt weit mehr als wir; sie ist nicht zufrieden mit einer deutschen Einheitszeit, auch nicht mit einer mitteleuropäischen, sondern sie will eine Weltzeit, und das gewiß mit vollem Recht, auf ihrem Standpunkt und für ihre Zwecke! Aber diese Weltzeit, welche auf dem Meridian von Greenwich basirt, kann unmöglich in das tägliche Leben eingeführt werden, man müßte denn alle Ortszeiten beibehalten. Auch was die Eisenbahnen betrifft, haben alle Fachmänner sich dagegen ausgesprochen. — Meine Herren, die Gelehrten der Sternwarten sagen: wir erkennen an, daß für die Eisenbahnen eine Einheitszeit nöthig ist, — gut, sie mögen sie haben, aber sie mögen sie für sich behalten, sie sollen sie nicht in das öffentliche Leben überführen wollen; denn nur ein kleiner Theil des Publikums verkehrt überhaupt auf der Eisenbahn. Da möchte ich nun doch erwidern, daß ein noch viel kleinerer Theil des Publikums Astronom, Geodät oder Meteorologe ist. Wenn die Wissenschaft an gewissen Punkten

Untersuchungen und Beobachtungen anzustellen hat, so kann man ihr überlassen, die genaue Ortszeit dieser Punkte zu bestimmen. Das ist eine Arbeit, die einmal und in aller Ruhe im Studirzimmer gemacht werden kann. Unsere Eisenbahnbeamten sollen aber das wiederholentlich im Drange der Geschäfte, vielleicht der Ereignisse fertigstellen. — Uebrigens ist die Zahl der auf den Eisenbahnen Verkehrenden keine geringe. Man hat nachgerechnet, daß im Jahre auf den Kopf der Bevölkerung 7 Eisenbahntouren fallen. Die vornehmsten Reisenden, meine Herren, sind die Truppen, die zur Vertheidigung des Landes an die Grenze geschafft werden müssen, und die wohl weitgehendste Berücksichtigung verdienen.

Nun hat man Bedenken getragen, daß die Uebertragung dieser gemeinsamen Zeit in das bürgerliche Leben Störungen verursachen würde. Es ist besonders hervorgehoben worden, welche Unzukömmlichkeiten es für die Fabriken und die Industrie haben würde.

In dieser Beziehung muß ich mich doch gegen die früheren Ausführungen des Kollegen v. Stumm wenden. Wenn die Zeitdifferenz von dem fünfzehnten Grade bis zu irgend einem anderen Orte, z. B. Neunkirchen (etwa 29 Minuten), bekannt ist, so kann es nicht schwer sein, den Tarif, der in der Fabrik ausgehängt ist, danach zu modifiziren. Will der Fabrikherr im März seine Arbeiter bei Sonnenaufgang um 6 Uhr versammelt haben, so würde der Tarif sie um 6 Uhr 29 Minuten bestellen. Braucht er sie im Februar um 6 Uhr 10 Minuten, so giebt der Tarif 6 Uhr 39 an u. s. w.

Was dann die ländliche Bevölkerung betrifft — ja, meine Herren, der ländliche Arbeiter sieht nicht viel nach der Uhr, er hat zum großen Theil keine; er sieht sich um, ob es schon hell ist, dann weiß er, daß er bald von der Hofglocke zur Arbeit gerufen wird. Wenn die Hofuhr verkehrt geht, was in der Regel der Fall ist, wenn sie eine Viertelstunde zu früh geht,

dann kommt er allerdings eine Viertelstunde zu früh zur Arbeit; allein er wird auch nach derselben Uhr eine Viertelstunde früher entlassen: die Arbeitsdauer bleibt dieselbe.

Meine Herren, im praktischen Leben wird sehr selten eine Pünktlichkeit, die mit Minuten rechnet, gefordert. Es ist an vielen Orten üblich, daß die Schuluhr 10 Minuten zurückgestellt wird, damit die Kinder da sind, wenn der Lehrer kommt. Selbst die Gerichtsuhr wird vielfach zurückgestellt, damit die Parteien sich versammeln, bevor das Verfahren beginnt. Umgekehrt, in den Dörfern, welche nahe an der Eisenbahn liegen, stellt man in der Regel die Uhr einige Minuten vor, damit die Leute den Zug nicht verpassen. Ja, meine Herren, selbst dies hohe Haus statuirt doch eine akademische Viertelstunde, die auch zuweilen noch etwas länger wird.

Nun hat man noch den Unterschied zwischen Sonnenzeit und mittlerer Zeit angeführt. Der Herr Abgeordnete v. Stumm hat ganz Recht, daß diese Differenz zu Zeiten den bereits bestehenden Differenzen hinzugefügt wird. Aber, meine Herren, es ist positiv und negativ damit zu rechnen; zu gewissen Zeiten ist die Differenz zuzuzählen, zu anderen Zeiten ist sie abzuziehen. Den Klimax von 16 Minuten erreicht sie im Jahre doch auch nur an vier Tagen. Meine Herren, hat irgend Jemand von uns, der pünktlich nach einer richtiggehenden Uhr lebt, jemals bemerkt, daß er in einem Vierteljahre bis zu 16 Minuten zu früh zu Tische gegangen ist oder zu früh zur Ruhe sich zurückgezogen hat und in dem folgenden Vierteljahre zu spät? Ich glaube nicht.

Meine Herren, gerade der Umstand, daß diese doch nicht unerhebliche Differenz zwischen Sonnen- und mittlerer Zeit dem großen Publikum gar nicht bekannt ist, von ihm nie empfunden wird, scheint mir doch zu beweisen, daß die Besorgnisse, welche man wegen Abschaffung der Ortszeiten hegte, nicht begründet sind.

Meine Herren, wir können ja hier nicht durch Abstimmung oder Majoritätsbeschluß eine Einrichtung feststellen, die nur auf dem Wege der Verhandlung im Bundesrath, vielleicht später durch internationale Verhandlungen in die Wege zu leiten ist. Aber ich glaube, daß es diese Verhandlungen erleichtern wird, wenn der Reichstag sich sympathisch für ein Prinzip ausspricht, welches in Amerika, in England, in Schweden, in Dänemark, in der Schweiz und in Süddeutschland bereits ohne wesentliche Störungen zur Geltung gekommen ist.

Zur Befestigung von Köln und Straßburg.

Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Geldmittel zur Umgestaltung deutscher Festungen.

Der Gesetzentwurf bestimmt unter Anderem, daß die Festungen Spandau und Köln die Kosten der Stadterweiterung tragen sollten. Der Abgeordnete Reichensperger (Krefeld) spricht sich dagegen aus und befürwortet die Erhaltung der mittelalterlichen Thorthürme in Köln.

Reichstagssitzung vom 27. März 1873.

Auf die ausführliche und scharfsinnige Rede des Herrn Vorredners möchte ich nur ein paar Worte bemerken. Die Sache liegt nach meiner Ansicht sehr einfach.

Das militärische Interesse erfordert die Verstärkung des Platzes Köln. Wir bewirken dies durch Verlegung von vorgeschobenen Werken, woraus der Stadt Köln der nicht unerhebliche Vortheil erwächst, daß ein Bombardement, wenn nicht ganz unmöglich gemacht, doch wesentlich erschwert werden wird. Ein militärisches Interesse, die Stadtenceinte zu erweitern, liegt nicht vor, diese Erweiterung liegt lediglich im dringendsten Interesse der Stadt. Wer innerhalb der Stadt davon Vortheil

hat, das ist eine andere Frage. Es könnte nun diese Erweiterung erfolgen, indem man — ich will sagen 6 Millionen mehr auf die Rechnung gesetzt hätte; wer hätte das aber aufbringen müssen? Die Gesammtheit der Steuerzahler, also die sehr große Zahl derer, die gar kein Interesse an dieser Erweiterung haben kann. Es scheint mir daher doch auch durchaus billig, daß eben die Stadt selbst einen Beitrag giebt.

Was die schönen alten Thorthürme anbetrifft, so waren sie in dem gegenwärtigen Zustande von Köln ein offenbarer militärischer Nachtheil, sie indizirten dem Feinde die Punkte, von wo aus Ausfälle kommen können, wo stets die lebhafteste Passage ist und wogegen sich sein Feuer richten konnte. Dieser Nachtheil würde wegfallen, wenn die Stadtenceinte von Köln vorgerückt wird, und dann würden, glaube ich, die schönen Denkmale ohne Nachtheil fortbestehen können.

Interpellation von Guerber über den Vertrag mit Straßburg wegen Erwerbung der durch die Hinausschiebung der Umwallung entbehrlich werdenden Grundstücke.

Reichstagssitzung vom 7. Februar 1876.

Der Herr Interpellant hat gemeint, daß ich eine Anfrage an die Stadt Straßburg gestellt hätte, ob sie eine Erweiterung wünscht. So wenigstens habe ich verstanden. Ich habe dazu niemals den Auftrag gehabt. Bei meiner Anwesenheit in Straßburg habe ich allerdings mich erkundigt, nach welcher Seite eine Erweiterung der Stadt wünschenswerth sein könnte.

Der Herr Interpellant hat das militärische Interesse vorangestellt. Meine Herren, auch uns ist es erwünscht, innerhalb der Festung eine wohlgebaute Stadt mit breiten Straßen zu haben statt einer eng zusammengedrängten; aber ein dringendes

militärisches Interesse für die Erweiterung der Stadtenceinte liegt durchaus nicht vor, nachdem wir die detachirten Forts fertig haben. Diese Erweiterung ist lediglich im Interesse der Stadt oder wenigstens vorzugsweise.

Der Herr Vorredner hat gemeint, daß die Stadt nach der allerunzweckmäßigsten Seite erweitert werden soll. Meine Herren, die Stadt kann gegen Osten, wo die Citadelle liegt, nicht erweitert werden; gegen Süden liegt die Inundation und sumpfiges Terrain, dahin wird sie auch nicht erweitert werden. Soviel ich weiß, wird sie gegen Westen und Norden, nach Contades zu, geöffnet, also nach der besten Gegend hin, in welcher die Erweiterung stattfinden kann. Es haben ja auch andere Städte bedeutende Summen gezahlt, damit sie Bauplätze gewinnen, zuletzt z. B. Stettin.

Meine Herren, eine Stadt wie Straßburg, nach alledem, was für sie geschehen ist und was für sie zu thun beabsichtigt wird — die Gründung der Universität, die Leitung von Kanälen, die Führung der Eisenbahn —, nach alledem läßt sich mit Bestimmtheit vermuthen, daß diese alte deutsche Stadt einen großen Aufschwung erfahren wird, sobald sie nur Raum erhält, sich zu erweitern.





II. Politische und militärische Einzelfragen.

—•—

Zum Gesetzentwurf über das Bundesschuldenwesen.

Im Zusammenhang mit der vom Reichstage des Norddeutschen Bundes am 22. Oktober 1867 angenommenen Anleihe von 10 Millionen Thalern zur Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und zur Herstellung der Küstenvertheidigung war ein Gesetzentwurf über das Bundesschuldenwesen eingebracht worden. Ein vom Reichstag zu diesem Gesetz, trotz des entschiedenen Widerspruches des Bundeskanzlers, angenommener Antrag, welcher die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten der Bundesschuldenkommission und deren gerichtliche Verfolgbarkeit durch den Reichstag aussprach, brachte das Gesetz in der Session 1867 zum Scheitern. Der Entwurf wurde in der folgenden Session wieder eingebracht und gelangte am 21. April 1868 zur Debatte. Auch diesmal war der von der Bundesregierung so lebhaft angefochtene Antrag von Miquel wieder eingebracht worden. In der Kommission fiel er mit Stimmengleichheit, im Plenum wurde er trotz einer sehr scharfen Rede des Grafen Bismarck mit 131 gegen 114 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf wurde jetzt sofort zurückgezogen, es erging gleichzeitig der Befehl, alle nicht absolut erforderlichen Arbeiten für die Marine theils ganz einzustellen, theils erheblich zu beschränken. Es war der erste schärfere Konflikt zwischen Reichstag und Bundesregierung. Wie sehr Moltke von dieser Frage bewegt wurde, zeigt uns der Entwurf einer Rede, in der er eindringlichst davor warnte, einer Theorie zuliebe die praktischen Bedürfnisse des Landes zu vernachlässigen, er richtete an das Haus die eindringliche Bitte, „auf Mittel zu sinnen, wie den Konse-

quenzen des Antrages abzuhelfen sein wird." Solche Mittel wurden gefunden, indem man sich dahin einigte, die Verwaltung der Marineanleihe der preußischen Staatsschuldenverwaltung unter Aufsicht des Bundeskanzlers und einer aus Bundesrath und Reichstag gebildeten Bundesschulden-kommission zu übertragen. Am 15. Juni kam das Kompromiß mit 151 gegen 41 Stimmen zu Stande. Als die Opposition hierbei den großen Aufwand für Kriegszwecke angriff, nahm Moltke Veranlassung, die durch die Verhältnisse gebotene und nur durch eine starke Armee und Flotte aufrecht zu erhaltende Defensivpolitik des erst noch zu einigenden Deutschlands zu rechtfertigen.

Entwurf zu einer Rede.

Wir haben bei § 7 des Gesetzes über Kontrole der Staatsschulden einmal wieder vor dem Bestreben gestanden, die Staatsmaschine zu regeln, daß jeder Theil derselben nur innerhalb begrenzter Schranken thätig wird, daß nirgends eine willkürliche Bewegung möglich, daß überhaupt nichts in ihrem Gange klappert.

Meine Herren, hüten wir uns, die Schrauben allzu fest anzuziehen, wir vermehren die Reibung, die Maschine wird still stehen oder explodiren.

Wir waren auf dem Wege, durch gute Gesetze das Beste des Landes in praktischer Weise zu fördern, da plötzlich wird uns eine Theorie entgegengestellt, die zwar nicht die volle Ministerverantwortlichkeit, aber ein Stück davon ist.

Die Geschichte aller Länder hat gezeigt, daß es unmöglich ist, diese Theorie zu verwirklichen.

Wenn Karl I. von England seine Minister der Verantwortlichkeit preisgab, so folgte er ihnen acht Jahre später auf das Schaffot, und wenn heute der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vor Gericht steht,*) so wird die Folge sein entweder Freisprechung oder das Aufhören der Staatsform, welche diese Verantwortlichkeit fordert.

*) Präsident Johnson, Lincolns Nachfolger, war wegen seiner Hinneigung zu den Secessionisten vom Kongreß in Anklagezustand versetzt worden.

Der Kommandirende einer Armee, welcher im Begriff steht, ein Unternehmen auszuführen, dessen Folgen nie gesichert sind, oder der Staatsmann, der eine große Politik zu leiten hat, wird sich nicht durch die Besorgniß abhalten lassen, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt oder vor das Stadtgericht zu Berlin citirt werden kann. Er trägt eine ganz andere Verantwortung vor Gott und seinem Gewissen für das Leben von Tausenden seiner Leute und das Wohl des Staates; er hat mehr zu verlieren als bloß seine Freiheit oder sein Vermögen.

Politische Verbrechen werden nur bestraft, weil sie mißlungen sind. Vergeblich ist das Streben, das Leben eines Staats in einen Gesetzesparagraphen einzusperren.

Wenn der Feldzug von 1866 verloren ging, so würde — nicht Herr Lasker oder Herr Twesten — vielleicht eine blutdürstige Versammlung das Haupt des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck-Schönhausen gefordert haben, welches jetzt glücklicherweise wohlbehalten auf seinen Schultern sitzt.

Ob sie es bekommen hätten, ist noch eine andere Frage, aber in Theorie hätten sie es unzweifelhaft fordern können, denn es sind Staatsgelder, und zwar sehr bedeutende, ausgegeben worden, ohne daß das Abgeordnetenhaus sie vielleicht mit der Majorität einer Stimme zuvor bewilligt hätte.

Da die Sache so gut ging, so haben wir statt dessen die Indemnität.

In dem neuesten Fall haben wir nun, dank einer Anzahl Stimmen, welche habituell stets gegen die Regierung votiren, eine schwache Majorität für den § 7 gehabt, welche die Bestrebungen der Regierung lahm gelegt hat. Allseitig wird zugestanden, daß wir eine Flotte brauchen, aber wie soll die Marineverwaltung Kontrakte auf eine Reihe von Jahren abschließen, wenn in jedem die unberechenbare Fluktuation in den Beschlüssen des Hauses ihr die Mittel abschneiden kann, ihren Verpflichtungen nachzukommen!

Wir brauchen eine Küstenbefestigung, und wir brauchen sie vielleicht in naher Zukunft, um die Reichthümer unserer Handelsstädte zu schützen, aber dieses praktische Bedürfniß muß unbefriedigt bleiben, bis wir uns über eine Theorie geeinigt haben werden.

Meine Herren Antragsteller, ich glaube, daß Sie über Ihren Sieg selbst erschrecken müssen und daß das Haus Ihnen keinen größeren Dienst hätte leisten können, als Ihr Amendement abzulehnen; Ihrem patriotischen Gefühl keinen größeren Dienst leisten, als auf Mittel zu sinnen, wie den Konsequenzen Ihres Antrages abzuhelfen sein wird.

Reichstagssitzung vom 15. Juni 1868.

Welcher verständige Mensch würde nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, welche in ganz Europa für Militärzwecke gemacht werden, für Friedenszwecke verwendet werden könnten? Aber auf dem Wege, wie einer der Herren Vorredner es gemeint hat, auf dem Wege der internationalen Verhandlung wird das sicherlich nie zu Stande kommen. Es ist ja der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Ich sehe für den Zweck nur eine Möglichkeit, und das ist, daß im Herzen von Europa sich eine Macht bilde, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann.

Eben deswegen glaube ich, daß, wenn dies segensreiche Werk jemals zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehen wird — aber, meine Herren, erst dann, wenn Deutschland stark genug ist, das heißt, wenn es geeinigt sein wird.

Auch im Militär, meine Herren, verfolgen wir die Fortschritte der Wissenschaft und die Erfindungen, die anderwärts gemacht werden; aber die Erfindung ist noch lange nicht das,

was aus ihr geschafft werden soll; es kommt darauf an, sie fertig hinzustellen. Unser vortreffliches Zündnadelgewehr ist vor langen Jahren erfunden, wir haben aber mehr als 20 Jahre gebraucht, um daraus eine wirklich kriegsbrauchbare Waffe in einer Million von Exemplaren herzustellen. Es würde also lange nicht genügen, zu beobachten, was anderwärts geschieht, sondern wir müssen selbst darin vorgehen. Es ist gesagt worden, daß die humane russische Regierung die Hohlgeschosse abgeschafft wissen will. Meine Herren, es handelt sich dabei wohl eigentlich nur darum, daß man in Rußland explodirende Gewehrkugeln nicht einzuführen wünscht; daß die russische Regierung Granaten und Schrapnels abschaffen wird, solange die andern Nationen sie führen, daran zweifle ich sehr.

Es ist uns ferner gesagt worden, daß die Geschütze schließlich alle Panzer durchbrechen; wenn der Herr Redner diese Versicherung uns geben kann, so würden wir sehr kostspielige Versuche sparen können, ich fürchte aber, daß wir vielleicht zwei Kriege zu führen haben, ehe diese Frage entschieden ist, in denen wir sowohl Panzerschiffe als Befestigungen brauchen. Wie überhaupt das Argument gegen die Befestigung des Hafens von Kiel gekehrt werden kann, begreife ich nicht; es scheint mir eher das Gegentheil zu beweisen. Meine Herren, unsere Nachbarn wissen alle recht gut — auch die, welche so thun, als ob sie es nicht wüßten —, daß wir sie nicht angreifen wollen; aber sie sollen auch wissen, daß wir uns nicht angreifen lassen wollen.*)

Dazu brauchen wir Armee und Flotte, und ich vertraue dem Patriotismus des Hohen Hauses, daß Sie das von der Regierung gebotene Gesetz annehmen werden.

---

*) Vergl. dazu Seite 16, zweites Alinea, wo genau dieselbe Wendung.

In derselben Sitzung weist Moltke eine irrthümliche Deutung, die seine Rede gefunden, in kurzer Bemerkung zurück.

Meine Herren! Ich hoffe, mich nicht weiter von dem Artikel 1 zu entfernen als meine Herren Vorredner, indem ich hier nur kurz berichtige, daß ich nicht gesagt habe, wir brauchten die Einigung Deutschlands, um ein großes Heer und Flotte zu haben, sondern umgekehrt, daß wir Heer und Flotte brauchen, um zu jener Einigung zu gelangen, die dann hoffentlich einmal zu einer Herabsetzung dieser großen Ausgaben führen könne.

Wahlberechtigung für Armee und Flotte.

Zweite Berathung des Reichswahlgesetzes.

Bei § 2, nach welchem die Wahlberechtigung für Armee und Flotte ruht, solange die betreffenden Personen im aktiven Dienste sind, hatte das Verhältniß der Reserven Anlaß zu Beanstandungen gegeben, insofern es zweifelhaft erschien, wann dieselben im aktiven Dienst seien, doch wurde der Artikel in der von Moltke gewünschten Fassung angenommen.

Reichstagssitzung vom 19. März 1869.

Im gewöhnlichen Friedensstande ist ja die Reserve und die Landwehr in ihrer Heimath und hat das volle und unbeschränkte Recht, zu wählen. Eine Beschränkung tritt nur dann ein, wenn sie zur Fahne gerufen wird. Wann ist aber Landwehr und Reserve unter der Fahne? Das ist am Vorabend eines Krieges. Wollten Sie da die Ordnung der Armee dadurch lockern, daß Sie einen Theil derselben in das politische Treiben hineindrängen?

Meine Herren! Seien wir froh, daß wir in Deutschland eine Armee haben, die nur gehorcht. Blicken wir auf andere Länder, wo die Armee nicht die Schutzwehr gegen die Revolution ist, sondern wo diese aus der Armee hervorgeht.

Ich empfehle Ihnen dringend, niemals die Hand dazu zu bieten, daß es bei uns anders werde.

Ich glaube kaum den Einwurf noch berühren zu sollen, daß die Regierung möglicherweise die Reserve einberufen würde, um einen Einfluß auf die Wahlen zu erzielen, um gewisse Stimmen Ihnen zu entziehen. Sie sehen, daß hier die Regierung auf eine große Zahl von konservativen Stimmen freiwillig verzichtet, denn bei einer ganz legalen Einwirkung werden in der Armee konservative Stimmen immer zu erzielen sein.

Beiläufig bemerke ich noch, daß die ganze Frage sich doch eigentlich um etwas sehr Erhebliches nicht dreht, weil vielleicht neun Zehntel der ganzen Armee, die bei der Fahne ist, unter 25 Jahren sein wird.

Das Amendement, welches vorschlägt, statt „im aktiven Dienste“ zu setzen „unter der Fahne“ ist das Einzige, mit dem ich mich einverstanden erklären könnte. Ich bitte daher meinerseits, alle übrigen Amendements abzulehnen und mit dieser Modifikation die Regierungsvorlage annehmen zu wollen.

Befreiung der Militärpersonen von der Kommunalsteuer.

Von Hagen ist ein Antrag eingebracht worden auf Aufhebung der Präsidialverordnung vom 22. Dezember 1868, betreffend die Anwendung der in Preußen geltenden Vorschriften über die Heranziehung von Militärpersonen zu Kommunalsteuern im Bundesgebiete; dazu liegen dreizehn Petitionen aus Sachsen, Gera, Braunschweig vor, welche ein entsprechendes Verlangen stellen. Der Antrag wird abgelehnt, doch erklärt sich die Mehrheit damit einverstanden, daß die Frage im Sinne der Einheit des Bundesheeres gesetzlich geregelt werden müsse.

Reichstagssitzung vom 28. Mai 1869.

Ich beabsichtige nicht, über die Rechtsgültigkeit der Präsidialverordnung zu sprechen, sondern über nähere Gegenstände. Es ist viel darüber gestritten, ob dieser Gegenstand in die Kommunal-

oder in die Militärgesetzgebung fällt. Ich habe darauf aufmerksam zu machen, daß durch die preußische Kommunal- und Militärgesetzgebung der Grundsatz leitend ist, daß das aktive Militär befreit ist von allen Steuern. Diese Befreiung hat ihren Grund und findet ihre Berechtigung darin, daß das Einkommen des Militärs bemessen ist nach dem Bedürfniß. Als Preußen ein nationales Heer aufstellte, da ist diesem zu seiner Existenz bewilligt worden, was nach damaligen Verhältnissen als nothwendig und auskömmlich erachtet wurde, nicht mehr und nicht weniger. Es konnte also niemals die Absicht des Gesetzgebers sein, daß von dem, was zur Erreichung eines bestimmten und wichtigen Zweckes als nöthig befunden wurde, daß davon später irgendwelche Abzüge gemacht werden sollten. Allerdings war es nicht angänglich, aus äußeren Gründen das Militär von den indirekten Steuern, die ja damals schon bestanden, zu befreien. Die Befreiung aber von den direkten Steuern hat durch eine lange Reihe von Jahren hindurch unangefochten bestanden; erst als im Laufe von Dezennien die Preise aller Lebensbedürfnisse sich nahezu auf die doppelte Höhe steigerten, wurde, ohne daß die vor einem halben Jahrhundert normirten Gehälter bis dahin irgend eine nennenswerthe Aufbesserung erfahren hatten — der Lieutenant hat 4 Thaler bekommen —, erst da, es war bald nach den Wirren der 48er Jahre, wurde das Militär zum ersten Male zu den direkten Klassen- und Einkommensteuern herangezogen. Meine Herren, es ist nun diese in der Natur der Sache begründete Immunität nicht etwa eine speziell preußische Einrichtung; derselbe Grundsatz findet Anwendung auch in den meisten anderen Armeen, nicht in allen, z. B. nicht in der nordamerikanischen, welche dem Staate und den Kommunen steuert und hoch steuert; Alles, was ich dazu zu bemerken habe, ist, daß der amerikanische Lieutenant 120 Thaler, der preußische Lieutenant 26 Thaler bezieht.

Ich werde Ihre Geduld nicht ermüden mit den Verhältnissen unserer großen Nachbararmeen, ich beschränke mich darauf, Ihnen eine Armee zu nennen, die mehr Beifall finden wird, die von Vielen noch jetzt als das anzustrebende Ideal hingestellt wird, ich meine die Schweizer Armee.

Meine Herren, da finden Sie nun in dem neuesten Entwurf zu einer Militärorganisation der Eidgenössischen Armee im § 187 Folgendes ausgesprochen: „Alle im Eidgenössischen Militärdienste stehenden Personen, die für den Dienst erforderlichen Militäreffekten, Armeefuhrwerke, Lebensmittel und Getränke sind von Bezahlung aller Arten Steuern, Abgaben und Konsumgebühren in den Kantonen und Gemeinden befreit.

„Dasselbe gilt auch von den Militäranstalten und Werkstätten der Eidgenossenschaft, deren Betriebsfonds mit keinerlei Kantonal- oder Gemeinde-Steuer belastet werden darf."

Sie sehen also, daß in einer Republik und in dem aufgeklärten Jahre 1868 dieser Gedanke einer völligen Steuerfreiheit des Militärs als etwas ganz Selbstverständliches behandelt wird.

Ich sagte schon, daß man bei uns im Jahre 1851 von diesem Prinzip abgewichen ist: wir werden zu den direkten Steuern herangezogen. Unsere Verhältnisse sind sehr durchsichtig, denn Jeder weiß, was wir an Gehalt, was wir für Emolumente haben, und wir werden zum vollen Betrage herangezogen. Dagegen ist im Entferntesten nichts zu sagen, sofern wir überhaupt steuern sollen; freilich bliebe zu wünschen, daß man dann auch in anderen Berufsklassen zu derselben vollständigen Klarheit durchdringen könnte, wo dann die Einkommensteuer wohl bedeutend mehr einbringen würde wie jetzt.

Meine Herren, ich gehe nicht zurück auf das Allgemeine Landrecht, welches ja die Befreiung von allen persönlichen Lasten des Militärs ganz bestimmt ausspricht, ich erinnere Sie nur an die freudig begrüßte Städteordnung von 1808, welche, indem sie

die Städte der Einwohnerzahl nach klassifizirt, ganz bestimmt ausspricht: Das Militär zählt nicht mit. Das Militär gehört eben weder zu den Schutzbefohlenen, noch zu den Bürgern, es besteht für sich, es ist so eingerichtet, daß es für sich bestehen kann. Die Armee hat ihre Handwerker und ihre Künstler, sie hat ihre Köche und ihre Musiker, sie hat ihre Aerzte und ihre Geistlichkeit, sie richtet sich überall selbst ein. Sie wissen, meine Herren, daß wir unsern Aufenthalt nicht wählen können, wir sind darin beschränkter als selbst die Civilbeamten, denn bei ihnen kommt in den unteren Stellen überhaupt selten eine Versetzung vor, und ein Civilbeamter kann, wenn er will, eine Anstellung ablehnen, wenn sie ihn nach einem Orte führt, wo er nicht bestehen zu können glaubt. Wir können das nicht. Beiläufig gesagt, finde ich allerdings die Besteuerung der Civilbeamten gerade so inkonsequent wie die des Militärs. Man exemplifizirt auf die Civilbeamten und sagt: Es ist doch unbillig, daß das Militär nicht mit zu den Steuern herangezogen wird, wo die Civilbeamten steuern. Ja, meine Herren, ich bin derselben Meinung, aber die Unbilligkeit liegt nicht darin, daß das Militär frei ist, sondern sie liegt darin, daß die Civilbeamten bezahlen müssen.

Wir werden also nun, ohne gefragt zu sein, nach irgend einer Stadt verlegt und stehen dort der Kommune gegenüber ohne jegliches Recht. Wie wollen Sie uns nun der Kommune gegenüber eine Pflicht auferlegen? Wir wählen die Obrigkeit der Stadt nicht, wir haben keinen Theil an dem Bürgervermögen, wir erfahren nichts über seine Verwaltung und wir haben nicht mitzusprechen bei seiner Verwendung. Es ist uns auch ganz gleichgültig, ob die Stadt sich ein Rathhaus baut oder eine Markthalle, ob sie eine Badeanstalt gründet oder ein Spital.

Wird der Soldat krank, so kommt er nicht in das Bürgerspital, sondern in das Militärlazareth; wird er invalide, so

nimmt sich nicht die Stadt seiner an, sondern der Militärfiskus muß für ihn sorgen.

Wird er erwerbsunfähig, hülfsbedürftig, so geht er in sein heimathliches Dorf zurück, in seine spezielle Kommune, die Stadt thut nichts für ihn. Die Stadt schenkt uns keinen Exerzirplatz, keinen Schießstand, wir müssen Beides erwerben und uns selbst einrichten; die Stadt giebt uns kein freies Quartier, denn wir bezahlen dafür den Servis, und wenn der Servis nicht ausreichend ist, so wissen Sie, daß die Militärverwaltung sehr gern geneigt ist, ihn zu erhöhen, wenn Sie nur die Mittel bewilligen wollen, aus denen das geschehen kann. Meine Herren, das Militär ist also in der That in der Stadt, wo es garnisonirt, ein Gast, nicht in dem Sinne, wie Sie vielleicht Jemand bei sich aufnehmen, ihn verpflegen, ihn zum Abschied noch beschenken; nein, meine Herren, ein Gast, der seine Rechnung bezahlt.

Man hat nun wohlwollend das Militär bedauert: indem man den Soldaten verhindere, die Kommunalsteuer zu bezahlen, beraube man ihn jeder Heimath, stelle die Armee außerhalb des Volkes. Meine Herren, wo ist denn bei uns überhaupt die Rede von einem Gegensatze zwischen Militär und Volk? Derselbe Mann, der voriges Jahr Volk war, der ist dieses Jahr Militär und in zwei Jahren ist er wieder Volk. Die Armee ist ein Theil des Volkes und nicht der schlechteste, und es ist wirklich nicht nöthig, ihr erst eine Steuer aufzuerlegen, um das zu ihrem Bewußtsein zu bringen. Was dann die Heimath anbetrifft — ja, ein Bataillon hat nach seiner mittleren Kopfstärke 568 Heimathen, in seiner Gesammtheit aber wurzelt es nicht in der Garnison, die Garnison ist nicht seine Bestimmung und wird nie seine Heimath, und wenn es 50 Jahre da stünde, ohnehin wechseln seine Bestandtheile fortwährend. Die Heimath der Armee ist das Vaterland, ist der Bereich des ganzen Norddeutschen Bundes, wohin sie der König schickt.

Nun sagt man uns: Ja, das Militär nimmt aber doch Theil an all den vielen und schönen Einrichtungen, die es in den Städten vorfindet. Ja, meine Herren, wir nehmen Theil in einem gewissen, möglichst beschränkten Grade, nehmen Theil, soweit man überhaupt Niemand verhindern kann, theilzu= nehmen, nicht mehr als an Luft und Licht. Die Stadt erlaubt uns zwar, auf ihrem Trottoir spazieren zu gehen, aber sie pflastert für uns keine Straße, sie zündet um unsertwillen nicht eine Gasflamme mehr an, sie hat es nicht nöthig, wegen des Militärs einen Nachtwächter anzustellen, denn wir bewachen uns selbst bei Tage und bei Nacht. Wenn Sie nun dennoch darauf bestehen, daß das Militär doch theilhaft wird gewisser Vor= theile in den Städten, so frage ich: Gewährt denn das Militär den Städten nicht etwa auch Vortheile? und sollten diese Vor= theile nicht ganz überwiegender Art sein? Meine Herren, worauf gründet sich denn der Flor, das Wachsthum, das Ge= deihen der Städte? Doch wohl auf das Wohlergehen, auf die Machtentwickelung und die politische Stellung des Staates überhaupt.

Man hat mir gesagt, daß hier in Berlin nach den opfer= vollen Kriegen zu Anfang unseres Jahrhunderts Grundstücke vielleicht 20000 Thaler werth waren, die heute vielleicht 120000 Thaler und mehr werth sind. Nun, meine Herren, zwei verlorene Feldzüge könnten den Werth der Grundstücke in Berlin und in anderen Städten auf das frühere Niveau herab= drücken, und was das sagen will, wo zwei Drittel oder drei Viertel aller Grundstücke mit Schulden belastet sind, das brauche ich nicht weiter auszuführen. Aber hier, wo es sich darum handelt, dem Militär eine neue und nach meiner besten Ueber= zeugung ganz ungerechtfertigte Last aufzuerlegen, da wird es gestattet sein, wenn auch nur im Vorübergehen, daran zu er= innern, daß ja das Militär zwei Feldzüge nicht verloren, sondern gewonnen hat, und daß, wenn heute Preußen, wenn Deutschland

eine ganz andere Stellung in der Welt einnimmt als früher, das Militär doch auch selbst um die Städte einiges indirekte Verdienst sich erworben haben möchte.

Wenn dies aber auch vergessen sein sollte, meine Herren, so werde ich die Ehre haben, Ihnen direkte, ganz positive und in Zahlen nachzuweisende Vortheile vorzuführen, welche die Städte von dem Militär haben. Blicken Sie doch auf Luxemburg. Bekanntlich werden dort die Festungswerke jetzt geschleift, die Sache ist bisher etwas langsam vorgegangen, es ist noch nicht viel aus den freigewordenen Grundstücken erlöst: nichtsdestoweniger hat doch die Luxemburgische Regierung sich veranlaßt gesehen, der Stadt Luxemburg bereits die Summe von 140000 Francs zu überweisen, um sie nur einigermaßen zu entschädigen für die Ausfälle, welche ihr aus der Verlegung der früheren Bundesgarnison erwachsen. Meine Herren, es profitiren die Städte, und in den Städten gerade die minder begüterten Einwohner; die Kleinbürger profitiren aus dem Vertrieb der Lebensbedürfnisse einer Garnison die Differenz zwischen Produktionskosten und Marktpreis, zwischen Einkauf und Ausverkauf, und diese Differenz ist schon so bemessen, daß, mit so und so viel mal 100 oder 1000 — je nach der Stärke der Garnison — multiplizirt, dies eine sehr hübsche Summe giebt. Wie käme es auch sonst, daß die Städte, welche gern über die Last ihrer Garnison klagen, noch viel mehr klagen, wenn ihnen diese Last genommen wird? Wie käme es, daß alljährlich beim Kriegsministerium Petitionen von Städten eingehen, welche um Hinverlegung einer nicht kommunalpflichtigen Garnison nachsuchen?

Meine Herren, werfen Sie einen kurzen Blick auf den Haushalt der Städte. Es hat z. B. im Jahre 1865 die Stadt Berlin eingenommen aus dem Kommunalzuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer und zur Braumalzsteuer 750000 Thlr., als Antheil an dem Rohertrag der Mahl- und Schlachtsteuer

237900 Thaler, an Wildpretsteuer 20000 Thaler, macht in Summa rund 1008000 Thaler, d. h. ein Drittel der Gesammteinnahme dieser großen Stadt. Nun, meine Herren, zu diesem einen Drittel und bei allen drei angeführten Posten steuert das Militär bereits redlich seinen Theil bei. Blicken Sie nun auf die Ausgaben, so finden Sie außer Verzinsung der städtischen Schuld, die wir nicht kontrahirt haben, außer dem städtischen Bauwesen, welches uns nichts angeht, und außer einem hübschen runden Posten von 360000 Thalern für Geschäftsbedürfnisse zunächst das Schulwesen mit 535000 Thalern angesetzt. Ja, unsere zwanzigjährigen Leute schicken in der Regel doch keine Kinder in die Schule, und die Söhne der Offiziere werden doch fast ausnahmslos in den Königlichen Gymnasien und Kadettenhäusern erzogen. Sind aber Militärkinder vorhanden, welche die städtischen Schulen besuchen, nun, meine Herren, dann bleibt übrig, von ihnen ein erhöhtes Schulgeld zu erheben, wie das die Stadt Oldenburg bereits thut. — Nächst diesem Posten figurirt dann mit der bedeutenden Summe von 710000 Thalern das städtische Armenwesen, dieser kolossal sich entwickelnde Krebsschaden der großen Städte.

Meine Herren, der Soldat ist zwar selbst arm; wenn Sie aber nur die Güte haben wollten, ihm nicht noch etwas von dem zu nehmen, was er hat, so wird er keine Hülfe beanspruchen und weiß auch, daß er hier keine bekommt. Beiläufig bemerkt, würde der Betrag einer Zwangssteuer zu dem Armenwesen von dem sehr leicht und sehr vollständig gedeckt werden, welcher sich etwa veranlaßt sehen möchte, seine freiwilligen Beiträge für Armenverwaltung, für Suppenanstalten, für Kleinkinderbewahranstalten, für Rettungshäuser, kurz für diese ganze Reihe meist vergeblicher Versuche, dem Elende zu steuern, bis zum Wohlthätigkeitskonzert, — der diese freiwilligen Beiträge einzuhalten sich entschlösse, die ihn ohnehin nicht schützen gegen tägliche, mündliche und schriftliche Gesuche.

Schließlich, meine Herren, finden Sie den Hauptposten mit 746 000 Thalern für Polizeiverwaltung. Nun, meine Herren, das Militär handhabt streng seine eigene Polizei; und wer steht denn hinter der Polizei? Wir haben hinter der Polizei die Bürgerwehr gesehen; Sie werden sich entsinnen, daß das Ding nicht recht ging, und daß schließlich doch das Militär heran mußte. Meine Herren, wenn Sie die Garnison nicht hätten, so würden Sie vielleicht das Doppelte und Dreifache für Polizeizwecke zu verwenden haben.

Sonach, meine Herren, finden Sie zwar auf der einen Seite des Blattes, auf der der städtischen Einnahmen, das Militär als zahlend, auf dem anderen Blatte aber, dem der städtischen Ausgaben, finden Sie das Militär als empfangend nirgends. Nein, meine Herren, wenn wir unsere Rechnungen aufmachen, so seien Sie versichert, daß die Bilanz sich sehr zu Gunsten des Militärs stellen wird, und daß es in der That billiger wäre, zu erwarten, daß die Städte etwas für ihre Garnisonen thun, als umgekehrt, daß die Garnisonen für die Städte steuern sollen.

Man ist nun so weit gegangen, daß man selbst die Besteuerung des Diensteinkommens von Unteroffizieren und Gemeinen verlangt hat. Ich werde nicht lange dabei verweilen, meine Herren. Unsere jungen Leute, die noch in der Entwickelung ihrer körperlichen Kräfte sind, an die wir große Anforderungen stellen müssen, haben vortrefflichen Appetit und würden gern täglich ein Pfund Fleisch essen, wenn wir es ihnen nur geben könnten. Legen Sie noch eine Verbrauchssteuer auf die Militär-Speiseanstalten, dann wird man die paar Loth Fleisch bald nicht mehr in der Suppe finden können. In den Städten, wo keine Schlacht- und Mahlsteuer ist, müßten Sie geradezu zu bestimmungswidrigen Gehaltsabzügen schreiten; denn sonst finden Sie zuverlässig am Ende des Monats den 1 Sgr. 3 Pf. nicht vor, und die Eintreibung der Steuerreste würde ihre be-

sonderen Schwierigkeiten haben; denn Sie können den Mann nicht pfänden, er hat nichts als die königlichen Effekten, und Sie können ihn nicht einsperren, denn sonst würden Sie bald die Kompagnie im Arrest, anstatt auf dem Schießplatz finden.

Meine Herren, man hat uns diese ganze Angelegenheit mit etwas hochtönenden Worten eingeführt; man hat gesagt, daß die Präsidialverordnung eine tiefe Verstimmung in den weitesten Kreisen hervorgerufen habe, daß das Rechtsgefühl der Nation verletzt sei; man hat sogar aus dem Arsenal der etwas verbrauchten Redefiguren vor einiger Zeit wieder einmal den gewissen Schrei der Entrüstung hervorgeholt. Meine Herren, die Verstimmung mag bei den städtischen Kassen empfunden worden sein, in weiten Kreisen glaube ich nicht. Wo die allgemeine Militärpflicht gilt, da giebt es kaum eine Familie, die nicht einen Sohn, einen Bruder, einen Verwandten in der Armee hätte, und in diesen allerdings weitesten Kreisen von Tausenden von Familien wird man sich schon darüber zufrieden gegeben haben, daß die Angehörigen nicht steuern sollen für Zwecke, die ihnen fremd sind. Sehen Sie auf die Petitionen; es sind ein Dutzend königlich sächsischer und herzoglich braunschweigischer Städte, Gera, Weimar, Oldenburg und, wie wir jetzt erfahren, auch Darmstadt, die zumeist Chorus machen mit dem Magistrat von Dresden. Von anderer Seite, meine Herren, liegt nichts vor.

Es ist ja nun nicht allein wünschenswerth sondern nothwendig, daß innerhalb derselben Armee nicht nur dieselbe Bezahlung, sondern auch dieselbe Besteuerung Platz greife. Können Sie nun etwas Ungleichmäßigeres und also Unzweckmäßigeres erfinden als die Kommunalbesteuerung? Versetzen Sie einen Offizier innerhalb seines Regiments von einem Bataillon zum andern, z. B. von Minden nach Bielefeld, so macht das, wenn er Kommunalsteuern zahlt, 23 pCt. Unterschied. Der Mann stand vielleicht in Boppard oder Greifswald oder in Görlitz, in einer von den guten alten Städten, die ihr Vermögen zu be-

wahren gewußt haben, und zahlte dort 3, 4, 5 pCt.; schicken Sie ihn nach Berlin, so müßte er 50 oder 100 pCt. zahlen, und wenn er das Unglück haben sollte, nach Elberfeld zu kommen, so würde er, wie mir gesagt ist, 320 pCt. zu zahlen haben. Das ist doch keine Ausgleichung, meine Herren; nun sagt man, eine Ausgleichung muß aber stattfinden, hier muß der Staat einschreiten, der Staat muß Ortszulagen zahlen.

Es ist erstaunlich, was man Alles vom Staat erwartet, was der Staat Alles leisten soll, während man eifrigst darauf bedacht ist, ihm jede neue Hülfsquelle sorgfältig zu verstopfen.

Nein, meine Herren, es handelt sich hier einfach um eine Erhöhung der allgemeinen Steuerlast. Es sollen die Bewohner des platten Landes für die Interessen der Städte mitsteuern.

Meine Herren, ich begreife, wenn Jemand aufsteht und sagt: Das Militär hat immer noch zu viel, wir können ihm dreist etwas wegschneiden, sagen wir fünf Prozent — dafür wollen wir die Salzsteuer abschaffen, oder den Betrag den Steuerzahlern direkt erlassen. Dann kann ich die Behauptung bestreiten, aber nicht die Konsequenz des Vorschlages.

Wenn aber Jemand sagt: Das müssen wir einräumen, dem Militär kann man unmöglich noch etwas nehmen, aber erhöhen wir die Steuer, lassen wir diesen Mehrbetrag zwar in das Portemonnaie des Militärs fließen, aber nur um im nächsten Augenblick in die städtische Kasse abgeliefert zu werden, dann fürchte ich eigentlich nicht, daß dieser Vorschlag Ihren Beifall finden wird, und beschränke mich darauf, neben der Unbilligkeit nur auf das Unpraktische eines solchen Vorschlages allein schon in Rücksicht auf die Schreiberei und die Geschäfte hinzuweisen. Die Intendanturen müßten ja nicht allein jeden Truppentheil, sondern jedes militärische Individuum verfolgen, um zu wissen, wann die kleinere Zulage in A. aufhört, wann die größere in B. und C. anfängt. Ich gratulire der Ober-Rechnungskammer welche mit der Gründlichkeit, welche diese Behörde charakterisirt,

einen solchen Wust von Nachweisung nachzusehen und festzustellen haben würde.

Meine Herren, es ist hier ganz einfach die Frage: sollen fünf Sechstel der Armee ihre alten Rechte aufgeben, um sich nach dem einen neu hinzugetretenen Sechstel zu richten, oder sollen in den neu hinzugetretenen Ländern eine Anzahl Städte künftig auf eine Einnahme verzichten, welche bisher seitens derselben — gewiß nicht ungesetzlich aber ich glaube mit einem sehr geringen Grade von Billigkeit —, von ihren Angehörigen in der Armee erhoben worden ist?

Ich muß dabei noch darauf hinweisen, daß ja in den neu hinzugetretenen Ländern die Erhebung der Kommunalsteuer materiell und formell wieder eine verschiedene ist. Sie müßten also auch dort reformiren. Sie würden nothwendig schließlich zu dem Resultat kommen müssen, zu sagen: Hier Koburg oder Braunschweig, das ist nun die Norm, nach welcher das Königreich Preußen, das Königreich Sachsen und alle Uebrigen sich zu richten haben.

Meine Herren! Ihre Kommission hat Ihnen vorgeschlagen, den Zustand wieder herzustellen, wie er vor Erlaß der Präsidialverfügung war, das heißt die Ungleichmäßigkeit zu stabiliren, bis die Angelegenheit anders geregelt werden kann. In welcher Weise sie geregelt werden soll, darüber hat die Kommission einen Vorschlag nicht machen können, weil keiner eine Majorität gefunden hat. Es liegt nun ein Vorschlag von dieser Seite des Hauses vor, welcher nichts weiter will, als daß dasjenige, was am Tage der Verkündigung der Verfassung des Norddeutschen Bundes in dieser Beziehung in Preußen unzweifelhaft zu Recht bestand — nichts weiter —, auf das Bundesgebiet ausgedehnt werden soll. Meine Herren, ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, diesen Antrag anzunehmen. Ich glaube, indem Sie das thun, ordnen Sie das Gerechte, das Zweckmäßige und das Ausführbare an.

Meine Herren! Die Armee verlangt in der That keine Begünstigung auf Kosten der übrigen Stände; aber sie verlangt zu existiren, und was sie dazu unbedingt braucht, das sollten Sie ihr nicht verkürzen.

Deutsche Okkupationstruppen in Frankreich.

Bei dem Bericht der Petitionskommission kommt die Rede auf die angeblich mangelhafte Verpflegung der deutschen Okkupationstruppen.

Reichstagssitzung vom 2. Mai 1871.

Ich finde, daß ein Vertreter des Kriegsministeriums nicht gegenwärtig ist. Da nun die Verpflegung der Armee nicht vom Generalstabe ressortirt, so kann ich als nicht direkt Betheiligter vollkommen unbefangen darüber sprechen.

Wenn ich den Herrn Vorredner recht verstanden habe, so wurde zunächst hervorgehoben, daß verdorbene Gegenstände an die Truppen vertheilt worden sind. Meine Herren, als infolge des Präliminarfriedens ein neuer Verpflegungsmodus bei der Armee eintrat, da waren wir im Besitz von außerordentlich großen Beständen, die darauf berechnet waren, die ganze Armee, wie bisher, so noch auf lange hinaus zu verpflegen. Es ist natürlich, daß man aus ökonomischen Rücksichten gesucht hat, diese Bestände, namentlich Speck in großen Quantitäten, zu verwerthen. Als aber Beschwerden der Truppen eingingen, hat die Vertheilung aufgehört.

Nachdem an die Armee-Kommandos Anfragen gerichtet, welche Beschwerden vorlägen, ist jetzt z. B. von dem Kommando der Dritten Armee die Antwort eingegangen: „Es sind keine Beschwerden." Natürlich, meine Herren, findet eine gewisse

Mißstimmung statt, wenn nach dem frischen, fröhlichen Vorwärtsgehen des Krieges die Leute jetzt feststehen. Sie langweilen und ärgern sich, daß die Unordnung in Frankreich sie hindert, in die Heimath zurückzukehren.

Die Verpflegung ist in der That, wie es ja schon hervorgehoben worden ist, eine reichliche; $^3/_4$ Pfund Fleisch ist eine ganz ausreichende Kost, dazu die übrigen Kompetenzen, die ich nicht im Kopfe habe, außerdem eine Geldzulage von $2^1/_2$ Sgr.; meine Herren, das schlägt zu Buch, es ist eine ganz bedeutende Ausgabe.

Wenn ich ferner den Herrn Vorredner richtig verstanden habe, so, glaube ich, wurde hervorgehoben, daß eine französische Armee in Deutschland ganz anders leben würde. Ja, meine Herren, das ist eben der Unterschied; wir haben uns überall gemäßigt und nur genommen, was nöthig und auskömmlich war, und nicht mehr. Ich glaube behaupten zu können, daß noch niemals ein Krieg und vollends mit solchen Massen geführt worden ist, wo die Armee so gut verpflegt gewesen ist wie unsere Armee in diesem Feldzug. Man hat sich klar gemacht, daß, wie sehr richtig behauptet worden, im Kriege keine Verpflegung zu theuer ist, außer eine schlechte. So haben wir z. B. kostbare Konserven mitgeführt, die, zur rechten Zeit ausgetheilt, sehr gute Dienste geleistet haben. Ich bin der Ueberzeugung, meine Herren, daß die Armee ihrem General-Intendanten und seinen tüchtigen Beamten eine dankbare Anerkennung nicht versagt.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung der Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Okkupationstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern.

Die Verwendung der Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Okkupationstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern soll ausschließlich zu Gunsten der Armee, zur Unterstützung von Unteroffizieren, Frei-

stellen im Kadettenkorps, Einrichtung einer Lebensversicherungs-Anstalt, Bau der Kriegsakademie, Einrichtung und Ausstattung von Dienstwohnungen erfolgen. Es wird im Reichstage die Ansicht verfochten, daß das Haus das Recht habe, über diese Gelder auch zu anderen allgemeineren Zwecken zu verfügen.

Reichstagssitzung vom 11. März 1878.

Meine Herren, ich glaube, daß Sie aus den Motiven der Vorlage genügend entnommen haben, wie die Ersparnisse entstanden sind, um die es sich hier handelt; ich habe nur wenig Worte zu sagen über die Qualität dieser Gelder.

Als der General v. Manteuffel das Oberkommando über die Okkupationsarmee in Frankreich übernahm, da vermittelte er auf privatem Wege mit den maßgebenden Persönlichkeiten des französischen Gouvernements ein Abkommen dahin, daß statt der früheren Naturallieferungen fortan ein bestimmter Geldsatz pro Kopf und Pferd für die Armee gezahlt werden sollte. Daß dieser Satz auskömmlich hoch normirt wurde, scheint mir ein Verdienst des Generals v. Manteuffel zu sein. Dank seiner umsichtigen Fürsorge und der vortrefflichen Verwaltung seines Militär-Intendanten, des Herrn Engelhardt, gelang es, den Truppen, die damals ihren Kameraden in die Heimath nicht folgen konnten, inmitten einer durchaus feindselig gestimmten Bevölkerung eine befriedigende Existenz auf fremdem Boden zu schaffen. Es erhielten die Leute eine ganz auskömmliche Portion, außerdem eine Geldzulage, die ihnen auch den Genuß von Wein gestattete, der ja in Frankreich auch dem ärmsten Arbeiter zugebilligt wird, und der so sehr dazu beigetragen hat, den guten Gesundheitszustand der Truppen zu erhalten. Für den direkten Zweck einer guten Ernährung wurde damals in Mainz die Konservenfabrik begründet, die später eine größere Ausdehnung erhalten hat und der Armee für alle Zukunft die ersprießlichsten Dienste leisten wird, schon im Frieden bei allen

größeren Versammlungen und vollends bei einem etwaigen Kriege.

Ich würde hier auf diesen Gegenstand nicht eingehen, wenn nicht der „Enthusiasmus für die Erbswurst" berührt worden wäre. Meine Herren, die Konserven haben den großen Vortheil, daß sie diejenigen Elemente, Eiweißstoffe und Kohlehydrate, in dem beinahe genauen Verhältniß enthalten, welche nothwendig sind zur Ernährung eines arbeitenden Mannes. Jede willkürlich gewählte Mahlzeit enthält von dem einen mehr, von dem anderen zu wenig; das erstere geht nutzlos verloren, das andere fehlt an der Ernährung. Die Konserven haben dann den großen Vortheil, daß sie transportabel sind, daß der Mann auf mehrere Tage seine Verpflegung bei sich tragen kann, und sie haben den ferneren Vortheil, daß sie in sehr kurzer Zeit bereitet werden. Wie oft kommt es vor, daß eine Truppe, bei dem stundenlangen Abkochen alarmirt, den Inhalt des Kessels ausschütten und hungrig weiter marschiren muß.

Die Konserven haben einen Nachtheil, das ist der, daß sie zu theuer sind; aber, meine Herren, wenn man von einem Menschen die höchste geistige und körperliche Anstrengung fordert, dann darf er nicht hungern; im Felde ist keine Verpflegung zu theuer, außer eine schlechte.

Es ist bereits angeführt, daß auch für die Beamten, für die Frauen und Kinder der Verheiratheten gesorgt wurde, und ich glaube, daß es nur zu billigen ist. Die Offiziere, welche alle Lebensbedürfnisse sehr theuer bezahlen mußten, erhielten außer ihrer Feldzulage noch einen nach ihrer Charge bemessenen Geldzuschuß. Daß ein solcher Zuschuß von dem Oberkommandirenden selbst nicht beansprucht wurde, ist bereits ausgesprochen, und dafür danke ich dem Herrn Vorredner. Der sehr bedeutende Betrag, wie er sich nach der Charge des Oberkommandirenden und für eine 2½jährige Dauer normirt haben würde, ist in den Ersparnissen mitenthalten. Der General v. Manteuffel

ist, wie alle unsere Generale, nicht reicher aus Frankreich zurückgekehrt, als wie er hinmarschirt ist.

Meine Herren, wenn ein Truppentheil Ersparnisse an seinem Menagefonds macht, so verbleiben diese bestimmungsmäßig zu seiner Verfügung. Hier handelt es sich um eine große Menageersparniß, die ein Theil der Armee gemacht hat, eine schon in ihrem Entstehen durchaus interne Angelegenheit der Truppenverwaltung. Es kann ja nicht in Frage gestellt werden, daß der General v. Manteuffel vollständig befugt war, alle die Summen, die ihm vermöge des getroffenen Abkommens zuflossen, auch vollständig an die Truppen zu verausgaben. Er konnte die Ersparnisse summarisch an die vier Divisionen vertheilen, oder er konnte jedem Mann noch fünf Silbergroschen zulegen; dann war heute von Ersparnissen überhaupt nicht die Rede. Er hat das nicht für zweckmäßig erachtet, nicht für gut, weil dadurch die Aufrechthaltung einer strengen Disziplin erschwert worden wäre, wie sie selbst von unseren Gegnern, den aufrichtigen wenigstens, anerkannt worden ist; er wollte eben aus dem Aufenthalt in Frankreich nicht eine Art Capua für seine Truppen machen. Er hielt es für richtiger, das, was ein Theil der Armee erspart hatte, zum Nutzen und Frommen der ganzen Armee zurückzulegen. In diesem Sinne sind, soweit ich weiß, schon während der Okkupation erhebliche Summen an das preußische und das sächsische Kriegsministerium abgeführt worden.

Aber, meine Herren, auch nach Aufhören der Okkupation war nach meiner Ansicht die Militärverwaltung vollkommen berechtigt, alle diese Gelder, ohne Jemand zu fragen, zum Nutzen der Armee nach ihrem besten Ermessen auszugeben, so lange nämlich, wie das Pauschquantum Geltung hatte. Heute steht unstreitig dem Reichstag das Recht zu, über die Verwendung dieser Gelder mitzubefinden.

Meine Herren, die Milliarden hat die Armee erobert, die Millionen hier hat sie erspart und, wohl zu merken, erspart

nicht an Staats- oder Reichsmitteln, sondern an ihren eigenen Mitteln. Ich glaube, meine Herren, ich darf Ihre Gerechtigkeit, jedenfalls Ihre Billigkeit in Anspruch nehmen, wenn ich Sie bitte, diese Gelder der Armee ganz und ungeschmälert zu belassen für Zwecke, die Sie als nothwendig und höchst wünschenswerth anerkennen werden, und für welche sonst neue Bewilligungen beim Reichstag beantragt werden müssen.

Ueber Arreststrafen.

Zweite Berathung des Militär-Strafgesetzbuches zu den Bestimmungen über die Arreststrafen.

Reichstagssitzung vom 7. Juni 1872.

Meine Herren, ich erkenne vollkommen die humane Absicht des Antrages der Herren Abgeordneten Eysoldt und Genossen an, allein ich muß ihrem Antrage durchaus widersprechen. Ich glaube, daß eine allzu große Abminderung der Strenge der Strafen nur die Zahl ihrer Anwendungen vermehren wird. Wenn wir ein Gesetz für die Armee geben wollen, meine Herren, so dürfen wir uns nicht ausschließlich auf den bürgerlichen, auf den juristischen oder ärztlichen Standpunkt stellen, wir müssen uns schon auf den militärischen stellen. Autorität von oben und Gehorsam von unten; mit einem Worte, Disziplin ist die ganze Seele der Armee. Die Disziplin macht die Armee erst zu dem, was sie sein soll, und eine Armee ohne Disziplin ist auf alle Fälle eine kostspielige, für den Krieg eine nicht ausreichende und im Frieden eine gefahrvolle Institution.

Meine Herren, die Strafen sind es lange nicht allein, mit denen wir die Disziplin aufrecht erhalten. Es gehört dazu die ganze Erziehung des Mannes, und ich erwidere dem Herrn Antragsteller, daß, wenn unsere Strafen milder sind, wie in anderen Armeen, doch auch gerade dieses Moment der weiteren Erziehung hinzutritt. Wichtiger, als was in der Schule erlernt worden, ist die nach der Schule folgende Erziehung des Mannes, seine Angewöhnung an Ordnung, Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Gehorsam und Treue, kurz an Disziplin, und diese Disziplin ist es, die unsere Armee in den Stand gesetzt hat, drei Feldzüge siegreich zu gewinnen. Wir können aber die Strafen dennoch nicht entbehren, meine Herren; Sie werden zugeben, daß es einer ungemein starken Autorität bedarf, um Tausende von Menschen zu bestimmen, unter den schwierigsten Verhältnissen, unter Leiden und Entbehrungen, Gesundheit und Leben an die Ausführung eines gegebenen Befehls zu setzen. Eine solche Autorität, meine Herren, kann nur erwachsen und kann nur fortbestehen unter schützenden Verhältnissen. Es muß der Unteroffizier dem Soldaten gegenüber eine bevorzugte Stellung haben, und es muß der Offizier Beiden gegenüber eine Prärogative genießen. Darin liegt, meine Herren, allerdings die von dem Herrn Vorredner hervorgehobene Ungleichheit vor dem Gesetze. Es ist aber nicht sowohl eine Bevorzugung des Offiziers als eine Bevorzugung des Vorgesetzten, und ich bemerke dabei, daß in der ganzen Armee Jedermann heute Vorgesetzter und morgen Untergebener sein kann. Der General an der Spitze eines Korps ist in dem Augenblick der Gehorchende, wo er in Berührung mit einem noch höher gestellten General kommt, und ebenso kann der einfache Soldat Vorgesetzter werden, sobald der Dienst ihn dazu beruft. Jeder Wachtposten, jeder Gefreite, der eine Patrouille führt, hat Gehorsam zu fordern.

Wir bedürfen nun, meine Herren, die strengen Strafen nicht gegen die große Masse unserer Leute, die durch Belehrung,

Ermahnung, Rüge, höchstens leichte Disziplinarstrafen unschwer zu leiten sind, allein, meine Herren, wir haben es zum Theile auch mit ganz schlechten Subjekten zu thun. Wenn Alles unter die Waffen tritt, so treten natürlich die schlechten Subjekte, die ja in jeder Nation vorhanden sind, auch unter die Waffen. Wir sind ja genöthigt, Alles zu nehmen, jeden Mann, der in das dienstpflichtige Alter eingetreten, der gesund ist und so und so viel Zoll mißt; den moralischen Zustand der Rekruten kann die Aushebungskommission nicht untersuchen. Wir bekommen also auch Leute, die vielleicht Kandidaten des Zuchthauses sind, wenn sie nicht durch eine strenge militärische Erziehung noch vor diesem Unglücke bewahrt werden. Diese militärische Erziehung, meine Herren, die ist ja auch der Grund, warum wir mit einer sehr kurzen Dienstzeit uns niemals einverstanden erklären können; denn die Disziplin kann nicht einexerzirt werden, sie will eingelebt sein.

Ich komme auf die Strafen zurück. Es haben bedeutende Abminderungen der Strafen stattgefunden, namentlich Verkürzungen bei dem strengen Arreste um das volle Drittheil der bisherigen Dauer. Wir haben uns damit durchaus einverstanden erklärt. Vollkommen im militärischen Interesse liegen kurze, aber strenge Strafen, mit kurzen und leichten Strafen aber können wir nicht fertig werden.

Es ist das harte Lager bezeichnet als eine Art Grausamkeit. Meine Herren, wir verurtheilen alle unsere Leute täglich zu diesem harten Lager, so oft sie auf Wache ziehen, nur mit der Verschärfung, welche bei dem Arreste hinwegfällt, daß der Mann alle vier Stunden herausgerufen wird, um dann zwei Stunden bei Wind und Wetter Posten zu stehen. Ein hartes, aber trockenes und gegen Wind und Wetter geschütztes Lager, meine Herren, ist eine unglaubliche Wohlthat gegen ein Biwak auf dem Schnee oder auf einem nassen Sturzacker, wie es unsere Leute ja viele Nächte hindurch haben ertragen müssen. Wie gern

wäre der Soldat oder selbst ein Offizier aus einem solchen Biwak in ein ähnliches Lokal geschlüpft.

Wenn Sie dem widerspenstigen faulen Mann die Matratze mit in das Arrestlokal geben, und wenn Sie ihm seine gewohnte Nahrung nur jeden dritten Tag entziehen, so faulenzt er seinen Arrest ab, er schläft und freut sich, daß seine Kameraden für ihn auf Wache ziehen müssen und daß er nicht zu exerziren braucht. Meine Herren, wir kommen mit solchen Strafen nicht aus. Bedenken Sie, daß die strengen Strafen nicht gerichtet sind gegen den ordentlichen, propperen Soldaten, wie Sie ihn auf der Straße oder auf dem Exerzirplatz sehen, sondern gegen die wenigen schlechten Subjekte.

Kriegs- und Naturalleistungen.

Zweite Berathung des Gesetzes über die Kriegsleistungen.

Zu § 8 (Vergütung für Naturalquartier und Stallung) beantragt die Kommission einen Zusatz, welcher solche Vergütung auch gewährt für Truppentheile, die auf Märschen und Kantonnirungen auf mehr als einen Tag Quartier in Anspruch nehmen und zwar im halben Betrage der für den Friedenszustand geltenden Sätze. Moltke erklärt sich gegen diesen Zusatz, der indessen angenommen wird.

Reichstagssitzung vom 12. Mai 1873.

Bei Märschen und Kantonnements kommt es in der That weniger darauf an, was die Militärbehörde fordert, als darauf, was die betreffende Kommune überhaupt noch zu leisten vermag. Es wird in vielen Fällen der Quartiergeber seinen Mann vollständig verpflegen, es wird aber auch sehr oft beim besten Willen die Leistung in nichts weiter bestehen können, als daß eine leere Scheuer eingeräumt wird. In dem einen Falle würde

die halbe Entschädigung zu viel, in dem anderen würde sie zu wenig sein, und es ist unmöglich, den rechten Maßstab zu treffen, nicht angänglich, zu quittiren über das, was wirklich geleistet worden ist. Ich besorge, Sie werden durch die veränderte Fassung nachträglich eine sehr große Zahl von unbegründeten Ansprüchen hervorrufen. Wenn ein Landestheil mehr als alle übrigen durch Märsche und Kantonnements leidet, so meine ich, daß — wenigstens nach einem glücklichen Kriege — diesem Landestheile eine gewisse Summe überwiesen werden wird, und man es der Verwaltung überlassen muß, dieselbe gerecht zu vertheilen. Es wird von allen Seiten gewiß gewünscht, dieses Gesetz zu Stande zu bringen, und ich möchte dringend empfehlen, in diesem Punkte bei der Vorlage der Regierung stehen zu bleiben.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs über Naturalleistungen für die bewaffnete Macht.

Zu § 11 ist ein Antrag Schorlemers eingebracht, nach welchem Kunstwiesen von jeder Benutzung bei Truppenübungen ausgeschlossen bleiben sollen; der Antrag, gegen den Moltke sich ausspricht, fällt.

Reichstagssitzung vom 8. Januar 1875.

Meine Herren, ich wollte nur bemerken, daß doch Weinberge, Schonungen u. s. w. Parzellen sind, die möglicherweise von den Truppen umgangen werden können; eine Wiese aber erstreckt sich oft stundenweit, und wenn sie unter keiner Bedingung betreten werden darf, so ist es, als ob ein Strom durch das Manöverfeld zöge. Man wird es ja von selbst bei der Höhe der Entschädigung vermeiden, solche Wiesen zu betreten; aber die Möglichkeit, gegen Entschädigung durchzugehen, möchte ich gewahrt wissen.

Verhältniß zu Oesterreich.

Trotzdem Moltke in seiner Rede vom 16. Februar 1874*) angebliche Gelüste Deutschlands auf Deutsch-Oesterreich in durchaus abfälliger Weise charakterisirt hatte, so wurde ihm doch bei Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern von klerikaler Seite durch den Abgeordneten Lender der Vorwurf gemacht, er habe nur Komplikationen mit Rußland und mit anderen Staaten für nicht im Interesse des Deutschen Reiches liegend erklärt, sich dagegen bezüglich Oesterreichs ausgeschwiegen, obwohl seither weitere Veranlassung vorgelegen hätte, in dieser Beziehung klaren Wein einzuschenken. Hierauf antwortet Moltke.

Reichstagssitzung vom 24. April 1884.

Der Herr Abgeordnete Lender hat, und auch mehrere der Herren Redner bei früherer Debatte haben auffallenderweise bei mir ganz besondere Hintergedanken gegen Oesterreich daraus ableiten wollen, daß ich in einer früheren Rede gesagt habe: ich wüßte in der That nicht, was wir mit einem eroberten Stück von Frankreich oder Rußland anfangen sollten. Meine Herren, ich konnte Ihnen doch nicht sämmtliche Staaten Europas und vielleicht Amerikas herzählen. Meine Meinung ist, daß wir an unseren deutschen Landsleuten in Oesterreich, die sich unter dem Scepter ihres erlauchten Kaiserhauses wohl befinden, gute Freunde und im Falle der Noth vielleicht Verbündete haben. Meine Meinung ist, daß wir überhaupt keine Eroberungen wollen, — aber auf jeden Fall das behaupten wollen, was wir haben.

Zum Sozialistengesetz.

Nur bei der Berathung des ersten, alsbald nach dem Attentat Hödels eingebrachten Entwurfs zum Sozialistengesetz hat Moltke das Wort genommen. Die Vorlage fiel damals — Ende Mai 1878 — mit 251 gegen 57 Stimmen. Bei den Debatten über das spätere Gesetz und dessen

*) Vergl. Seite 105 ff.

Verlängerungen hat er nicht wieder gesprochen. Dennoch wandte er dem Gegenstande, wie wir aus seinen Briefen ersehen, ein lebhaftes Interesse zu. Nach der Auflösung des Reichstags, im Juni 1878, war es die Rücksicht auf die in der nächsten Session zu erwartende Sozialistenvorlage, die ihn vornehmlich veranlaßte, wieder ein Mandat anzunehmen. Am 20. Juni 1878 schrieb er an seinen Neffen Wilhelm v. Moltke:*) „Bei den obwaltenden Verhältnissen, wo es darauf ankommt, die wichtigen Gesetze über Sozialdemokratie und Steuerreform durchzubringen, kann ich ein Mandat nicht wohl ablehnen, zu welchem ich in zwei besonders schlimmen Kreisen in Vorschlag gebracht werde, in Heydekrug und Teltow-Storkow. Die einzige Hoffnung ist, daß ich in beiden durchfalle." — Moltke war mit der Beseitigung des Sozialistengesetzes im Januar 1890 nicht einverstanden. Er hat sich noch in einem wenige Monate vor seinem Tode am 10. Dezember 1890 geschriebenen Briefe**) über Sozialreform ausgesprochen. Er hält die Durchführung einer solchen, die er als dringend nöthig ansieht, nur möglich, wenn sie durch ein starkes Königthum, welches den Willen und die Macht dazu habe, in die Hand genommen werde; ihm gelten die staatlichen Versicherungsgesetze als ein segensreicher Anfang dieser Reform. „Das weitere Fortschreiten dieser staatlichen Fürsorge kann nur gehemmt oder doch verzögert werden durch den Unverstand derer, für welche sie wirkt, und hier tritt die eiserne Nothwendigkeit der Machtentfaltung ein. Das Gesetz gegen die Sozialdemokratie war das humanere Verfahren, es wirkte präventiv. Nach seiner Aufhebung bleibt nur die rücksichtslose Repression." Im Sinne eines „verständigen" präventiven Verfahrens hatte er sich bereits in seiner Rede vom 24. Juni 1878, die einen sehr bedeutenden Eindruck auch bei den Gegnern der Vorlage machte, ausgesprochen. Man fand, daß er goldene Worte gesprochen, die im Lande überall auf fruchtbaren Boden fallen würden; nur dem Schlusse, daß man das vorliegende Gesetz annehmen müsse, um ein strengeres zu vermeiden, glaubte man sich nicht anschließen zu sollen. Am 2. Juni erfolgte das Attentat Nobilings, am 21. Oktober 1878 wurde das neue, wesentlich verschärfte Sozialistengesetz publizirt.

Reichstagssitzung vom 24. Mai 1878.

Ich wünsche aufrichtig, daß die geehrten Mitglieder, die gestern und heute die Regierungsvorlage bekämpft haben, nicht allzu bald in die Lage gerathen mögen, eben dieses Gesetz oder ein ähnliches, vielleicht ausgestattet mit noch größeren Beschrän-

---

*) Gesammelte Schriften V, Seite 121.

**) Ebenda V, Seite 211.

kungen, selbst von der Regierung zu verlangen. Es mag ja sein, daß die Vorlage an manchen Punkten einer Verbesserung bedarf, daß manche Paragraphen geändert werden müssen; aber die Ueberzeugung scheint mir doch allgemein Platz gegriffen zu haben, daß wir eines besseren Schutzes bedürfen gegen die Gefahren, welche dem Staat in seinem Innern drohen durch die fortschreitende Organisation der Sozialdemokratie. Ich fürchte, daß die Leiter dieser Organisation schon heute bedenklich nahe an die Grenze gedrängt sind, wo man von ihnen die Erfüllung ihrer Zusagen und Verheißungen fordert.

Diese Herren werden am besten wissen, daß das seine Schwierigkeit haben wird. Sie können sich nicht dagegen verschließen, daß die erste Gütertheilung die hundertste involvirt; daß in dem Augenblick, wo wir Alle gleich reich, wir Alle gleich arm geworden sind; daß Noth, Elend und Entbehrungen untrennbare Bedingungen des menschlichen Daseins sind; daß keine Form der Regierung, keine Gesetzgebung und überhaupt keine menschliche Einrichtung Elend und Noth jemals aus der Welt schaffen werden. Wohin wäre es auch mit der Entwickelung des Menschengeschlechts gekommen, wenn diese zwingenden Elemente nicht in Gottes Weltordnung enthalten wären! Nein, ohne Sorge und Arbeit wird auch die Zukunft nicht sein; aber ein Mensch, der hungert und friert, fragt nicht viel nach den Konsequenzen der Zukunft; er greift nach den Mitteln, welche die Gegenwart ihm bieten kann. Lange zurückgedrängte Leidenschaften, enttäuschte Hoffnungen werden zu gewaltsamen Ausbrüchen drängen, welche die Leiter am allerwenigsten verhindern können; denn die Revolution hat bisher noch immer ihre Führer zuerst verschlungen.

Wie steht nun die Regierung dem gegenüber? Meine Herren, man sollte doch aufhören, die Regierung immer gewissermaßen als eine feindliche Potenz zu betrachten, die nur möglichst zu beschränken und einzuengen ist. Gewähren wir doch der Regierung die Machtfülle, welche sie braucht, um alle Interessen zu schützen!

Was das auf sich hat, wenn die Regierung die Zügel der Herrschaft aus ihren Händen entschlüpfen läßt, wenn die Gewalt an die Massen übergeht, meine Herren, darüber belehrt uns die Geschichte der Kommune in Paris. Da war die Gelegenheit geboten, wo die Demokratie ihre Ideen in die Wirklichkeit überführen konnte, wo sie, wenigstens eine Zeit lang, eine Regierung nach ihren Idealen einrichten konnte. Aber geschaffen, meine Herren, ist doch nichts, wohl aber Vieles zerstört. Die aktenmäßigen Berichte aus französischer Feder über diese traurige Episode der französischen Geschichte lassen uns in einen Abgrund der Verworfenheit blicken; sie schildern uns Zustände und Begebenheiten im 19. Jahrhundert, welche man für geradezu unmöglich halten sollte, wenn sie nicht unter unseren Augen verlaufen wären, vor dem staunenden Blick unserer Okkupationsarmeen, welche den Dingen bald ein Ende gemacht hätten, wenn sie nicht genöthigt gewesen wären, mit „Gewehr bei Fuß“ dem Verlauf zuzuschauen.

Meine Herren, solche Dinge beabsichtigen ganz gewiß unsere arbeitenden Klassen nicht, auch nicht der irregeleitete Theil derselben; aber auf dem Weg des Umsturzes werden die besseren Elemente sehr bald überholt durch die schlechteren. Hinter dem gemäßigt Liberalen steht gleich Jemand, der viel weiter gehen will wie er. Das ist überhaupt der Irrthum so Vieler gewesen, daß sie glauben, ungefährdet nivelliren zu können bis auf ihr Niveau, dann solle die Bewegung stillstehen; als ob ein in voller Fahrt heranbrausender Eisenbahnzug plötzlich Halt machen könnte, — wobei ja auch die den Hals brechen würden, welche darin sind. Meine Herren, hinter dem ehrlichen Revolutionär tauchen dann jene dunklen Existenzen auf, die sogenannten Bassermannschen Gestalten vom Jahre 1848, die professeurs des barricades und die Petroleusen der Kommune vom Jahre 1871.

Meine Herren, Sie können ja heute das Gesetz ablehnen in der begründeten Erwartung, daß die Regierung stark genug

sein wird, um gewaltsamen Ausschreitungen entgegenzutreten, sie nöthigenfalls mit gewaffneter Hand niederzuwerfen; aber, meine Herren, das ist ein trauriges Mittel, es beseitigt die Gefahr des Augenblicks, aber es heilt nicht den Schaden, aus welchem die Gefahr hervorgeht. Wenn uns nun hier ein Weg angedeutet wird, auf dem es vielleicht möglich sein wird, die Anwendung solcher beklagenswerthen Mittel zu vermeiden durch vorbeugende Maßregeln, durch eine verständige, vorübergehende Beschränkung der gemißbrauchten Freiheit, so meine ich, daß wir dazu die Hand bieten sollten im Interesse aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, im Interesse besonders der leidenden Klassen unserer Mitbürger, denen niemals geholfen werden kann durch einen plötzlichen Umsturz, sondern nur allein auf dem zwar langsamen Wege der Gesetzgebung, der sittlichen Erziehung und der eigenen Arbeit. — Ich meinestheils werde dem Gesetz zustimmen.

Militärknaben-Erziehungs-Institut, Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach.

Zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats 1882/83.

Die obengenannte Anstalt wurde zwischen 1882 und 1887 viermal abgelehnt, erst im März 1887 erfolgte die Bewilligung.

Reichstagssitzung vom 16. Dezember 1881.

Einer von den Herren Vorrednern hat vorhin betont, daß es früher noch viel schlechter mit dem Ersatze der Unteroffiziere gestanden habe als jetzt. Das ist doch kein Grund, um die Sache nicht für die Zukunft zu bessern. Derselbe meinte, wenn die Elsässer sich erst an Deutschland gewöhnt hätten, würden die Unteroffiziere sich von selbst finden. Ja, es kommt eben

darauf an, sie erst zu gewöhnen, und da ist die allgemeine Wehrpflicht die beste Propaganda. Als Seine Majestät der Kaiser vor einigen Jahren im Elsaß war, erschienen alle jungen Leute, die gedient hatten, aus den Dörfern mit der rothen Dienstmütze und trugen sie mit Stolz. An die Jugend müssen wir uns halten, die Alten werden Sie nicht zum Deutschthum bekehren. Die Sache hat auch ihre politische Bedeutung, und ich bitte Sie, den von der Regierung geforderten Posten zu bewilligen.

Zu demselben Gegenstand spricht Moltke in der Etatsberathung für das Jahr 1885/86.

Reichstagssitzung vom 19. Januar 1885.

Es läßt sich kaum noch etwas über die Sache sagen; ich will nur noch wenige Bemerkungen machen.

Der Herr Vorredner hat gegen die Sache angeführt, daß, so oft die Vorlage erfolgt ist, sie abgelehnt worden ist. Ja, meine Herren, so oft sie abgelehnt worden, ist sie aber auch von der Regierung wieder in Anregung gebracht worden. Es handelt sich, abgesehen von allen politischen Rücksichten, um eine Einrichtung, um fehlende 2000 oder mehr Unteroffiziere für die Armee zu beschaffen. Es ist durchaus wünschenswerth, ein so vortreffliches Material wie die Elsässer Bevölkerung für den Unteroffizierstand zu gewinnen, — den Unteroffizierstand, der nächst dem Offizierkorps das wichtigste Element für die Tüchtigkeit der Armee ist. Aus Breisach, das früher eine sehr viel stärkere Garnison gehabt hat, laufen die dringendsten Klagen ein. Die Bewohner gehen der Verarmung entgegen. Breisach ist, wie so viele kleine Städte, angewiesen, von seiner Garnison zu leben. Nun befinden sich in Breisach Lokalitäten, die für die

Schule ausgenutzt werden können, und ich glaube, daß die Vorlage in ökonomischer wie in militärischer Beziehung empfohlen werden kann.

Ich bitte Sie, die Position anzunehmen.



Kasernement in Großenhain.

Zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats 1883/84.

Reichstagssitzung vom 9. Dezember 1883.

Es hat sich hier eine besondere Abneigung ausgesprochen gegen die Einrichtung von Wohnungen für die Offiziere in den Kasernen, und ganz besonders gegen die Einrichtung von Offizierkasinos. Diese Bedenken gründen sich wohl nicht auf finanzielle, auf Ersparnißrücksichten; denn für die Offiziere, die in der Kaserne untergebracht werden, wird das Servis erspart, und dadurch werden wohl die Zinsen der ursprünglichen Anlage ausgeglichen. Ich will noch hinzufügen: die Offiziere, die in der Kaserne wohnen, sind ja auf die Kasernen nicht beschränkt, sie leben auch außerhalb derselben; Sie finden sie in jeder guten Gesellschaft.

Man hat aber ein prinzipielles Bedenken dagegen ausgesprochen, nämlich, daß dadurch die Offiziere sich von den übrigen Gesellschaftsklassen absondern, und daß so der Kastengeist genährt würde. Ja, meine Herren, für Kastengeist haben wir eine andere Bezeichnung: wir nennen das Kameradschaft. Es ist das feste Band, das die Offiziere eines Regiments miteinander verbindet in allen ihren Interessen, zum gegenseitigen Beistand in Freud und Leid, im Frieden und im Kriege. Kameradschaft war es, wenn in unseren Feldzügen da, wo eine Abtheilung in Gefechte verwickelt wurde, von allen Seiten die übrigen hinzueilten, um

Hülfe und Beistand zu leisten, und diesem Verhalten verdanken wir wesentlich mit die Erfolge, welche erzielt sind.

Wenn man die Debatte hier anhörte, könnte man glauben, daß in der Armee ein Gegensatz bestände zwischen adligen und bürgerlichen Offizieren. Meine Herren, das ist nicht der Fall; ist ein Avantageur vom Offizierkorps gewählt und eingetreten, so schließt die Kameradschaft jede weitere Unterscheidung aus. Einen solchen Zwischenspalt in die Armee hineinzutragen, wird Niemand gelingen; das sind wirklich unnütz verschossene Platzpatronen.

Nun, meine Herren, ist ja nicht zu bezweifeln, daß, wo Hunderte von jungen Mannschaften zusammen wohnen, eine Aufsicht bei Tage und bei Nacht stattfinden muß. Meine Herren, es ist ein großer Unterschied, ob ein Befehl allgemein an eine unbekannte Menge ertheilt wird, oder ob der Mann sich sagen muß: Dieser Befehl gilt mir, der Befehlende kennt mich. Der Kompagnieoffizier kennt jeden Mann seiner Kompagnie, aber es ist nicht zu verlangen, daß er auch die Mannschaften der übrigen Kompagnien kennt, nicht die Mannschaften des ganzen Bataillons, und das, meine Herren, ist der einfache Grund, warum die Bestimmung dahin lautet, daß für jede Kompagnie ein Offizier in der Kaserne wohnen soll.

Was die Kasinos betrifft, so mag man es vielleicht auch für ein Standesvorurtheil erklären; aber wir sind der Meinung, daß der Offizier nicht in jeder Speisewirthschaft sich sein Mittagsmahl holen kann. Geht er in eine feine Restauration, so muß er einen oder ein paar Thaler bezahlen, und darauf ist das Gehalt nicht zugeschnitten. In der Kaserne, in einer Speiseanstalt findet er ein gutes Mahl für sehr viel weniger, und dort kann auch der unbemittelte Offizier einmal ein Glas Wein trinken, der von dem Produzenten direkt verschrieben und ohne die Spesen des Zwischenhandels für den Einkaufspreis geliefert wird.

Meine Herren, ich glaube, daß jetzt wohl jedes Offizierkorps eine Bibliothek, eine Kartensammlung, ein Kriegsspiel und andere Bildungsmittel besitzt — wo soll das untergebracht und benutzt werden? Wo zweckmäßiger als in einem Lokal in der Kaserne, wohin ja doch alle Offiziere täglich kommen müssen, und wo ein solches Lokal ebenso zu ihrer Fortbildung wie zu ihrem gesellschaftlichen Verkehr dient.

Meine Herren, wenn wir den Bau von Kasernen ablehnen aus Ersparnißrücksichten, so sind wir in unserem vollkommenen Recht; wenn aber anerkannt wird, daß ein solcher Bau nöthig ist, dann sollten wir der Militärverwaltung überlassen, ihn so auszuführen, wie es für den militärischen Zweck nöthig ist.

Zum Militärpensions- und Reichsbeamten-Gesetz.

Moltke hatte sich an der Berathung des ersten Pensionsgesetzes, bei dessen späteren Abänderungen er sehr erheblich mitwirkte, nur durch eine ganz kurze Bemerkung betheiligt. Als bei der Sitzung vom 13. Mai 1871 von Miquel die Frage angeregt wurde, ob nicht die ehemals französischen Soldaten elsaß-lothringischer Abstammung aus dem letzten Kriege gerade ebenso berücksichtigt werden sollten wie die deutschen Soldaten, hatte der Kriegsminister v. Roon erwidert, er glaube, daß einem so großmüthigen Antrage nicht prinzipiell widersprochen werden würde und daß die nunmehrigen deutschen Mitbürger, die in Elsaß-Lothringen ihren Wohnsitz haben, durch das Invalidengesetz berücksichtigt werden müßten. Moltke hatte damals eine einschränkende Bemerkung zu machen geglaubt, indem er erklärte:

> „Ich wollte hinsichtlich der Elsässer nur auf einen Punkt noch aufmerksam machen, das ist der, daß eine große Anzahl derselben sich als Franctireurs an dem Kriege betheiligt hat, die heute auf unsere Soldaten schossen, morgen das Gewehr versteckten und als Civilisten herumgingen. Ich glaube, daß da ein Unterschied zu machen ist."

Im Jahre 1884 gelangte dann ein Gesetzentwurf betreffend Abänderungen des Militärpensions- und Reichsbeamtengesetzes zur Be-

rathung, der vollständig erst im März 1886 zur Erledigung kam. Es handelte sich um die Fürsorge für Relikten von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine. Der Gesetzentwurf scheiterte an der vom Reichstage genehmigten, vom Kriegsminister als unannehmbar bezeichneten Bestimmung, daß unverheirathete Offiziere drei Prozent ihres Gehaltes als Wittwen-Kassenbeitrag zu zahlen haben, ebenso war auch die Beseitigung der Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere von der Opposition als eine Bedingung für die Annahme des Gesetzes wieder verlangt worden. Moltke hat bei der Behandlung dieser Fragen mehrfach zu kleineren und größeren Auslassungen das Wort ergriffen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Militärpensions- und Reichsbeamtengesetzes.

Reichstagssitzung vom 24. April 1884.

Wenn ich mich gegen einen von den durch den Herrn Vorredner berührten Punkten wende, nämlich gegen den zweiten, gegen die Besteuerung der Offiziere für die Kommunen, so muß ich vorausschicken, daß ich nicht im Namen meiner Fraktion rede, sondern nur meine eigene Ansicht ausspreche. Meine Herren, ich möchte in aller Kürze das Objekt, um welches es sich handelt, näher umgrenzen. Ich glaube, es wird in seiner finanziellen Tragweite bei Weitem überschätzt. Meine Herren, unser Offizierkorps ergänzt sich aus allen gebildeten Klassen der Nation, aber keineswegs vorzugsweise aus den wohlhabenderen. Eltern, welche die Mittel haben, ihre Söhne studiren zu lassen, bestimmen sie in der Regel nicht zu Berufsoffizieren. Das größte Kontingent für unser Offizierkorps stellt der kleine preußische Adel. Dieser vormals begüterte und wohlhabende Adel hat sich zu Grunde gerichtet im Staatsdienst, er ist arm geworden, weil er von jeher den ehrenvollen, aber wenig einträglichen Dienst in der Armee zu seinem Lebensberufe gemacht hat. Es giebt sehr wenig Offiziere, die von ihren Eltern ein Vermögen erben. Die große Zahl von jungen Offizieren, welche auf die vorschriftsmäßige nachzuweisende Einnahme von 600 Thalern hin heirathen und

die nun mit ihrer Familie von dieser Einnahme standesgemäß leben sollen, befindet sich in so beengten Umständen, daß Sie ihnen wirklich nichts abnehmen können. Nun giebt es ja unstreitig auch wohlhabende und reiche Offiziere; freilich glaube ich, daß die Zahl nicht sehr groß sein wird.

Meine Herren, ich gönne den Städten auch bessere Einnahmen, nachdem ein großer Theil derselben ihr früheres schönes Besitzthum an Wald und Flur veräußert und aufgetheilt hat. Aber ich fürchte, an den Offizieren werden sie sich nicht erholen. Wie gesagt, es giebt ja eine Anzahl Offiziere, welche unstreitig eine höhere Besteuerung tragen können. Aber vor Allem entsteht nun doch die Frage, mit welchem Recht der Billigkeit können die Offiziere gerade für die Städte herangezogen werden? Und da, meine Herren, muß ich unbedingt behaupten, daß die Städte absolut gar nichts für ihre Garnisonen thun. Meine Herren, alle die schönen Einrichtungen der Stadt, die Beleuchtung der Straßen, das Pflaster auf den Trottoirs, die Kanalisation, die Heranführung von Wasser bis in die Häuser, ja, meine Herren, alles das setzt der Hauseigenthümer auf die Rechnung seiner Miether, und der Offizier bezahlt es aus seinem Servis und dem, was er zuschießen muß. Wir haben keinen Theil an den schönen Wohlthätigkeitseinrichtungen der Städte, wir verpflegen unsere Kranken, wir versorgen unsere Invaliden selbst. Alle Schaustellungen, Vergnügungen, Alles, was die Stadt sonst bietet, wird baar bezahlt, und wofür ist da zu danken?

Nun fordert man dessenungeachtet eine Steuer. Was wird mit dem Ertrage dieser Steuer geschehen? Man wird nicht behaupten, die Stadt werde den Ertrag aufwenden lediglich zum Besten der Garnison, geschweige denn der Offiziere. Was damit geschehen wird, das erfahren wir nicht, wir sind nicht vertreten in den städtischen Kollegien, wir haben auch gar kein Recht, danach zu fragen; aber, meine Herren, wo kein Recht, da auch keine Verpflichtung.

Meine Herren, es ist ja bekannt, daß die Offiziere alle Staatssteuern tragen wie jeder Andere, die direkten wie die indirekten, und zwar die ersteren gewiß in einem höheren Maße als viele Andere, wo die Verhältnisse nicht so klar daliegen wie bei den Gehältern von Offizieren und Beamten. Was dagegen die Kommunalbesteuerung betrifft, so besteht bei uns in Preußen die völlige Befreiung gesetzmäßig seit mehr als einem Menschenalter. Die sämmtlichen Städteordnungen, auch die revidirten, sprechen es ausdrücklich aus: Das Militär gehört nicht zu den Einwohnern, das servisberechtigte Militär ist befreit von jeder direkten Kommunalbesteuerung sowohl für sein dienstliches wie sein außerdienstliches Einkommen. Dasselbe sagt die Verordnung vom Jahre 1867 und das Bundesgesetz vom Jahre 1868. Was ist denn nun seit dem Jahre 1868 geschehen, um von diesen Grundsätzen abzuweichen? Ja, meine Herren, es ist geschehen, daß wir einen großen Krieg gehabt haben, den die Armee gewonnen hat, der Milliarden ins Land gezogen hat; und wenn auf diesen Milliarden, wie es scheint, ein sonderlicher Segen nicht geruht hat, so ist das wenigstens nicht die Schuld des Militärs.

Es ist ferner geschehen, daß die süddeutschen Staaten dem Reiche hinzugetreten sind. Nun findet sich, daß in einigen derselben — ich glaube in Bayern und Württemberg — andere Bestimmungen Platz greifen für die Kommunalbesteuerung. Das scheint mir doch kein Grund zu sein, daß nun der überwiegend größere und ältere Theil des Reiches seine Einrichtungen aufgebe, vielmehr dürfte es wohl billig sein, daß die neu Hinzugekommenen sich uns akkommodiren.

Meine Herren, die ganze Steuerfrage und zum guten Theil die ganze soziale Frage läuft doch darauf hinaus, daß die Reichen und Wohlhabenden mehr, die Armen und Unbemittelten weniger Steuern zahlen, darüber ist man einig; aber wie das zu machen ist, darüber haben wir uns noch nie verständigen können. Wir haben durch ganze Legislaturperioden in

stundenlangen Reden debattirt über Tabaksteuer, Börsensteuer, Branntweinsteuer, Zuckersteuer u. s. w., und bei jedem Vorschlage ist mit großem Scharfsinn nachgewiesen, daß gerade dieser Vorschlag der schlechteste von allen ist.

Ja, da sind wir denn nicht weiter gekommen; man fordert von der Regierung immer neue Leistungen und bewilligt ihr keine Mehreinnahmen. Meine Herren, ich glaube nun, daß allerdings die wohlhabenden Klassen eine höhere Steuer tragen können und müssen, und hier, meine Herren, nehme ich die wohlhabenden Offiziere in keiner Weise aus, nur wünschen wir zu wissen, für wen wir steuern sollen. Ist es für die Gesammtheit, für das Reich, für den Staat, den Erhalter der gesellschaftlichen Ordnung, den Staat, den Wohlthäter Aller, insbesondere derer, die etwas zu verlieren haben, so wird man, ich sage nicht gerade freudig, aber bereitwillig steuern. Aber wie der Offizier dazu kommen soll, für eine Stadt zu steuern, die absolut nichts für ihn thut, wo er sich seinen Aufenthalt nicht gewählt, aus der er an jedem Tage in eine andere Stadt versetzt werden kann, die auch nichts thut, ja, meine Herren, dafür fehlt mir jeder Grund. Meine Herren, wäre ein solcher Grund vorhanden, so würde beispielsweise die Stadt Berlin eine solche Steuer von sämmtlichen geehrten Mitgliedern dieses Hohen Hauses fordern können, soweit sie von außerhalb hier sind. Ja, meine Herren, Sie haben auch nicht die freie Wahl des Aufenthalts für Ihre Funktion im Dienste des Reichs, Sie sind auf Berlin angewiesen, Sie genießen alle Vortheile und Vorzüge dieses Aufenthalts ebenso wie wir, aber auch ebenso wie wir gegen baaren Entgelt. Der Unterschied zwischen uns besteht nur darin, daß Sie wenigstens außerhalb Berlins noch eine wirkliche Heimath haben, während der Offizier, solange er dient, nirgends eine Heimath hat und daher auch nirgends dafür besteuert werden kann. Sie haben der Stadt nicht mehr zu danken als wir. Nicht die Stadt, sondern das Reich baut uns die Kasernen, Ihnen einen

Palast, für den, beiläufig gesagt, die Armee die erforderlichen Millionen beigebracht hat.

Meine Herren, der Vorschlag der Besteuerung der Offiziere paßt meines Erachtens durchaus nicht in dieses Gesetz. Was hat es auch eigentlich für einen Sinn, zu sagen, wir geben zu, daß das Loos der Offiziere verbessert werden muß, welche keinen Dienst mehr thun können, aber die Offiziere, die den Dienst thun, sollen dafür bezahlen? Ich hoffe, daß dieser Zusatz in der Kommission abgelehnt wird. Ob Sie dann das Pensionsgesetz, und zwar rückwirkend, überhaupt annehmen wollen, ja, meine Herren, das wird davon abhängen, ob Sie glauben, daß das Reich einige Dankbarkeit den Männern schuldet, welche unsere Schlachten mitgefochten, welche ihr Alles darangesetzt und ihre beste Lebenskraft eingebüßt haben.

In derselben Sitzung.

Nur wenige Worte! Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat als eine besondere Leistung der Stadt hervorgehoben, daß die Kinder von Offizieren die Schulen besuchen. Ja, meine Herren, es ist vollkommen anzuerkennen, daß die Städte große und dankenswerthe Opfer für das Schulwesen bringen, aber da ist es ja ganz einfach, daß man von solchen Kindern ein erhöhtes Schulgeld fordert. Das ist aber doch kein Grund, um sämmtlichen Offizieren, verheiratheten und unverheiratheten, eine Steuer aufzuerlegen.

Es ist dann noch darauf hingewiesen worden, daß doch auch Städte Garnisoneinrichtungen, Kasernen, Reithäuser für das Militär gebaut haben. Das ist wahr, aber das führt mich auf die Kehrseite der Frage: Nicht was leistet die Stadt der Garnison, sondern was leistet die Garnison der Stadt? Ich will nicht

lange dabei verweilen, man hört es nicht überall gern, daß schließlich doch die Garnison die letzte Sicherheit gewährt für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, namentlich in großen Städten und in Fällen, wo die Polizeigewalt nicht ausreicht. Ich will aber auf einen anderen Punkt hinzeigen: die Gehälter von Offizieren und Gemeinen sind ja für jeden einzelnen außerordentlich bescheiden, aber in ihrer Gesammtheit bilden sie kolossale Summen, welche voll und ganz in den Städten verausgabt werden zum großen Nutzen für die mittleren Bürgerklassen, für Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel. Wie groß dieser Vortheil ist, das ersehen Sie schon aus den mehrfachen Petitionen um Garnisonen und Protesten gegen Verlegung der Garnisonen, wie sie von Zeit zu Zeit bei dem Kriegsministerium eingehen.

Erste Berathung des Antrages Köller, betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes. (Erhöhung der Pensionsquote von $^1/_{80}$ auf $^1/_{60}$.)

Der Antrag wird am 9. Dezember 1885 angenommen.

Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1885.

Ich habe den Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Köller zu Gunsten seines Antrages kaum etwas hinzuzufügen, und ich freue mich, daß, wie es scheint, die Ansprüche der Reichsbeamten durchaus begründet gefunden werden; aber, meine Herren, nicht minder begründet sind die Ansprüche der aus dem aktiven Dienst scheidenden Offiziere. Ich halte es für dringend nöthig, daß diese jetzt schon drei Jahre schwebende Frage einer Erledigung entgegengeführt werde, und ich habe mich veranlaßt gesehen, den Antrag auf Erlaß eines Militärpensionsgesetzes einzubringen, welcher gedruckt den Herren unverzüglich vorgelegt werden wird.

Erste Berathung des Antrags Moltke, betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes.

Da die Erhöhung der Militärpensionen früher abgelehnt war, falls nicht die Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere beseitigt werde, so brachte Moltke jetzt den früheren Regierungsentwurf als Initiativantrag ein. Um die Bedenken des Reichstags nach dieser Richtung zu beschwichtigen, war von der Regierung vorgeschlagen, daß die Befreiung der Offiziere von den Kommunalsteuern außer Kraft trete, insoweit es sich um die Heranziehung des außerdienstlichen Einkommens der Offiziere, sowie der Pension der zur Disposition gestellten Offiziere handle. Am 8. und 10. April 1886 erfolgte die Annahme des Antrages.

Reichstagssitzung vom 10. März 1886.

Das Militärpensionsgesetz ist in drei verschiedenen Legislaturperioden hier im Hause durchgesprochen, es ist in drei Kommissionen berathen worden. Es wird schwer sein, irgend etwas Neues in der Sache zu sagen, und mit bereits Erörtertem werde ich Ihre Zeit und Ihre Geduld nicht in Anspruch nehmen.

Zunächst möchte ich einen Vorwurf ablehnen, der von jener Seite des Hauses (nach links) erhoben worden ist. Es wurde gesagt, daß das Einbringen meines Antrages ein entschieden feindseliger Schachzug meiner Partei gegen das Zustandekommen des Beamtengesetzes sei. Meine Herren, da kann ich Ihnen verrathen, daß mein Antrag in der konservativen Fraktion überhaupt nicht beabsichtigt, nicht einmal besprochen gewesen ist. So wenig wie das Beamtengesetz eine bestellte Arbeit der Regierung war, so wenig ist mein Antrag eine bestellte Arbeit meiner Fraktion; und wenn ich dabei dennoch die Unterstützung meiner politischen Freunde gefunden habe, so bin ich dafür sehr dankbar, aber ich habe mich aus eigenem Antriebe entschlossen, den Antrag zu stellen, weil ich mir sagte, daß, wenn von keiner Seite eine Anregung dafür erfolgte, dann dieses Gesetz voraussichtlich wieder auf lange Zeit hinaus zurückgeschoben werden würde, und die Offiziere,

die nun schon seit Jahren vergeblich auf das Zustandekommen des Gesetzes gewartet haben, abermals das leere Nachsehen haben würden.

Meine Herren, die beiden Gesetze, das Beamten- und das Militärpensionsgesetz, sind Ihnen ja allerdings gleichzeitig vorgelegt worden, aber gesondert, jedes für sich selbständig. Es wird daher hier der Vorwurf nicht zutreffen, welchen man der Regierung daraus gemacht hat, daß sie vor zwei Jahren die beiden Gesetze miteinander verschmolzen eingebracht hat. Ich bin der Meinung, daß die Regierung dazu vollkommen berechtigt war. Denn, meine Herren, beide Gesetze sind ihrem Inhalte, ihrem Gegenstande und der Form nach durchaus parallel laufend; sie sind innerlich verwandt, — ich möchte sagen untrennbar. Ich kann mir denken, daß man beide Gesetze ablehnt, vielleicht aus finanzieller Rücksicht, oder beide Gesetze annimmt; ich meine aber, daß man nicht ohne Ungerechtigkeit eines derselben, welches es auch sei, gutheißen, das andere aber von der Hand weisen kann.

Nun haben die Herren, welche dennoch der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie zwei nahe verwandte Gegenstände miteinander — wie sie sich ausdrücken — verkoppelt habe, ihrerseits nicht Anstand genommen, einen durchaus nicht verwandten, einen völlig fremdartigen Gegenstand in das Gesetz hineinzubringen.

Meine Herren, auch die gewandteste Dialektik hat bei der früheren Besprechung schwerlich Jemandem die Ueberzeugung beigebracht, daß dieser Gegenstand hier hineingehört. Schon in Ihrer Kommission wurden gleich anfangs Zweifel erhoben, ob man überhaupt berechtigt sei, in eine nähere Erörterung dieser Steuerangelegenheit einzutreten, die ja ganz außerhalb des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs liegt; ob man nicht eine ungerechtfertigte Pression auf die Regierung übe, indem man von der Annahme dieses Gegenstandes die Annahme

des Gesetzes abhängig mache. Meine Herren, das Pensionsgesetz giebt, der Steuerartikel nimmt: das sind doch Gegensätze und keine Verwandtschaft. Nicht einmal an dieselbe Adresse wenden sich beide Bestimmungen: die eine an die inaktiven, die andere an die aktiven Offiziere. Selbst die Ueberschrift des Gesetzes mußte geändert werden. Man half sich damit, daß man sagte: Abänderung und „Ergänzung" des Pensionsgesetzes. Ja, meine Herren, daß die Regierung das so ergänzte Gesetz nicht hat annehmen wollen, das kann man ihr nicht verdenken. Es hätte das auch einen recht bedenklichen Präzedenzfall hingestellt, bedenklich auch für uns, wenn der Bundesrath den Spieß umkehren und Anträge und Wünsche aus diesem Hause nur berücksichtigen wollte gegen Zugeständnisse oder Verzichtleistungen auf anderen fremden Gebieten. Von diesem Tauschhandel möchte man doch auf allen Seiten Abstand nehmen.

Was nun die Besteuerung der Offiziere betrifft, so ist ja die Sache durch die Gesetzesvorlage, die wir heute bekommen haben, in ein anderes Stadium getreten, indem die Bundesregierung die bisherige Steuerfreiheit der Offiziere aufhebt und die Angelegenheit in die Landesgesetzgebung verweist. Dort, meine Herren, wird allerdings die Besteuerung der Offiziere einen integrirenden Theil der ganzen Kommunalbesteuerungsfrage bilden. Ich weiß nun nicht, meine Herren, ich kann es ja nicht vorhersehen, wie Sie sich zu dieser neugebildeten Gesetzesvorlage stellen werden. Wenn Sie sie genehmigen, so glaube ich, daß dadurch der Stein des Anstoßes, der bisher das Zustandekommen der beiden Gesetze verhindert hat, aus dem Wege geräumt wird. Sobald aus dem Gesetze fortbleibt, was nicht hineingehört, wird eine Verständigung über das Gesetz sehr leicht gefunden werden: denn, meine Herren, daß nach dem Vorgange der Staatsbeamten auch die Pensionen der Offiziere künftig um $^1/_{60}$ statt um $^1/_{80}$ wachsen sollen, daß die Dienstzeit zu berechnen ist von dem 18. Jahre, das sind Sachen, die hier

ausführlich schon erwogen sind, und wogegen — wie ich glaube — erhebliche Einwendungen gar nicht mehr gemacht werden. Sollten Sie dagegen darauf bestehen, aus der ganzen umfangreichen und schwierigen Materie der Kommunalbesteuerung den einen Punkt, die Besteuerung der Offiziere, herauszuheben, um ihn hier vorweg zur Entscheidung zu bringen, dann, meine Herren, müßte ich mir vorbehalten, auf die Modalitäten näher einzugehen, welche die Sache überhaupt erst möglich machen; ich glaube aber auf diese etwas umfangreiche Materie verzichten zu können, bis ein solcher Beschluß von dem Hohen Hause gefaßt werden wird.

Meine Herren, mein Antrag giebt ja wörtlich die frühere Vorlage der Regierung wieder. Er enthält nichts von einer rückwirkenden Kraft des Gesetzes. Ich habe Bedenken getragen, meinen Antrag durch irgend welche Bedingungen zu belasten, welche es der Regierung oder dem Hohen Hause erschweren könnten, ihre Zustimmung zu geben. Dennoch muß ich sagen, daß eine gewisse Rückwirkung so äußerst wünschenswerth und so der Gerechtigkeit entsprechend ist, daß ich sie nur dringend befürworten kann. Ich zweifle auch nicht, daß dieser Gegenstand von anderer Seite wird aufgenommen werden. Schon in Ihrer Kommission ist ein darauf bezüglicher Antrag eingebracht worden, und auch die Herren Vertreter der Regierung haben sich eingehend und wohlwollend in der Sache geäußert. Ich hoffe, daß man die Grenze wird finden können, bis zu welcher man die Rückwirkung ausdehnen kann, ohne unerschwingliche finanzielle Opfer zu fordern. Ich hoffe, daß der Reichsinvalidenfonds, daß ein verstärkter Dispositionsfonds die dazu nöthigen Mittel geben werde. Vor Allem habe ich aber gewünscht, daß mein Antrag in der einfachen Form, wie er vorliegt, zunächst angenommen werde.

Ich bitte die Herren, die Pensionsfrage noch von einem anderen, allgemeineren Standpunkte aus ins Auge zu fassen. Es liegt ja auf der Hand, wie wünschenswerth es ist, daß

Offiziere, die unter der Last der Jahre selbst empfinden, daß sie, zumeist in körperlicher Hinsicht, ihrer Aufgabe nicht mehr vollständig gewachsen sind, nicht genöthigt sein sollten, über diesen Zeitpunkt hinaus fortzudienen aus Sorge für ihre Zukunft und die ihrer Angehörigen. Aber, meine Herren, es handelt sich hier in der That nicht bloß um diese, wenn auch zahlreiche Kategorie von Personen, sondern es kommt auch ein staatliches und politisches Moment in Betracht. Es wurde hier vor einiger Zeit gesagt: Wer hätte gedacht, daß wir nach einem Kriege, der so große Veränderungen in Europa hervorgerufen hat, noch 15 Jahre lang Frieden behalten würden? Ja, meine Herren, diesen Segen verdanken wir der Weisheit unseres Kaisers und der Politik seines Kanzlers, einer Politik, meine Herren, wie — soweit ich urtheilen kann — die Weltgeschichte sie noch nicht gesehen hat, wo ein mächtiger Staat, neben Lösung sozialer Probleme im Innern, nach außen seine Macht, sein Ansehen und sein Uebergewicht geltend macht, nicht um die Nachbarn zu bedrängen, sondern um den Frieden mit ihnen zu sichern, — und das nicht nur, sondern auch den Frieden der Nachbarn untereinander zu vermitteln. Aber, meine Herren, eine solche Politik läßt sich nur durchführen gestützt auf ein starkes und kriegsbereites Heer. Fehlte dieses gewaltige Triebrad in der Staatsmaschine, so würde sie stocken, die Noten unseres Auswärtigen Amtes würden des rechten Gewichtes entbehren. Die Armee, meine Herren, ist das Fundament gewesen, auf welchem eine solche Politik des Friedens sich hat aufbauen lassen; die Armee ist es, welche der diplomatischen Aktion Nachdruck und Rückhalt gewährt, aber nur so lange, wie sie auch wirklich bereit und im Stande ist, da einzutreten, wo der friedliche Zweck nicht erreicht werden kann. Und, meine Herren, mit den Offizieren der Armee veraltet die Armee selbst, nicht bloß in den obersten Stellen, sondern auch, was weit bedenklicher wäre, bis hinunter

in die überaus wichtigen Stellen der Hauptleute und der ihnen Gleichgestellten in den anderen Waffen.

Meine Herren, soll die Armee ihren Zweck erreichen, wollen Sie die Armee kräftig und jugendfrisch erhalten, so geben Sie ihr das Pensionsgesetz.





III. Zur deutschen Heeresverfassung.

Die großen Fragen der Heeresorganisation, insonderheit die Friedenspräsenzstärke, bezw. die Dauer, für die sie feststehen müsse, sowie die Dauer der aktiven Dienstzeit sind seit dem Jahre 1867 immer wieder aufs Neue Gegenstand sehr eingehender Debatten und zum Theil leidenschaftlicher Kämpfe im Reichstage gewesen. Es sind dies die Fragen, zu denen Moltke am nachdrücklichsten und wirksamsten das Wort ergriffen hat. Schon bei der Diskussion über die das Bundeskriegswesen betreffenden Artikel des Norddeutschen Verfassungsentwurfs hatte Moltke den Versuch gemacht, die Friedenspräsenzstärke möglichst lange unabhängig von parlamentarischer Beschlußfassung zu halten, wie er andererseits als unerschütterlicher Vertheidiger der dreijährigen aktiven Dienstzeit auftrat. — Die Friedenspräsenzstärke kam zunächst bei Artikel 56 des Norddeutschen Verfassungsentwurfs in Frage, wo sie auf 1 pCt. der Bevölkerung von 1867 festgesetzt wurde. Bei wachsender Bevölkerung soll nach je 10 Jahren ein anderweitiger Prozentsatz festgesetzt werden. Hierzu wird von Moltke ein Amendement gestellt, wonach die Präsenzstärke und die dafür aufzuwendenden Leistungen bis zur Veröffentlichung eines neu zu vereinbarenden Bundesgesetzes fortdauern. Dieses Amendement fiel mit 138 gegen 125 Stimmen; es wurde statt dessen ein Amendement Forckenbeck mit 137 gegen 127 Stimmen angenommen, wonach der Prozentsatz nun bis Ende 1871 gelten soll und alsdann die Friedenspräsenzstärke durch die Gesetzgebung festgestellt wird. Durch Annahme eines Amendements Ujest-Bennigsen wurde ferner beschlossen, daß die Beträge wie die Präsenzstärke so lange unverändert fortdauern, bis durch ein Bundesgesetz Abänderungen festgesetzt werden. Eine solche gesetzgeberische Regelung wurde alsdann durch das im Februar 1874 zur Berathung gelangende Reichsmilitärgesetz versucht. Wiederum knüpfen sich an die Frage der Friedens-

präsenzstärke die heftigsten Kontroversen. Auch diesmal gelangt die Frage nicht zur endgültigen Lösung, es wird das von der Regierung angenommene Kompromiß auf siebenjährige Bewilligung der Friedenspräsenzstärke (bis 1881) mit 216 gegen 146 Stimmen genehmigt. Im Frühjahr 1880 wurde die Frage bei der Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes, vom 2. Mai 1874 erneut behandelt. Dieses Gesetz verlangte eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf Grund der damaligen Bevölkerungszahl um ca. 26000 Mann, Verpflichtung der Ersatzreservisten erster Klasse zu Uebungen im Frieden und endlich eine anderweite Regelung der Versetzung von der Reserve zur Landwehr bezw. der Landwehr zum Landsturm. Man einigte sich mit 186 gegen 96 Stimmen über eine weitere siebenjährige Festsetzung der Friedensstärke (bis März 1888). Schon im November 1886 brachte die Reichsregierung einen neuen Gesetzentwurf ein, der die Friedenspräsenzstärke unter einer Erhöhung von 483 auf 534 Infanterie-Bataillone und von 340 auf 364 Batterien für die Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1894 festsetzen sollte. Nachdem in der Sitzung vom 14. Januar 1887 die Majorität des Hauses sich für eine nur dreijährige Bewilligung ausgesprochen hatte, erfolgte die Auflösung des Reichstages. Das neu gewählte Haus erledigte in den Sitzungen vom 7. bis 11. März 1887 die Vorlage im Sinne der Regierung. — An der sehr rasch und glatt verlaufenden Berathung der im Dezember 1887 eingebrachten großen Wehrvorlage, welche die Verhältnisse von Ersatzreserve, Landwehr und Landsturm neu ordnete, hat sich Moltke nicht betheiligt, sie wurde am 6. Februar 1888 en bloc in zweiter und am 8. Februar in dritter Lesung angenommen. — Zum letzten Male in militärischen Dingen hat Moltke am 14. Mai 1890 im Reichstage gesprochen, als es sich um die Berathung der neuesten Militärvorlage handelte, durch welche die Friedensstärke des deutschen Heeres um 18500 Mann vermehrt und besonders die Artillerie von 364 auf 434 Batterien vermehrt wurde. Am 28. Juni 1890 gelangte dieses Gesetz, welches die Präsenzstärke für die Zeit vom 1. Oktober 1890 bis 31. März 1894 festsetzte, in der dritten Lesung zur Annahme.

Vorberathung über Abschnitt XI des Norddeutschen Verfassungsentwurfs (Bundeskriegswesen).

Reichstagssitzung vom 3. April 1867.

Der erste von den Herren Rednern hat hier nochmals die zweijährige Dienstzeit berührt. Es ist diese Frage schon mehrfach besprochen worden; erlauben Sie mir, sie noch einmal kurz zu beleuchten.

Man hat die zweijährige Dienstzeit gefordert vom national-ökonomischen Standpunkte aus. Ob zweimalhunderttausend arbeitsfähige Männer, welche drei Jahre dienen, oder dreimalhunderttausend, welche zwei Jahre dienen, der produktiven Arbeit entzogen bleiben, kommt ganz auf Eins heraus.

Es ist allerdings der Militärdienst nicht eine produktive Arbeit, aber er bezweckt und erreicht die Sicherheit des Staates, ohne welche jede produktive Arbeit unmöglich ist; er bildet die Schule für die heranwachsende Generation in Ordnung, Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Gehorsam und Treue — Eigenschaften, die für die spätere produktive Arbeit nicht verloren gehen.

Man betont immer, daß die jungen Leute noch das dritte Jahr bei der Fahne bleiben sollen; man übergeht mit Stillschweigen, daß sieben ganze Altersklassen, die ältesten, die Familienväter fortan nicht mehr zum Kriegsdienste heran- und aus ihren Verhältnissen fortgezogen werden. Dieser Vortheil ist national-ökonomisch gewiß sehr bedeutend. Ich erinnere nur in finanzieller Hinsicht an die Familien-Unterstützungsgelder, welche die Kreise zahlen mußten.

Weit eher kann man vielleicht die zweijährige Dienstzeit vom finanziellen Standpunkte fordern. Dagegen entscheidet der Präsenzstand, und es ist nicht zu leugnen, daß eine Heruntersetzung des Präsenzstandes in finanzieller Hinsicht sehr wichtig und sehr wünschenswerth ist. Es bleibt nur die Frage, wie weit eine solche Herabsetzung politisch und militärisch zulässig sein wird.

Blicken wir uns um, so sehen wir alle Nachbarn rüsten. Warum? Wir wissen es nicht. Wir drohen Niemand, wir wollen unsere Angelegenheiten im Innern ordnen; aber die Thatsache ist da.

Ich will auf das politische Feld nicht eintreten; ich bleibe bei der militärischen Seite. Man macht mit Recht geltend, daß die dreijährige Dienstzeit nicht die ganze waffenfähige Mann-

schaft durch die Schule der Waffen gehen läßt. Es ist richtig, es bleibt etwas übrig.

Nicht überall, denn in mehreren Bezirken wird die dienstfähige Mannschaft bis auf den letzten Mann erschöpft. Es ist ferner richtig, daß bei der zweijährigen Dienstzeit gerade noch genug Dienstbrauchbare sein werden, um die Bataillone — denn der Ausfall fällt lediglich auf die Infanterie, eine Herabsetzung des Etats der Spezialwaffen kann nicht beabsichtigt sein — auf 500 Mann bringen zu können. Ich will nun nicht behaupten, daß solche Bataillone nicht mehr lebensfähig wären, wenn, wie bei der dreijährigen Dienstzeit, höchstens ein Drittel Rekruten wären; bei der zweijährigen Dienstzeit aber ist die eine Hälfte eines solchen Bataillons in der elementaren Ausbildung begriffen. Ziehen Sie nun etwa 60 Unteroffiziere ab, ziehen Sie ab, was Alles auf dieser einen Hälfte von Leuten lastet; die Kommandos zur Bewachung von Strafanstalten, — die Kommandos von Transporten, — den täglichen Wachtdienst, namentlich in Festungen, wie sehr er auch beschränkt ist, — die Munitionsarbeit, die z. B. in Magdeburg zu Zeiten täglich mehrere Tausend Mann erfordert hat, — ziehen Sie ab die Handwerker, die Kranken, die Arretirten u. s. w., so bleibt so wenig übrig, daß ein solches Bataillon seine taktische Ausbildung für den Krieg, also den eigentlichen Zweck seiner Bestimmung, nicht mehr erfüllen kann.

Es ist ebenfalls richtig, daß die zweijährige Dienstzeit ein größeres Material von Menschen für die Augmentation im Kriegsfall liefert. Aber, meine Herren, an Leuten fehlt es uns nicht; unser Herr Kriegsminister hat, nachdem sämmtliche neun Armeekorps mobil ins Feld gestellt waren, noch zwei andere improvisirt und hätte noch mehr geschaffen, wenn es nöthig gewesen wäre. Wir waren nach der Schlacht bei Königgrätz stärker als vorher, und als der Friede geschlossen wurde, standen wir mit 664 000 Mann unter den Waffen. Solche Formationen finden

ihre Grenze weit früher in einer anderen Richtung. Bedenken Sie, was es finanziell heißt, eine Armee von 700 000 oder, wie gefordert, 900 000 Mann unter Waffen zu erhalten!

Es endet ferner die Möglichkeit solcher Formationen in der begrenzten Zahl von Offizieren. Welches Element für die Kriegführung die Offiziere sind, darüber will ich Ihnen nur eine statistische Ziffer nennen. Wir haben verloren auf 20 Mann einen Offizier. Stellen Sie eine Formation auf ohne eine genügende Zahl wirklich diensterfahrener Offiziere, so haben Sie einen Haufen braver Leute, aber keine Truppe!

Wir haben im vorigen Jahre nahezu 50 000 Gefangene gemacht und haben 3000 Vermißte gehabt, wovon vielleicht der kleinste Theil nur gefangen war, es läßt sich das nicht so nachweisen. Woher dieser enorme Unterschied? Ich kann ihn nur der Dienstdauer zuschreiben. Finanzielle Bedrängniß hatte Oesterreich ein System aufgenöthigt, nach welchem der Infanterist durchschnittlich nur 1¼ bis 1½ Jahre im Dienste war. Diese Leute haben sich sehr brav geschlagen, und ich muß dabei bemerken, daß die Offiziere mit dem rühmlichsten Beispiele vorangegangen sind, denn auch die Oesterreicher haben sehr viele Offiziere verloren. Aber, sowie schwierige Verhältnisse eintraten, da lockerte sich die Ordnung; in Dorfgefechten, in Waldgefechten wurden die Leute schaarenweise gefangen genommen. Bei uns hörten Sie überall den Ruf: „Wo ist der Hauptmann?" „Was hat der Hauptmann gesagt, wo wir hingehen sollen?" Meine Herren, dies Gefühl des Zusammenhaltens unter allen Umständen kann nicht einexerzirt werden, es kann nur eingelebt werden, und das können Sie mit zwei Jahren nicht erreichen.

Spezialdiskussion über die das Bundeskriegswesen betreffenden Artikel des Norddeutschen Verfassungsentwurfs, namentlich Artikel 56, der die Friedenspräsenzstärke auf 1 pCt. der Bevölkerung festsetzt; bei wachsender Bevölkerung soll nach je 10 Jahren ein anderweitiger Prozentsatz bestimmt werden.

Es wird ein Kompromiß auf siebenjährige Bewilligung angenommen.

Reichstagssitzung vom 5. April 1867.

Ich habe wenige Worte zu sagen, um ein von mir gestelltes Amendement zu begründen. Es entsteht die Frage, was geschieht, wenn nach Verlauf einer Reihe von noch näher festzustellenden Jahren die Bestimmungen, welche der Entwurf der Verfassung enthält, abgelaufen sind, bevor ein neues Militärgesetz zu Stande gekommen ist. Man hat uns gesagt, daß in ganz Norddeutschland die Gesetze und Reglements, die in Altpreußen gültig waren, ebenfalls gültig sein werden. Wenn dies der Fall wäre, wenn Alles bliebe, wie es war, so würde mein Amendement überflüssig sein, auf alle Fälle aber unschädlich. Ich glaube aber nicht, daß diese Auffassung der Verhältnisse in einem neuen Parlament so unbedingt zu erwarten ist; ich suche nach einer größeren Sicherung.

Mein Amendement bezweckt, einer so dauernden Institution, wie das Heer ist, auch eine feste Grundlage in einer sicheren Einnahme zu verschaffen.

Bedenken Sie, meine Herren, daß eine Herabminderung des Präsenzstandes 12 Jahre lang nachwirkt, ja in der nächsten Zukunft 19 Jahre lang. Sie beschließen vielleicht die Verminderung unter ganz friedlichen Verhältnissen, sie kommt zur Wirkung vielleicht unter sehr kriegerischen.

Mein Amendement mußte sich auf den Artikel 56 nicht allein, sondern auch auf den Artikel 58 erstrecken; denn es hilft mir nichts, daß der Multiplikator konstant ist, wenn der Multiplikandus variabel bleibt. Es ist richtig, daß dabei ein Theil der Militär-Einnahmen und -Ausgaben der Bewilligung der

Volksvertretung entzogen bleibt. Aber, meine Herren, Sie haben gehört aus den Auseinandersetzungen des Herrn Regierungskommissars, wie knapp Alles bemessen ist, und wissen, daß für jede Mehrforderung die Regierung an den guten Willen und den Patriotismus der Volksvertretung gewiesen ist. Gewähren Sie der Militärverwaltung das Recht, innerhalb bestimmter Grenzen frei und nach eigenem Ermessen verfahren zu können; die Armee wird Ihnen dafür Dank wissen, das Volk wird von seinen Freiheiten dabei nichts verlieren, und die Volksvertretung wird der mißlichen Aufgabe überhoben sein, in Berathungen über technische Gegenstände mit saurem Schweiß zu sagen, was man nicht weiß.

Wenn man von Ihnen 100 000 Thaler zur Abänderung von Tornistern fordert; ja, meine Herren, wer den Tornister nicht in der Sonnenhitze getragen hat, weiß nicht, wo er drückt.

Es giebt viele Gegenstände, welche die Militärverwaltung sicherlich besser versteht als eine Versammlung von ausgezeichneten und patriotischen Männern.

Meine Herren, setzen Sie Ihrer unbestrittenen Befugniß eine freiwillige Schranke; es giebt Nothwendigkeiten, die zu eng gezogene Schranken sprengen! Ich empfehle Ihnen die Annahme meines Amendements.

Spezialdebatte des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste § 6 (siebenjährige Dienstzeit im stehenden Heere, davon 3 Jahre ununterbrochen aktiv).

Die Hauptbestimmung des Paragraphen liegt im Alinea 6. „Während des Restes der siebenjährigen Dienstzeit sind die Mannschaften zur Reserve beurlaubt, insoweit nicht die jährlichen Uebungen nothwendige Verstärkungen oder Mobilmachungen des Heeres bezw. Ausrüstung der Flotte die Einberufung zum Dienst erfordern." Der Ausdruck „nothwendige Verstärkung"

hatte Mißtrauen hervorgerufen; mehrere Amendements suchen bestimmtere Bezeichnungen, ohne indessen die verschiedenen in Betracht kommenden Möglichkeiten zu erschöpfen. Moltke spricht sich für die ursprüngliche Fassung aus, welche mit 165 gegen 81 Stimmen angenommen wird.

Reichstagssitzung vom 18. Oktober 1867.

Meine Herren, auch für mich liegt der Schwerpunkt dieses ganzen Gesetzes-Paragraphen in den Worten „nothwendige Verstärkung".

Ich bin mit dem größten Interesse dem lichtvollen Vortrage Ihres Referenten gestern gefolgt: ich kann den Grundsätzen vollständig beitreten, die er dahin ausgesprochen hat, daß die Freiheit eines jeden Staatsunterthanen nicht auf einer milden Praxis der Regierung, oder, wie er sich ausdrückte, auf der Gnade, sondern auf seinem Rechte beruht. Dies ist der Geist der Gesetzgebung in einem konstitutionellen Staate. Aber Sie werden auch zugeben, daß in dem Gesetze selbst schon ein gewisser Spielraum behalten werden muß für die ausführende Behörde, weil es sich vorher nicht übersehen läßt, unter welchen Bedingungen es zur Anwendung gelangen wird. Wenn der § 60 der Verfassungsurkunde die Höhe der Armee auf ein Prozent der Bevölkerung feststellt, ferner der § 62 eine ganz bestimmte Summe normirt, für welche das Heer unterhalten werden muß, so sagt doch der § 63: Der Bundesfeldherr bestimmt den Präsenzstand. Und mit Recht, weil die Verhältnisse sich eben nicht übersehen lassen, welche eine Verminderung dieses Präsenzstandes zulässig, oder eine Vermehrung nothwendig machen werden. Diese nothwendigen Fälle sind nun eben aufgenommen in den § 6. Sie finden in mehreren Paragraphen, daß Maßnahmen, die immer früher stattgefunden haben, die nicht ungesetzlich sind, die aber doch im Gesetze nicht aufgenommen waren, hier zur Sprache gebracht werden, und ich meine, daß es das Streben der Regierung ist, in jeder Hinsicht die gesetzliche Weihe für dieses Vorgehen zu erlangen. Und so sagt auch die Regierung

ganz offen hier: In nothwendigen Fällen müssen wir Reserven einstellen können. Diese Worte haben nun zu vielseitigen Bedenken Veranlassung gegeben, und zu meinem Bedauern theilt sie auch unser Herr Referent. Man hat gesucht, eine präzisere Fassung oder eine erweiterte Fassung zu finden, auch auf der anderen Seite durch Streichung die allerdings präziseste Fassung in radikalster Weise herzustellen; in letzterer Beziehung hat man aber doch wohl vielseitig gefühlt, daß man dadurch die exekutive Gewalt in die Unmöglichkeit versetzen würde, ihre höchsten Pflichten zu erfüllen. Man hat vorgeschlagen, zu sagen: bei verfügter Kriegsbereitschaft; ferner: bei entstehendem Kriege, — aus politischen und landespolizeilichen Gründen. Ich glaube, daß diese letzte Fassung der Sache am nächsten tritt, ohne jedoch nach meiner Ueberzeugung die Fälle sämmtlich zu umgrenzen, welche eine Verstärkung nothwendig machen können. Meine Herren, wenn wir im vorigen Frühjahr genöthigt gewesen wären, und wir waren nahe daran, eine größere Truppenmacht in der Rheinprovinz aufzustellen, und wir hätten das unter dem Titel Kriegsbereitschaft gethan, so hätten wir den Krieg gehabt. Bei der Reizbarkeit unserer Nachbarn zweifle ich daran nicht. Wir wollen aber nicht den Krieg. Wir wollen unsere Verhältnisse im Innern im Frieden ausbauen, wir wollen unsere deutschen Angelegenheiten in Deutschland regeln, und wenn man uns daran hindert, dann wollen wir den Krieg.

Ich will nur beiläufig bemerken, wie ich hoffe, daß wir bei solcher Gelegenheit nicht die Theorie der Milizheere in Anwendung bringen. Es wird wohl Niemand von uns wünschen, die Greuel eines Krieges, wie wir sie in Amerika gesehen haben, auf europäischen Boden zu verpflanzen. Ich hoffe ferner, daß wir nicht Gebrauch machen werden von der Theorie des schwachen Angriffsheeres und des starken Vertheidigungsheeres.

Wir wären im vorigen Kriege schlecht dabei gefahren, wir würden die Schlachtfelder nicht auf der Karte von Böhmen und

Mähren, sondern auf der Karte Schlesiens und der Lausitz und vielleicht noch weiter rückwärts zu suchen haben.

Die Armee trennt sich überhaupt nicht in Angriffsarmee und Vertheidigungsarmee: die Armee, die durch den Angriff besser als auf jede andere Weise das Vaterland schützt, dieselbe Armee wird auch die Vertheidigung im Innern führen, wenn sie unglücklicherweise nur darauf beschränkt sein sollte. Sie findet dann in der Landwehr eine starke, nothwendige und eine vortreffliche Stütze, wie von Niemand bezweifelt wird.

Die andere Verbesserung: „bei entstehendem Kriege“, erschöpft die Sache auch nicht. Meine Herren, ich erinnere Sie daran, daß zu verschiedenen Malen schon Grenzbesetzungen stattgefunden, welche die Truppenkörper aus ganzen Korpsbezirken in Anspruch genommen haben. Es ist nun gesagt worden, daß es eine geringe Unbequemlichkeit wäre, im Vergleich zu dem großen Gegenstande einer präzisen Gesetzgebung, daß man zwei schwache Kompagnien anstatt einer verstärkten verwendet. Es handelt sich aber nicht um die Verwendung von Kompagnien, sondern um die Verwendung größerer Truppenmassen. Es ist eine bedenkliche Maßregel, die Truppen aus einem hinterliegenden Bezirk nach dem Grenzbezirk heranzuziehen. Ich will den Kostenpunkt nicht hervorheben, da andere Mitglieder geringen Werth darauf legen, obschon es sich hier doch um bedeutende Summen handelt, denn die Truppen müssen transportirt werden, müssen ihre Feldzulage haben u. s. w. Die Sache hat aber andere Bedenken: unsere Infanterie steht zum großen Theile in den Festungen; wir können sie nicht ohne Weiteres fortziehen, können nicht die Festungen, die großen Städte, nicht ganze Bezirke von Truppen entblößen: es müssen dort Besatzungen, müssen Rekruten zurückbleiben u. s. w. Es ist also in der That nicht eine geringfügige Schwierigkeit. Es tritt noch das Bedenken hinzu, daß, wenn in eine solche Periode eine Mobilmachung fiele, große Schwierigkeiten entstehen würden; unsere Truppen können

ordnungsmäßig nur in ihren Standquartieren mobil gemacht werden.

Sie müssen die Truppen erst zurückschicken und dann verlieren sie Zeit, und Zeit ist ein wichtiges Element für den Erfolg, oder Sie müßten ihnen alle Bestände nachführen. Meine Herren, unsere Mobilmachung ist eine so komplizirte, allerdings bis aufs Kleinste regulirte Operation, daß ich befürchte, daß dadurch Verwirrungen entstehen, die sehr verderblich werden könnten.

Was die Streichung anbetrifft, so halte ich es eigentlich für irrational, zu streichen, daß in einem nothwendigen Falle das Nothwendige nicht geschehen soll.

Es handelt sich hier nicht um Einziehung von Individuen, meine Herren, es handelt sich um die Einziehung von Kategorien. Ich glaube daher nicht, daß Sie nöthig haben, die einzelnen Leute gegen eine gewisse Willkür der Militärbehörde sicher zu stellen. Ob der Fall, wo die Reserven eingezogen werden, nothwendig gewesen ist oder nicht, das, meine Herren, wird Ihrer Beurtheilung unterliegen, wenn Sie die Kosten einer solchen Maßregel bewilligen sollen.

Mit den 225 Thalern wird man es nicht bestreiten.

Meine Herren, ich glaube, wir wünschen Alle aufrichtig, daß die Gesetze gehalten werden; der beste Weg dazu ist, die Gesetze so zu geben, daß sie gehalten werden können.

Ich empfehle Ihnen dringend, die Worte „nothwendige Verstärkungen“ ungeändert stehen zu lassen.

Erste Lesung des Reichsmilitärgesetzes.

Reichstagssitzung vom 16. Februar 1874.

Von den mannigfachen Bedenken des Herrn Vorredners will ich vorweg nur eines berühren. Ich halte es geradezu

für unmöglich, die Kriegsformationen der Armee im voraus festzustellen, da wir nicht im voraus wissen können, ob wir nach einer oder nach zwei Seiten Front zu machen haben, da wir nicht wissen, ob wir, wie im Jahre 1864, mit nur einem Theile unserer Armee, oder, wie im Jahre 1870, mit Aufbietung aller unserer Kräfte den Krieg zu führen haben, wo wir ganze Landwehr-Divisionen zu Etappenzwecken, für Belagerungen verwenden mußten, wo wir die ältesten Mannschaften der Heerespflichtigen in ganz neue Formationen zusammenstellen, die ausgedienten Gardes du Corps mit Infanteriegewehren bewaffnen mußten, um Hunderttausende von Gefangenen zu bewachen, wo wir im Laufe des Krieges die Zahl der Armeen und folglich auch ihre Zusammensetzung ändern mußten. Ich glaube, daß diese und viele andere Bedenken sich wohl in einer kommissarischen Berathung vollkommen klären werden. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit vor Allem darauf richten, daß es sich schon bei dem § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs darum handeln wird, zu erwägen, ob künftighin Deutschland die schweren Lasten zu tragen haben wird, welche bedingt werden durch eine Friedenspräsenz von 401 000 Mann. Meine Herren, es wird sich dabei um innere und äußere Verhältnisse des Landes handeln. Eine jede Regierung wird ihre Einnahmen verwenden müssen für die unabweislichen Erfordernisse auf allen Gebieten des Staats, bevor sie an Ersparnisse und Schuldentilgung und zuletzt wohl an Steuererlasse denken kann. Nun ist aber doch das erste Bedürfniß eines Staates, zu existiren, sein Dasein nach außen gesichert zu sehen. Im Innern schützt ja das Gesetz Recht und Freiheit des Einzelnen; nach außen von Staat zu Staat nur die Macht. Einem Tribunal des Völkerrechts, wenn ein solches existirte, würde immer noch die vollstreckende Gewalt fehlen, und seine Aussprüche unterliegen schließlich der Entscheidung auf dem Schlachtfelde. Kleine Staaten können sich auf Neutralität, auf internationale Garantien verlassen; ein großer Staat besteht nur durch sich

selbst und aus eigener Kraft; er erfüllt den Zweck seines Daseins nur, wenn er entschlossen und gerüstet ist, sein Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten, und ein Land wehrlos zu lassen, wäre das größte Verbrechen seiner Regierung.

Der Wunsch, an den großen Summen, welche jährlich für das Militär verausgabt werden, zu sparen, sie dem Steuerpflichtigen zu erlassen oder für Zwecke des Friedens zu verwenden, ist gewiß ein völlig gerechter. Wer würde sich dem nicht anschließen! Wer malt sich nicht gern aus, wie viel Gutes, Nützliches und Schönes dann geschaffen werden könnte! Aber vergessen dürfen wir dabei nicht, daß die Ersparnisse am Militäretat aus einer langen Reihe von Friedensjahren verloren gehen können in einem Kriegsjahr.

Ich erinnere daran, was nach einem unglücklichen Feldzuge der Zeitabschnitt von 1808 bis 1812 unserm Lande gekostet hat. Dies waren Friedensjahre, waren Jahre, wo der Präsenzstand der Armee gering, die Dienstdauer so kurz war, wie es nur irgendwie gefordert werden kann, — und doch durfte Kaiser Napoleon sich rühmen, aus dem damaligen kleinen und armen Preußen eine Milliarde herausgezogen zu haben. Wir sparten, weil wir mußten, an unserer Armee und zahlten zehnfach für eine fremde. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß namentlich in den allerletzten Jahren die Regierung in dankenswerther Weise neben den Militärausgaben auch sehr bedeutende Summen für Friedenszwecke bereitgestellt hat. Aber sie reichen nirgends aus; von allen Seiten wird mehr gefordert und muß mehr gefordert werden, und eben deshalb möchte ich meinen, daß wir überhaupt noch nicht so weit gekommen sind, Steuererlasse empfehlen zu können. Ich meine, daß Jeder, auch der Geringste, etwas für den Staat steuern müsse, und wäre es auch nur, damit er nicht ganz vergißt, daß es überhaupt einen Staat giebt, der für ihn sorgt, ihn schützt und den er zu schützen wieder berufen ist; — denn die größten Wohl-

thaten, die der Mensch umsonst hat, weiß er erfahrungsmäßig nicht zu schätzen. Wie soll der Staat auch auf seine Einnahmen verzichten, wenn auf allen Gebieten noch so viel zu leisten bleibt? Ich nenne Ihnen nur das der Schule, weil ich glaube, daß die Schule der Punkt ist, wo der Hebel eingesetzt werden muß, wenn wir uns gegen Gefahren schützen wollen, die, ebenso sehr wie ein Angriff von außen, uns von innen drohen aus sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen, — Gefahren, welche, glaube ich, nur beseitigt werden können, neben sozialen Verbesserungen, durch eine größere und allgemeiner verbreitete Bildung.

Die Schule, meine Herren, nimmt nicht die ganze Jugend in sich auf und sie begleitet die Mehrheit derselben nur auf einer verhältnißmäßig kurzen Strecke ihres Lebensganges. Glücklicherweise tritt nun bei uns da, wo der eigentliche Unterricht aufhört, sehr bald die Erziehung ein, und keine Nation hat bis jetzt in ihrer Gesammtheit eine Erziehung genossen wie die unsrige durch die allgemeine Militärpflicht.

Man hat gesagt, der Schulmeister habe unsere Schlachten gewonnen. Meine Herren, das bloße Wissen erhebt den Menschen noch nicht auf den Standpunkt, wo er bereit ist, das Leben einzusetzen für eine Idee, für Pflichterfüllung, für Ehre und Vaterland; dazu gehört die ganze Erziehung des Menschen. Nicht der Schulmeister, sondern der Erzieher, der Militärstand, hat unsere Schlachten gewonnen, welcher jetzt bald sechzig Jahrgänge der Nation erzogen hat zu körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit. Meine Herren, Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, schon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation. Und wie nun nach außen? Vielleicht daß eine spätere glücklichere Generation, für welche wir im voraus die Lasten mittragen, hoffen darf, aus dem Zustande des bewaffneten

Friedens heraus zu gelangen, welcher nun schon so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht diese Aussicht nicht. Ein großes, weltgeschichtliches Ereigniß, wie die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird.

Darüber, meine Herren, dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben; wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen.

Nach allen Seiten stoßen wir auf Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte. Nun, meine Herren, es ist nicht gut, den Teufel an die Wand zu malen, und aus Mißtrauen und Besorgniß, selbst unbegründeten, können wirkliche Gefahren hervorgehen.

Sie finden noch heute in Belgien französische Sympathien, deutsche sehr wenig; man hat dort nicht erkannt, daß der belgischen Neutralität nur ein Nachbar gefährlich werden kann, und daß sie nur einen wirksamen Beschützer hat.

In Holland hat man angefangen, die Inundationslinie wieder herzustellen und neu zu befestigen. Gegen wen? Ich weiß es nicht. In Deutschland, glaube ich, ist noch kein Mensch auf den Gedanken verfallen, Holland zu annektiren.

Es ist wahr, wir haben diese Linien noch zu Anfang dieses Jahrhunderts erobert, aber nicht für uns, sondern für Oranien. — In einer kleinen, vielgelesenen Broschüre, geschrieben, um die Engländer auf das Mißliche ihres Milizsystems aufmerksam zu machen, werden die Folgen einer Landung in England geschildert, — nicht aus Frankreich, nicht von der gegenüberliegenden Küste, sondern aus Deutschland. In Dänemark glaubt man die Küstenflotte vermehren und die

Landungspunkte auf Seeland befestigen zu sollen, weil man eine deutsche Landung befürchtet. Bald sollen wir die russischen Ostseeprovinzen erobern, bald die deutsche Bevölkerung Oesterreichs zu uns herüberziehen wollen.

Und nun, meine Herren, gestatten Sie mir, mich in Kürze noch nach unserem interessantesten Nachbar umzusehen.

Frankreich ist ja in die Nothwendigkeit versetzt worden, seine ganze militärische Einrichtung umzubilden. Während unsere Heere in Frankreich standen, haben wir nahezu die ganze französische Armee bei uns gehabt, haben sie aufgenommen, untergebracht, ernährt, zum Theil bekleidet, und haben dann diese Armee unbeschädigt beim Frieden an Frankreich herausgegeben, wo sie den tüchtigen Kern für alle Neuformationen bildet. Man hat nun in Frankreich alle unsere militärischen Einrichtungen getreu kopirt, natürlich ohne das Original zu nennen, unter französischen Namen, als „ursprünglich französische Ideen, Kinder der großen Revolution, welche nur die Deutschen etwas früher adoptirt haben“. Man hat vor Allem die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und hat dabei eine zwanzigjährige Verpflichtung zu Grunde gelegt, während wir nur eine zwölfjährige haben; man hat ferner dem Gesetze rückwirkende Kraft gegeben, so daß viele Franzosen, welche längst ihre Jahre abgedient haben, plötzlich wieder wehrpflichtig geworden sind. Die französische Regierung ist schon heute berechtigt, für die aktive Armee 1200000 und für die Territorialarmee ebenfalls eine Million Männer zu den Waffen zu berufen. Um diese auch nur theilweise einstellen zu können — denn, meine Herren, es kommt nicht bloß auf die Zahl der Wehrpflichtigen an, sondern auch auf die Kadres, in welche sie eingestellt werden sollen — ich sage, um diese Massen einreihen zu können, war es nothwendig, die Kadres zu vermehren. Nachdem Deutschland seine Reichslande wieder an sich genommen hat, haben wir, mit Ausnahme einiger weniger Spezialwaffen,

nur die bestehende Last auf mehr Schultern übertragen. In Frankreich, welches doch um 1½ Millionen Einwohner ärmer geworden ist, sind seitdem sehr erhebliche Formationen ausgeführt. Die Zahl der bis zum Kriege bestehenden Infanterie-Regimenter in Frankreich betrug 116, gegenwärtig 152, es sind also hinzugetreten 36 Infanterie-Regimenter, außerdem 9 Jäger-Bataillone. Es sind seit dem Frieden formirt 14 neue Kavallerie-Regimenter; die Zahl der Batterien betrug bis zum Kriege 164, sie beträgt jetzt 323, es sind hinzugetreten 159 Batterien. Diese Augmentationen sind noch nicht geschlossen; die Friedenspräsenz ist in Frankreich noch nie so stark gewesen als gegenwärtig, sie ist seit 1871 um 40000 Köpfe gewachsen. Die budgetmäßige Durchschnittsziffer der Stärke beträgt pro 1874 471170 Mann und 99310 Pferde. Statt der acht Armeekorps, mit welchen uns die Franzosen zu Anfang des Krieges entgegentraten, stellt Frankreich künftighin achtzehn, ein neunzehntes für Algier nicht mitgerechnet. Das Militärbudget — ich nenne die Zahlen in Thaler übertragen, zur leichteren Vergleichung mit unseren Ziffern — ist seit 1871 um über 25 Millionen gewachsen: es beträgt im Ordinarium für die Landarmee 125 Millionen Thaler, im Extraordinarium 46 Millionen, zusammen 171 Millionen Thaler. Meine Herren, die französische Nationalversammlung hat ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen und ohne Unterschied der Parteien bereitwillig ein jedes Opfer gebracht, welches für die Wiederherstellung und Erweiterung der französischen Heeresmacht gefordert wurde; sie ist sogar noch weiter gegangen: kriegerischer als der Kriegsminister hat sie für einen gewissen Zweck, die Heranziehung der seconde portion, in diesem Jahre 17 Millionen Francs der Militärkommission geradezu aufgenöthigt. Die französischen Kommunen sind in ihrem Patriotismus nicht zurückgeblieben, sie weisen Exerzirplätze, Baulichkeiten für Offizierkasinos an, sie errichten Kasernen u. s. w.

Dies Alles, meine Herren, giebt uns ein Bild von der Stimmung in Frankreich. Ich glaube nun zwar, daß die große Mehrheit der Franzosen, welche ohne Zweifel ihr Mißgeschick mit mehr Besonnenheit und Würde trägt, als man glauben sollte, wenn man nur die französischen Volksredner hört oder die französischen Journale liest, — daß diese Mehrheit wohl durchdrungen ist von der unbedingten Nothwendigkeit, zunächst den Frieden zu wahren. Ich sehe eine Bestätigung dafür auch in dem Umstand, daß eben ein einsichtsvoller Militär an der Spitze der französischen Regierung steht. Aber, meine Herren, wir haben Alle erlebt, wie die französischen Parteien, die ihren Ausdruck in Paris finden, Regierung und Volk zu den außerordentlichsten Beschlüssen hinreißen können. Was von jenseits der Vogesen zu uns herüberdringt, ist ein wüstes Geschrei nach Rache für die selbst heraufberufene Niederlage.

Nun, meine Herren, wir sind unserm Nachbar nicht gefolgt auf dem Wege, die Armee zu vergrößern; wir glauben mit dem auskommen zu können, was in dieser Gesetzesvorlage enthalten ist. Aber, meine Herren, die innere Güte unserer Armee dürfen wir nicht schwächen lassen, weder durch Abkürzung der Dienstzeit, noch durch Herabsetzung des Präsenzstandes. Die erste Maßregel führt, wenn sie überhaupt einen finanziellen Effekt haben soll, zur Miliz. Die durch Milizen geführten Kriege haben die Eigenthümlichkeit, daß sie sehr viel länger dauern und schon aus diesem Grunde sehr viel größere Opfer an Geld und an Menschenleben kosten als alle übrigen Kriege. Ich erinnere Sie nur an den letzten amerikanischen Sezessionskrieg, welcher von beiden Seiten wesentlich von Milizen geführt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit kann ich mir aber doch nicht versagen, Ihnen das Urtheil des Mannes über Milizen mitzutheilen, welcher eben den ersten amerikanischen Freiheitskrieg zu führen hatte, das Urtheil Washingtons. Sie finden es in der vortrefflichen Geschichte der amerikanischen Staaten

von Herrn Bancroft. Zu keiner Zeit und an keinem Orte konnte eine Forderung unpopulärer sein als die, welche Washington immer wieder an den Kongreß stellte, die Forderung, ein stehendes Heer zu errichten. Dies konnte befremdend erscheinen, aber Washington spricht sich folgendermaßen aus. Er sagt: „Die Erfahrung, welche die beste Leiterin für das Handeln ist, verwirft so völlig klar und entschieden das Vertrauen auf die Miliz, daß Niemand, der Ordnung, Regelmäßigkeit und Sparsamkeit schätzt, und der seine eigene Ehre, seinen Charakter und seinen Seelenfrieden liebt, diese an den Ausgang eines Unternehmens mit Milizen setzen wird."

Und etwas später schreibt er: „Kurze Dienstzeit und ein unbegründetes Vertrauen auf die Miliz sind die Ursachen alles unseres Mißgeschicks und des Anwachsens unserer Schuld."

Beendet wurde bekanntlich der Krieg durch das Auftreten eines kleinen Korps von nur 6000 Mann, aber wirklicher Soldaten.

Meine Herren, Frankreich hat es zweimal mit der Miliz versucht. Nach der Revolution war begreiflich das Erste, daß man die verhaßte Armee auflöste: die Nation selbst sollte die junge Freiheit schützen, der Patriotismus sollte die Disziplin, der Elan und die Massen sollten die kriegerische Bildung ersetzen. Es schwebt immer noch ein gewisser Nimbus um die Volontärs von 1791; aber, meine Herren, es giebt auch eine unparteiische Geschichte derselben, geschrieben von einem Franzosen nach den Akten des französischen Kriegsministeriums. Ich widerstehe der Versuchung, Ihnen sehr pikante Citate vorzuführen, ich müßte das ganze Buch citiren, auf jedem Blatte finden Sie, wie nutzlos, wie kostspielig und welche Geißel für das eigene Land diese Formationen gewesen sind. Erst nach dreizehnjährigen, bitteren Erfahrungen hat man sich überwunden, nicht mehr die Armee unter Volontärs, sondern die Volontärs in die Armee einzustellen. Als dann ein Mann wie der erste Konsul und andere aus=

gezeichnete Generale sich an die Spitze setzten, da haben freilich diese Volontärs ganz Europa siegreich durchzogen, aber, meine Herren, es waren eben Soldaten geworden.

Die citirte kleine Schrift, aus welcher so nützliche Erfahrungen geschöpft werden konnten, ist erschienen im März 1870, und sechs Monate später sehen wir Frankreich zu denselben Mitteln greifen, freilich in seiner äußersten Bedrängniß. Meine Herren, wir haben es Alle erlebt und uns überzeugt, daß selbst die zahlreichste Versammlung von tüchtigen, patriotischen und tapferen Männern noch nicht im Stande ist, einer wirklichen Armee zu widerstehen. Die französischen Mobil- und Nationalgarden haben den Krieg um mehrere Monate verlängert, sie haben blutige Opfer gekostet, große Verwüstung und viel Elend bereitet, aber sie haben den Gang des Krieges nicht wenden können, sie haben Frankreich beim Frieden keine besseren Bedingungen verschafft. Vollends das Unwesen der Franktireurs hat unsere Operationen auch nicht einen Tag aufgehalten; wohl aber hat es selbst unserer Kriegführung zuletzt einen Charakter der Härte verliehen, den wir beklagen, aber nicht ändern konnten.

Die Prozesse, welche noch heute, nach drei Jahren, in Frankreich auftauchen, geben Ihnen ein Bild von der Verwilderung und den Greueln, welche unausbleiblich im Gefolge einer solchen Maßregel erscheinen. Meine Herren, wenn Sie die Nation bewaffnen, so bewaffnen Sie mit den guten Elementen zugleich die schlechten, und deren hat ja jede Nation. Die ersteren sind ja unendlich überwiegend. Aber haben wir nicht bei uns selbst die Erfahrung mit unseren Bürgerwehren gemacht, wie bald der zuverlässige Theil derselben der Sache überdrüssig wird, in aller Stille verschwindet und dem unzuverlässigen das Feld frei läßt? Meine Herren! Die Gewehre sind bald ausgetheilt, aber nicht sobald wieder zurück zu bekommen.

Und glauben Sie, daß wir bei uns nicht auch Elemente beherbergen wie die, welche nach dem Kriege in Paris zur

Herrschaft gelangt sind? Haben wir sie nicht, so wird man schon dafür sorgen, daß wir sie von außerhalb bekommen. Es mögen viel importirte Helden gewesen sein, welche in der französischen Hauptstadt die Denkmäler des französischen Ruhms vernichtet haben! Gott verhüte, daß wir ihnen jemals die Waffen in die Hände geben. Was sodann den Präsenzstand anbelangt, meine Herren, so möchte ich eindringlich davor warnen, ihn zu einer Budgetfrage zu machen. Ich weiß ja, daß geehrte Mitglieder des Hauses glauben, gerade an diesem Punkte festhalten zu müssen, um das unbestreitbare Recht der Steuerbewilligung den Landtagen zu wahren. Aber, meine Herren, erwägen Sie, ob Sie durch die Handhabung dieses Rechts nicht das Recht schädigen, welches das Land hat, auf Ihre Mitwirkung zu rechnen in einer Frage, wo es sich um den Bestand des Reiches handelt. Mir scheint, es ist doch wünschenswerth, nicht wieder in ein neues Provisorium einzutreten, sondern endlich einmal definitiv festzustellen, was Deutschland für ein deutsches Heer zu leisten hat. Wenn Sie sich überzeugen können, daß wir mit Rücksicht auf innere und äußere Verhältnisse nicht weniger als 401 000 Mann im Frieden unterhalten dürfen, und wenn nach reiflicher Erwägung und Prüfung festgestellt wird, welcher Aufwand dafür nöthig ist, so verzichten Sie allerdings darauf, diese selbe Summe alljährlich zu diskutiren, zu bewilligen oder abzulehnen; aber, meine Herren, Ihr Bewilligungsrecht ist dadurch nicht beeinträchtigt, es tritt in volle Geltung bei jeder Mehrforderung und bei jeder neuen gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes. Es muß die normale Ziffer des Friedensstandes nothwendig auf eine lange Reihe von Jahren eine konstante bleiben. Durch Schwankungen dieser Ziffer tragen Sie die Unsicherheit hinein in alle die vielen, umfassenden Vorbereitungen, welche lange vorher und bis in das letzte Detail festgestellt sein müssen, wenn Sie mit ruhiger Zuversicht einem Angriff von außen entgegensehen wollen. Erwägen Sie, daß jede Verminde-

rung dieser Ziffer zwölf Jahre lang nachwirkt und daß keiner von uns übersehen kann, ob in zwölf Jahren Krieg oder Frieden sein wird.

Nun, meine Herren, „es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt."

Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. Ich wüßte wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück von Rußland oder Frankreich machen sollten.

Ich hoffe, wir werden eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten; vielleicht überzeugt sich dann die Welt, daß ein mächtiges Deutschland in der Mitte Europas die größte Bürgschaft ist für den Frieden von Europa.

Aber, meine Herren, um Frieden zu gebieten, müssen wir zum Kriege gerüstet sein, und ich meine, wir stehen vor der Entscheidung, entweder zu sagen, daß bei den politischen Verhältnissen Europas wir eines starken und kriegsbereiten Heeres nicht bedürfen, — oder aber zu bewilligen, was dafür nöthig ist.

Zweite Lesung des Reich-Militärgesetzes § 1 (Friedenspräsenzstärke).

Reichstagssitzung vom 14. April 1874.

Meine Herren, ich halte es für eine höfliche Rücksicht auf die Versammlung, wenn von diesem Platze aus, und zwar geradeaus, gesprochen wird. Dies zur Entschuldigung, wenn ich meine Bemerkungen von dieser Stelle an Sie richte. Bei der Ermüdung der Versammlung wird es in größter Kürze geschehen.

Es sind von verschiedenen Seiten, und namentlich von dem Herrn Abgeordneten **Reichensperger**, zahlreiche Citate aus meinen nicht zahlreichen und jedenfalls nicht langen Reden angeführt worden. Ich erwidere, daß ich noch heute vollständig auf demselben Standpunkte der Ueberzeugung stehe wie früher, und daß ich auch jetzt sicher glaube, daß ein starkes Deutschland in der Mitte Europas die größte Bürgschaft für den Frieden ist. Aber, meine Herren, ein **starkes** Deutschland! Solange uns aus einem Nachbarstaate täglich in Schrift und Wort mit dem Revanchekriege gedroht wird, dürfen wir nicht vergessen, daß nur das Schwert das Schwert in der Scheide hält, und daß unter solchen Umständen für uns Abrüstung Krieg ist, der Krieg, den wir gern vermeiden wollen und der hoffentlich durch die Weisheit der französischen Regierung vermieden werden wird.

Meine Herren, wenn wir in Deutschland uns früher und friedlich zu einigen gewußt hätten, so wäre der Kampf mit Frankreich wahrscheinlich überhaupt nicht ausgebrochen.

Aber, meine Herren, im Jahre 1870 gab es noch kein geeinigtes und starkes Deutschland im Herzen von Europa, und der Krieg, mit welchem Frankreich uns überraschte, wurde wesentlich geführt, um das Zustandekommen eines solchen zu verhindern.

Wir haben diesen Krieg nicht hervorgerufen, und wir haben unsere Macht in demselben nicht gemißbraucht. Von uns hing es ab, drittehalb Millionen in Paris dem unvermeidlichen Hungertode entgegenzutreiben. Niemand konnte uns hindern, die Einschließung noch acht oder vierzehn Tage fortzusetzen, der dortigen Regierung konnten wir jede Forderung stellen, sie mußte jede bewilligen. Wohl zu erwägen blieb aber, daß die Regierung maßlosen Forderungen nachzukommen nicht in der Lage gewesen wäre. Wir begnügten uns daher, das Land zurückzufordern, welches unser unruhiger Nachbar Deutschland in Zeiten seiner

Schwäche entrissen hat. Von weiteren Kriegsentschädigungen möge man uns nicht sprechen, denn keine Milliarden können die Wunden heilen, welche ein „mit leichtem Herzen unternommener“ Krieg dem öffentlichen und dem Familienleben geschlagen hat.

Ja, meine Herren, Deutschland in seinem Zwiespalt der Vergangenheit trägt selbst die Schuld, wenn in dem wiedereroberten Lande ein deutscher Volksstamm sich in der langen Zeit von 200 Jahren so vollständig hat entnationalisiren können, daß er noch heute, nach der ihm zu Theil gewordenen und wohlwollenden Behandlung, sich sträubt, wieder in Deutschland aufgenommen zu werden. Nun, wir werden unseren Landsleuten diesseits der Vogesen Zeit geben, sich während der nächsten 200 Jahre wieder an uns zu gewöhnen.

Dem geeinigten und starken Deutschland aber geziemt es, der Welt zu zeigen, daß wir den festen Willen und auch die Macht haben, das Reichsland beim Reiche stetig zu erhalten.

Rings um uns her, meine Herren, haben alle größeren Mächte ihre kriegerischen Mittel wesentlich erhöht, wir sind bei dem einen Prozent der Bevölkerung einer früheren Zählung stehen geblieben. Wir können nicht auf numerische Ueberlegenheit rechnen, wir müssen unser Vertrauen setzen in die innere Tüchtigkeit unserer Armee, und diese hängt eng zusammen mit der Dienstdauer jedes einzelnen Mannes. Der französische Infanterist dient thatsächlich bei der Fahne 3 bis 3½ Jahre; wir hoffen, bei der trefflichen Anlage unserer Leute, bei der sich mehr und mehr entwickelnden Schulbildung, bei den eingeführten Turnübungen und im Vertrauen auf die rastlose Arbeitsthätigkeit unserer vom Morgen bis zum Abend angestrengten Offiziere und Unteroffiziere in einer kürzeren Frist eine tüchtige Infanterie erzielen zu können. Wie weit man in dieser Hinsicht hinabgehen kann, das, meine Herren, ist eine technische, ist eine rein militärische Frage, und die Militärbehörde glaubt während

der letzten Jahre bereits unter das Zulässige hinabgegangen zu sein.

Meine Herren, das Amendement, welches von dem Abgeordneten v. Bennigsen vorgelegt ist, erkennt an, daß die Forderungen, welche die Militärverwaltung gestellt hat, in der That gerechtfertigt sind, es bewilligt sie aber nur auf eine beschränkte Zeit. Ich kann mich nur schwer davon überzeugen, daß die vornehmste Institution des Reiches überhaupt ein Provisorium sein darf, ich glaube, daß sie gesetzlich als Definitivum festzustellen war. Die Gesetze werden ja nicht für alle Ewigkeit gegeben. Aenderten sich im Lauf der Jahre die politischen Verhältnisse in der Welt, so war es möglich, auch die Ziffer der Präsenzstärke gesetzlich zu modifiziren unter Zustimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung. Aber daß der Bestand der Armee abhängig sein soll von dem Bewilligungsrecht nur eines dieser Faktoren, das will mir nicht einleuchten. Ich werde nichtsdestoweniger für dieses Amendement stimmen, weil ich glaube, daß auch nach sieben Jahren eine patriotische Versammlung von Vertretern des Reichs dasjenige nicht wird ablehnen können, was wir heute als nothwendig für den Bestand des Reiches erkennen, und in der Rücksicht, daß vielleicht nur auf dem Boden dieses Amendements bei der Abstimmung eine Majorität sich ergeben wird, welche der Wichtigkeit des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes nach außen und der Würde dieses Hauses entspricht.

Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1877/78. Kosten für die neu anzustellenden 122 Hauptleute.

Der betr. Antrag der Kommission wird angenommen.

Reichstagssitzung vom 24. April 1877.

Meine Herren, die in Rede stehende Maßregel wird zum Theil beanstandet; wohl nicht, weil man die Maßregel an sich nicht für eine zweckmäßige und gute ansieht, sondern weil sie allerdings eine neue Steigerung des Militärbudgets in sich schließt.

Es ist uns schon bei der ersten Berathung und auch eben jetzt wieder gesagt worden, daß es prinzipiell unzulässig sei, Offizierstellen im Frieden zu bewilligen für Offiziere, welche erst im Kriege nothwendig werden. Darauf, meine Herren, ist nun doch einfach zu erwidern, daß alle Offizierstellen im Frieden bestehen, weil die Offiziere im Kriege nothwendig.

Von jener Seite des Hauses (nach links) sind wir hingewiesen worden auf den sehr viel schwächeren Friedensetat der französischen Bataillone; aber man hat es unterlassen, zugleich hinzuweisen auf die sehr viel größere Zahl dieser schwachen Bataillone. Meine Herren, die Summe dieser Bataillone mit den zugehörigen anderen Waffen beträgt im Frieden 487000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen größeren Bevölkerung doch nur wenig über 400000 Mann unterhält. Schwache Bataillone sind an sich militärisch durchaus nichts Wünschenswerthes. Ich glaube, daß nirgends mehr als in Frankreich selbst die einsichtigeren Militärs Bedenken tragen, ob mit Kompagnien von 50, von 40 Mann neben dem unvermeidlichen Garnisondienst auch noch eine gründliche Ausbildung der Truppen in allen Dienstfächern möglich sei. Aber freilich, wenn man mit 1092 Bataillonen ins Feld rücken will und davon 641 im Frieden unterhält, so kann man sie nicht sehr

stark machen, wenn die Kosten nicht ins Unerschwingliche übergehen sollen.

Meine Herren, das französische Militärbudget übersteigt mit seinen schwachen Bataillonen das deutsche mit starken um mehr als 150 Millionen jährlich im Ordinarium, abgesehen von bedeutenden Nachforderungen und einem exorbitanten Extraordinarium.

Ob eine Nation, selbst eine so reiche wie die französische, eine solche Last für alle Zukunft auf sich nehmen will, oder ob es nur geschieht für einen bestimmt vorgesehenen Zweck und bis zu einem vielleicht nicht zu fern gesteckten Ziel, das mag dahingestellt bleiben.

Es ist uns dann noch bei der ersten Berathung gesagt worden, daß eine absolute Regierung unter den bestehenden politischen Verhältnissen wahrscheinlich die Armee eher reduziren als vermehren würde. Meine Herren, ich theile die Hoffnung und den Wunsch des Herrn Redners nach dauerndem Frieden, aber die Zuversicht theile ich nicht. Glücklich die Zeiten, wo die Staaten nicht mehr in der Lage sein werden, den größten Theil aller ihrer Einnahmen zu verwenden bloß auf die Sicherheit ihrer Existenz, wo die Regierungen nicht nur, sondern auch die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet, als er einbringt, denn materielle Güter mit Menschenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn sein.

Aber, meine Herren, was diesem Fortschritt der ganzen Menschheit entgegensteht, das ist das gegenseitige Mißtrauen, und in diesem Mißtrauen liegt eine stete und große Gefahr.

Ich meine, die Stärke Deutschlands besteht wesentlich in der Homogenität seiner Bewohner. Wir haben ja auch an unseren Grenzen Reichsangehörige, die nicht deutscher Nationalität sind. Das ist ein geschichtliches Ergebniß von hundertjährigen Kämpfen, von Feldzügen und Friedensschlüssen, Siegen

und Niederlagen. Denn die Grenzen eines großen Staates lassen sich nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen konstruiren.

Nun, meine Herren, diese nichtdeutschen Reichsangehörigen haben ja neben den deutschen mit gleicher Treue und gleicher Tapferkeit gekämpft; aber daß nicht alle ihre Interessen mit den unsrigen zusammenfallen, davon haben wir ja in diesem Hause mehr hören müssen, als uns irgend lieb sein kann. Wie sollten wir nun so thöricht sein, durch Gebietserweiterungen uns zu schwächen, anstatt uns zu stärken!

Ich meine, die Friedenstendenz von Deutschland liegt so auf offener Hand, ist so in der Nothwendigkeit begründet, daß nachgerade die ganze Welt davon überzeugt sein müßte. Nichtsdestoweniger aber, meine Herren, können wir nicht verkennen, daß namentlich bei unseren westlichen Nachbarn ein starkes Mißtrauen gegen uns vorwaltet. Wenn Sie die französischen Blätter lesen, selbst die tonangebenden, so finden Sie doch darin, gelinde ausgesprochen, eine große Abneigung gegen uns. Ich will nicht von Hohn, Spott und Geringschätzung sprechen, die sich darin kundgeben, denn dafür giebt es keinen vernünftigen Grund, das ist auch nur angeblich.

Was aber die französische Presse nicht ausspricht, und was die Wahrheit ist, das ist die Besorgniß, daß, nachdem Frankreich so oft und so wiederholt über das schwache Deutschland hergefallen ist, nunmehr das starke Deutschland auch einmal ohne Grund und Anlaß über Frankreich herfallen werde.

Daraus, meine Herren, erklären sich viele Thatsachen, daraus erklärt sich die Riesenarbeit, die Frankreich ausgeführt hat, indem es in einer kurzen Reihe von Jahren mit großer Sachkenntniß und seltener Energie seine Armee-Organisation durchgeführt hat; daraus erklärt sich, daß seit dem letzten Friedensschluß und bis auf heute ein unverhältnißmäßig großer Theil der französischen Armee in Paris und von dort bis unmittelbar an unsere Grenze steht, namentlich Kavallerie und Artillerie,

in einem für alle Eventualitäten möglichst vorbereiteten Stande, ein Verhältniß, was nach meiner Auffassung früher oder später nothwendig einmal eine Ausgleichsmaßregel von unserer Seite herbeiführen muß.

Es ist dann doch auch ein beachtenswerther Umstand, daß in Frankreich, wo die Parteien, die sich ja in jedem Lande finden, doch wohl noch schroffer einander gegenüberstehen als bei uns, daß, sage ich, alle diese Parteien vollkommen einig sind in einem Punkt, einig darin, Alles zu bewilligen, was für die Armee gefordert wird, während wir hier mühsam um kleine Etatspositionen ringen. Meine Herren, in Frankreich ist die Armee der Liebling der Nation, ihr Stolz und ihre Hoffnung, man hat in Frankreich der Armee ihre Niederlagen längst verziehen; ich will nicht sagen, daß man bei uns die Siege der Armee vergessen hat, aber wenn man von ihr doch bei der nächsten Veranlassung dieselbe Leistung noch einmal fordern wird, so sollte man nicht zu kärglich sein in Bewilligung derjenigen Mittel, die ihr nöthig sind, um sich fortzuentwickeln.

Es scheint, daß unsere Nachbarn bei einem künftigen Kriege den Erfolg in den Massen sehen, in einer überwältigenden Zahl, und das ist gewiß ein Moment, welches schwer ins Gewicht fällt. Wir verlassen uns mehr auf eine sorgfältige Ausbildung unserer Truppen und auf ihre innere Tüchtigkeit. Die Franzosen sind uns ganz entschieden darin überlegen, daß sie für alle ihre zahlreichen Formationen für den Krieg bereits im Frieden die Kadres besitzen. Es wird Ihnen nun hier eine Maßregel vorgeschlagen, die freilich nur in geringem Grade den Mangel bei uns bessern soll. Man hat uns ja gesagt, daß durch die Schaffung von den dreizehnten Hauptleuten die Zahl der Offiziere überhaupt gar nicht vermehrt wird. Das ist vollkommen richtig; allein, meine Herren, es bringt eine Anzahl Offiziere früher in diejenige Stellung, welche sie im Krieg ausfüllen sollen. Es ist doch ganz natürlich, daß Jemand, der plötzlich unter den

allerschwierigsten Verhältnissen, vielleicht herausgerissen aus einem ganz anderen Lebensberuf, an die Spitze einer Truppe gestellt wird, daß der im ersten Augenblick mit einiger Befangenheit auftritt, und das, meine Herren, verbreitet sich unausbleiblich von oben durch alle Reihen nach unten. Unsicherheit im Befehlen erzeugt Unzuverlässigkeit im Gehorchen.

Es wird nun durch die dreizehnten Hauptleute möglich sein, ältere Offiziere früher in Stellung zu bringen, wo es nothwendig ist, daß der Betreffende sich in dieselbe vorher einleben kann. Meine Herren, Sie brauchen wirklich nicht zu besorgen, daß die dreizehnten Hauptleute spazieren gehen, es giebt vollauf zu thun.

Ich meine, daß namentlich diejenigen Herren, welche an den Kommissionsberathungen theilgenommen haben, sich überzeugt haben werden, daß wir in der That eine sparsame Militärverwaltung haben, die wirklich nur fordert, was dringend wünschenswerth ist.

Ich empfehle Ihnen die Annahme.

Die obige Rede, die an demselben Tage gehalten wurde, an dem das russische Kriegsmanifest erschien, hatte in dem ohnehin durch den eben beginnenden russisch-türkischen Krieg erregten Europa, namentlich in Frankreich, lebhafte Beunruhigungen erzeugt. Der in der nächsten Sitzung von dem Abgeordneten Lasker gegebenen friedlichen Deutung seiner Rede schließt sich Moltke deshalb gern an und bekräftigt dieselbe noch ausdrücklich.

Reichstagssitzung vom 26. April 1877.

Meine Herren, gestatten Sie mir, da ich persönlich in dieser Debatte genannt bin, nur zwei Worte. Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lasker, daß er mich richtig verstanden, und daß er den Sinn meiner Worte besser erklärt hat, als ich

es vermocht hätte. Wenn ich gesagt habe, daß ein beträchtlicher Theil der französischen Armee sehr nahe an unseren Grenzen stehe, so hätte ich hinzufügen sollen, daß im Gegensatz dazu unsere Regimenter gleichmäßig über das ganze Reich vertheilt sind.

Sollte daher früher oder später es als nothwendig erachtet werden, unsererseits eine ausgleichende Maßregel zu treffen, so habe ich sie im voraus als eine solche bezeichnen wollen, die durchaus keinen aggressiven Charakter trägt. Ich habe schon im Eingange meiner Rede unsere Politik als eine nothwendig friedliche bezeichnet, welche aber deshalb auf ihre volle Aktionsfreiheit nicht verzichtet.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes, vom 2. Mai 1874.

Reichstagssitzung vom 1. März 1880.

Wer möchte in Abrede stellen, daß ganz Europa unter dem Druck eines bewaffneten Friedens seufzt! Es ist das gegenseitige Mißtrauen, welches die Nationen gegeneinander in Waffen hält. Kann dieses Mißtrauen überhaupt beseitigt werden, so wird es immer noch eher geschehen durch Verständigung von Regierung zu Regierung als durch andere Mittel, durch die babylonische Verwirrung von internationaler Verbrüderung, internationalen Parlamenten und was in der Richtung vorgeschlagen wird.

Meine Herren, alle Nationen bedürfen gleichmäßig des Friedens, und ich möchte behaupten, alle Regierungen werden den Frieden halten, solange sie stark genug sind, um es zu können. Viele betrachten ja die Regierung wie eine Art feindlicher Macht, die man nicht genug einschränken und beengen kann.

Ich meine, man sollte sie in aller Weise stärken und stützen; eine schwache Regierung ist ein Unglück für jedes Land und — eine Gefahr für den Nachbar.

Wir haben alle Kriege ausbrechen sehen, die weder das Staatsoberhaupt — noch das wirkliche Volk gewollt haben, sondern die Parteihäupter, welche sich zu seinen Wortführern aufwarfen, die leicht beeinflußbare Menge und schließlich auch die Regierung nach sich zogen. Annexions- und Revanchegelüste, Mißbehagen über innere Zustände, das Streben, stammverwandte Völkerschaften an sich zu ziehen, die im Laufe der Zeiten anderen Staatenbildungen eingefügt sind, — dies und vieles Andere kann auch in Zukunft immer wieder neue Verwickelungen hervorrufen, und so fürchte ich allerdings, daß wir noch lange die schwere Rüstung tragen müssen, welche unsere geschichtliche Entwickelung und unsere Weltstellung uns aufnöthigen.

Geschichtlich sind wir ja als Reich ein Neuling in der europäischen Staatenfamilie, und den Eindringling betrachtet man immer mit Mißtrauen, so lange wenigstens, bis man ihn besser kennen lernt. Was dann unsere geographische Lage betrifft, — ja, meine Herren, alle unsere Nachbarn haben mehr oder weniger, ich möchte sagen, Rückenfreiheit; sie haben Pyrenäen, und Alpen hinter sich, oder halb barbarische Völkerschaften, die sie nicht zu fürchten brauchen. Wir stehen unter den großen Mächten mitten inne. Unsere Nachbarn im Westen und Osten haben nur nach *einer* Seite Front zu machen, wir nach *allen*; sie können und sie haben schon im Frieden einen bedeutenden Theil ihrer Heeresmacht nahe an unseren Grenzen dislozirt während unsere Regimenter gleichmäßig vertheilt stehen über das ganze Reich. Wir brauchen darin keine feindselige Absicht zu suchen. Wenn unsere Nachbarn wirklich Gefahr von Deutschland besorgen, so haben sie ja von ihrem Standpunkt Recht; aber wir müssen doch mit diesem Verhältniß rechnen.

Dazu kommt nun das stete Anwachsen der Heere um uns. Rußland hat mit gutem Grund schon vor dem Türkenkriege eine erhebliche Erweiterung seiner ohnehin starken Heeresmacht angeordnet und hat diese Organisation nach dem Frieden durchgeführt und beibehalten. Rußland stellt 24 Reserve-Infanterie-Divisionen und 24 Reserve-Artilleriebrigaden neu auf und hat außerdem 152 Infanterie-Regimentern die vierten Bataillone zugeordnet. Die jetzt so aufgeregte russische Presse hat sich damals über diesen Gegenstand sehr schweigsam verhalten, und der ganze Vorgang hat kaum einen Widerhall in der ausländischen Presse gefunden.

Was Frankreich anbelangt, so habe ich allerdings den Artikel in den Preußischen Jahrbüchern nicht gelesen. Ich komme auf Grund der Daten, die mir zu Gebote stehen, zu einem anderen Resultat als der Herr Vorredner. Ich werde nur einige wenige Hauptsummen angeben und Sie mit den Details verschonen.

Im Feldzuge 1870 trat Frankreich uns entgegen mit 8 Armeekorps; gegenwärtig besitzt es deren 19. Damals hatte es 26 Infanterie-Divisionen, jetzt 38; damals 26 Kavallerie-Brigaden, jetzt 37. Die Stärke der französischen Armee in ihrer ersten Aufstellung betrug 336 000 Mann; gegenwärtig kann Frankreich uns nach den Etatszahlen 670 000 Mann entgegenstellen. Die Territorialarmee ist darin nicht eingerechnet.

Ich komme zu dem Resultat, daß Frankreich seit dem Jahre 1874, also in sechs Jahren, seine Armee mehr als verdoppelt hat, und, meine Herren, in dieser selben Zeit oder vielmehr schon seit dem letzten Frieden sind wir ruhig stehen geblieben bei einem Prozent einer antiquirten Volkszählung.

Es kommt sodann in Betracht der hohe Präsenzstand unserer Nachbarn. Frankreich hält nach meiner Berechnung — allerdings wie der Herr Vorredner ganz richtig bemerkt

hat, einschließlich der Gendarmerie, die aber in Frankreich zur Armee zählt — unter den Waffen 497 000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen stärkeren Bevölkerung 401 000 Mann bei der Fahne hat. Das ist eine Differenz von nahe 100 000 Mann. Die russische Friedenspräsenz beträgt das Doppelte der unsrigen, 800 000 Mann.

Für die Kriegsstärken tritt sodann natürlich in Betracht die Zahl der Jahrgänge, welche verfügbar sind, die Dauer der Verpflichtung zum Dienste, und da finden Sie in Frankreich 20 Jahre, in Rußland 15 und bei uns 12. Ja, meine Herren, auf welcher Seite liegt hier eine Drohung, eine Gefährdung des Friedens? Und dabei muthet man uns zu, großmüthig das erste Beispiel der Entwaffnung zu geben!

Hat der deutsche Michel überhaupt jemals das Schwert gezogen, als um sich seiner Haut zu wehren?

Wenn nun unter diesen Umständen die Regierung glaubt, eine mäßige Vermehrung unserer Friedenskadres beantragen zu müssen, können wir uns dagegen verschließen, wenn wir nicht ganz hinter unseren Nachbarn zurückbleiben wollen?

Man hat ja nun statt dessen das Auskunftsmittel der zweijährigen Dienstzeit in Vorschlag gebracht; man verspricht sich davon national-ökonomische und finanzielle Vortheile. Ich weiß nicht recht, wie man sich die Sache denkt. Soll bei der zweijährigen Dienstzeit die jetzige Kopfstärke der Bataillone beibehalten werden, so fällt ja selbstverständlich jede finanzielle Ersparniß fort; im Gegentheil, es würden noch erhebliche Mehrausgaben entstehen für Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung der dann sehr viel zahlreicheren Reserven und Wehrmänner. Ein volkswirthschaftlicher Erfolg ist ebenso wenig abzusehen, denn offenbar kommt es ganz auf dasselbe heraus, ob zwei arbeitsfähige Männer drei Jahre lang oder drei arbeitsfähige Männer zwei Jahre lang der produktiven Thätigkeit entzogen bleiben. — So wird die Sache also wohl nicht gemeint sein, sondern es scheint, man

will einfach einen ganzen Jahrgang streichen, die sämmtlichen Bataillone auf zwei Drittel ihrer Stärke herabsetzen. Ja, dann erzielt man allerdings im Präsenzstande eine finanzielle Ersparniß und verschafft den Dienstpflichtigen eine Erleichterung; aber, meine Herren, dem gegenüber fällt denn doch auch der militärische Effekt der Maßregel in die Wagschale, der, daß quantitativ zwar die Armee unverändert bleibt, qualitativ aber ihr innerer Werth bedeutend herabgesetzt wird.

Meine Herren, unsere Armee steht hinter den Armeen unserer Nachbarn zurück in der Zahl. Sie kann es nur ausgleichen und sie gleicht es aus durch ihre innere Tüchtigkeit. Und daran sollte man nicht rühren.

Die zweijährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke besonders derer, welche nicht selbst dazu berufen sind, in einer möglichst kurzen Zeitfrist aus einem Rekruten einen Soldaten zu machen, d. h. einen Mann, der nicht bloß Parademarsch übt und auf Wache zieht, sondern der in gründlicher Kenntniß seiner komplizirten Waffe und im vollen Vertrauen auf dieselbe unter den schwierigsten Verhältnissen selbständig handeln soll, einen Mann, der gelernt hat, zu gehorchen und zu befehlen, — denn auch der letzte Musketier wird Vorgesetzter, sowie er auf Posten steht oder eine Patrouille führt. Meine Herren, diese Aufgabe ist so leicht nicht, wie es vielleicht am Schreibtische aussieht. Es handelt sich dabei nicht bloß um die technische, ich möchte sagen, handwerksmäßige Abrichtung des Mannes, — damit werden wir allenfalls in 20 Wochen, die hier für Uebungen der Ersatzreserven vorgeschlagen werden, fertig; damit stellen wir ein Material her, welches mit Nutzen in den festen Rahmen der Armee eingereiht werden, aber niemals den Kern der Armee bilden kann. Nein, meine Herren, es handelt sich um weit mehr, es handelt sich um die Ausbildung und Festigung moralischer Eigenschaften, um die militärische Erziehung des Jünglings zum Manne. Das läßt sich nicht einexerziren; es will eingelebt und angewöhnt sein.

Ich nehme Ihre Zeit nicht in Anspruch mit Darlegung der großen Nachtheile, welche aus kleinen Kadres für die Ausbildung der Mannschaft und namentlich ihrer Führer erwachsen. Ich gehe nicht näher ein auf die Schwierigkeiten, die bei sehr schwachen Bataillonen entstehen, bei der plötzlichen Verdreifachung der Mannschaft im Falle der Mobilmachung. Ich will nur beiläufig noch bemerken, daß unsere Nachbarn im Westen, die doch auch ein militärisches Urtheil haben, trotz wiederholter Anforderungen sich nicht dazu haben verstehen können, die Dienstzeit in der französischen Armee herabzusetzen; sie halten drei Jahre, die wir ja nicht erreichen, für nicht ausreichend, um einen Soldaten auszubilden.

Aber, wie man auch darüber denken mag, das werden Sie zugeben, daß es kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt geben könnte als den gegenwärtigen, wollte man wirklich eine so tiefgreifende Maßregel einführen.

Meine Herren, man kann es ja aufrichtig beklagen, daß die eiserne Nothwendigkeit dazu zwingt, der deutschen Nation neue Opfer aufzuerlegen. Freilich nur durch Opfer und harte Arbeit sind wir überhaupt erst wieder eine Nation geworden. Und welche ganz anderen Opfer, als die hier geforderten, eine feindliche Invasion nach sich zieht, das haben die Aeltesten von uns noch selbst erlebt. Schon allein der Kredit des Staates beruht doch zunächst auf der Sicherheit des Staates. Welche Panik würde an der Börse ausbrechen, wie würden alle Besitzverhältnisse erschüttert werden, wenn die Fortdauer des Reiches auch nur angezweifelt werden könnte.

Meine Herren, vergessen wir doch nicht, daß seit dem Verfall der deutschen Kaisermacht Deutschland das Schlachtfeld und das Entscheidungsobjekt für die Hände aller Anderen gewesen ist, daß Schweden, Franzosen und Deutsche Deutschland auf mehr als ein Jahrhundert in eine Wüste verwandelt haben. Auch später noch. Sind nicht die großen Trümmer am Neckar, am

Rhein und tief ins Land hinein bleibende Denkmäler unserer einstigen Schwäche und des Uebermuths unserer Nachbarn?

Wer möchte auch nur die Tage zurückrufen, wo auf das Machtgebot eines fremden Herrschers deutsche Kontingente gegen Deutschland marschiren mußten!

Nein, meine Herren, schützen wir vor Allem die Ehre und die Sicherheit des Reiches, wahren wir die langersehnte, die endlich erreichte Einheit der Nation, fahren wir fort, Frieden zu halten, solange man uns nicht angreift, Frieden zu schützen auch nach außen, soweit unsere Kräfte reichen! Wir werden in diesem Bestreben vielleicht nicht allein stehen, sondern Bundesgenossen finden. Darin liegt dann eine Drohung für Niemand, wohl aber eine Bürgschaft für friedliche Zustände in unserem Welttheil, vorausgesetzt, daß wir stark und gerüstet sind. Mit schwachen Kräften, mit Armeen auf Kündigung läßt sich das Ziel nicht erreichen; nur in der eignen Kraft ruht das Schicksal jeder Nation.

Ich muß die Vorlage der Regierung als eine gerechtfertigte, eine zeitgemäße und eine nothwendige anerkennen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Reichstagssitzung vom 4. Dezember 1886.

Ja, meine Herren, ich möchte Ihnen doch die Vorlage der Regierung recht angelegentlich empfehlen. Man kann es ja beklagen, daß wir genöthigt sind, einen großen Theil der Einnahmen des Reiches, anstatt auf den Ausbau im Innern, für die Sicherung nach außen zu verwenden; das wird aber bedingt durch allgemeine Verhältnisse, die wir abzuändern ganz außer Stande sind. Meine Herren, ganz Europa starrt in Waffen.

Wir mögen uns nach links oder nach rechts wenden, so finden wir unsere Nachbarn in voller Rüstung, in einer Rüstung, die selbst ein reiches Land auf die Dauer schwer nur ertragen kann. Das drängt in Naturnothwendigkeit auf baldige Entscheidungen hin, und ist der Grund, weshalb die Regierung schon vor Ablauf des Septennats eine Verstärkung der Armee verlangt.

Aus den die Regierungsvorlage begleitenden Motiven ersehen Sie, wie sehr wir hinter den Rüstungen der übrigen Großmächte zurückgeblieben sind. Sie ersehen daraus, daß von allen großen Armeen die unsrige noch die mindest kostspielige ist, daß sie weniger als irgend eine andere auf der Gesammtbevölkerung lastet, und daß beispielsweise Frankreich nahezu das Doppelte an seine Armee wendet wie wir. Noch in diesen Tagen sind die sehr erheblichen Anforderungen des französischen Kriegsministers in den Kammern anstandslos bewilligt.

Man hat nun die Richtigkeit dieser Zahlenangaben in Abrede gestellt. Ja, meine Herren, hier im Plenum können wir unmöglich die Rechnung aufmachen; das wird sich in der Kommission finden. Ich halte die Angaben für richtig, denn sie gründen sich auf die besten Nachrichten, die wir haben können.

Man hat uns nun den Rath gegeben, uns mit Frankreich zu verständigen. Ja, das wäre gewiß sehr vernünftig; es wäre ein Segen für beide Nationen und eine Bürgschaft für den Frieden in Europa. Wenn es nun aber nicht geschieht — à qui la faute? Solange die öffentliche Meinung in Frankreich ungestüm die Zurückgabe zweier wesentlich deutscher Provinzen fordert, und während wir fest entschlossen sind, sie niemals herauszugeben, so wird eine Verständigung mit Frankreich kaum möglich sein.

Man hat dann hingewiesen auf unser Verhältniß mit Oesterreich. Dieses Bündniß ist ein sehr werthvolles; aber es ist schon im gewöhnlichen Leben nicht gut, sich auf fremde Hülfe zu verlassen: ein großer Staat existirt nur durch seine eigene Kraft.

Wenn ich recht verstanden habe, so wurde behauptet, daß die Vorlage der Regierung sich nur auf die Friedenspräsenz, nicht auf die Kriegspräsenz, d. h. die Kriegsstärke, bezöge. Meine Herren, die Vorlage fordert allerdings eine Etatserhöhung für gewisse Truppentheile, die, nahe der Grenze, vielleicht berufen sind, gleich im ersten Augenblick des Krieges in Aktion zu treten. Dadurch wird die Kriegsstärke in keiner Weise vermehrt, es vermindert sich nur die Zahl der nachzusendenden Reserven; aber die Vorlage fordert ja ausdrücklich und hauptsächlich die Aufstellung neuer Kadres, und die werden allerdings die Kriegsstärke vermehren. Die Kadres von 31 neuen Bataillonen vermehren die Kriegsstärke um 31000 Mann.

Dann hat man auch wieder die zweijährige Dienstzeit in Anregung gebracht. Ja, meine Herren, ich gehe nicht näher darauf ein; die Sache ist früher gründlich besprochen worden. Bei der gegenwärtigen politischen Lage unser ganzes bisheriges Militärsystem über den Haufen zu werfen und ein neues einzuführen, das würde doch ein bedenkliches Experiment sein.

Zweijährige Dienstzeit haben wir eigentlich schon; da noch eine weitere Herabsetzung herbeizuführen, das würde eine Vermehrung der Ziffer und eine Verschlechterung der Qualität sein, und damit ist uns nicht gedient. Im Gegentheil, unsere beste Sicherung beruht eben in der Vorzüglichkeit unserer Armee.

Es ist dann mit vollem Recht auch die finanzielle Seite der Frage in Betracht gezogen. Ja, meine Herren, ich verkenne gewiß nicht die große Wichtigkeit einer guten Finanzlage — nicht eigentlich im Kriege; da, wo es sich um Kämpfe und Entscheidungen handelt, wo nach dem Ausspruch des deutschen Landsknechts „Patronenhülsen die gangbarsten Papiere sein werden", da, meine Herren, hört die Rücksicht auf die Finanzlage auf; aber außerordentlich wichtig ist sie für die Vorbereitung zum Kriege, für gute Ausrüstung der Truppen, für Anlage von Befestigungen, für zweckmäßig geführte Eisenbahnen.

Ein unglücklicher Krieg zerstört auch die beste Finanzwirthschaft; die Finanz muß eben durch die Armee gesichert sein.

Meine Herren, ich glaube, daß wir durch eine Reihe von Jahren schon uns haben davon überzeugen können, daß wir eine umsichtige, redliche und sparsame Armeeverwaltung haben. Auch die jetzt in Rede stehende Vorlage ist wesentlich durch Rücksichten auf Sparsamkeit bestimmt. Man hat darauf verzichtet, schon im Frieden, wie dies außerordentlich wünschenswerth wäre, alle unsere Geschütze bespannt zu haben, wie das bei unseren Nachbarn der Fall ist. Die Vermehrung bezieht sich wesentlich auf die Infanterie, als die mindest kostspielige Waffe. Die Hälfte der neu aufzustellenden Bataillone wird bereits bestehenden Regimentern angeschlossen, um die Stäbe für Regimenter zu sparen. Kurz, meine Herren, es ist nicht das militärisch absolut Wünschenswertheste, sondern das finanziell Erreichbare dabei ins Auge gefaßt worden.

Und dann, meine Herren, diese Forderung, die an das Land gestellt wird — sie wird gestellt, um den bisher mühsam aufrecht erhaltenen Frieden in Europa, wenn es möglich ist, auch ferner noch zu sichern. Ich meine, wenn wir diese Vorlage ablehnen, so involvirt das eine sehr ernste Verantwortlichkeit, vielleicht für das Elend einer feindlichen Invasion, eine Verantwortung, die, von hundert Schultern getragen, dennoch für jeden Einzelnen schwer genug wiegen muß. Durch große Opfer haben wir erreicht, was alle Deutschen seit so viel Jahren ersehnt haben: wir haben das Reich, wir haben die Einheit Deutschlands. Möchten wir auch die Einigkeit der Deutschen in einer solchen Frage haben, wie sie hier vorliegt. Die ganze Welt weiß, daß wir keine Eroberungen beabsichtigen. Mag sie aber auch wissen, daß wir das, was wir haben, erhalten wollen, daß wir dazu entschlossen und gewappnet sind.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Reichstagssitzung vom 11. Januar 1887.

Niemand von uns täuscht sich wohl über den Ernst der Zeit, in welcher wir uns befinden. Alle größeren europäischen Regierungen treffen eifrigst Vorkehrungen, um einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Alle Welt fragt sich: Werden wir den Krieg bekommen? Nun, meine Herren, ich glaube, daß kein Staatslenker freiwillig die ungeheuere Verantwortung auf sich nehmen wird, die Brandfackel in den Zündstoff zu werfen, welcher mehr oder weniger in allen Ländern angehäuft ist.

Starke Regierungen sind eine Bürgschaft für Frieden. Aber die Volksleidenschaften, der Ehrgeiz der Parteiführer, die durch Schrift und Wort mißgeleitete öffentliche Meinung, das Alles, meine Herren, sind Elemente, welche stärker werden können als der Wille der Regierenden; haben wir doch erlebt, daß selbst Börseninteressen Kriege entzündeten.

Wenn nun in dieser politischer Spannung irgend ein Staat in der Lage ist, für die Fortdauer des Friedens zu wirken, so ist es Deutschland, welches nicht direkt an den Fragen betheiligt ist, welche die übrigen Mächte aufregen; Deutschland, welches seit dem Bestehen des Reiches gezeigt hat, daß es keinen seiner Nachbarn angreifen will, wenn es nicht von ihm selbst dazu gezwungen wird.

Aber, meine Herren, um diese schwierige, vielleicht undankbare Vermittlerrolle durchzuführen, muß Deutschland stark und kriegsgerüstet sein. Werden wir dann gegen unsern Willen in den Krieg verwickelt, so haben wir auch die Mittel, ihn zu führen. Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, meine Herren, dann, glaube ich, haben wir den Krieg ganz sicher.

Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses

keine ist, welche ungeachtet mancher verschiedenen Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern wird, welche sie nach gewissenhafter Erwägung von uns für die Vertheidigung nach außen fordert; nur über die Zeitdauer der Bewilligung sind die Ansichten sehr abweichend voneinander. Da möchte ich nun nochmals daran erinnern, daß die Armee niemals ein Provisorium sein kann. Die Armee ist die vornehmste aller Institutionen in jedem Lande; denn sie allein ermöglicht das Bestehen aller übrigen Einrichtungen: alle politische und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, die Finanzen, der Staat stehen und fallen mit dem Heere. Meine Herren, Bewilligungen auf kurze Frist, sei es auf ein, sei es auf drei Jahre, helfen uns nicht. Die Grundlage jeder tüchtigen militärischen Organisation beruht auf Dauer und Stabilität; neue Kadres werden erst wirksam im Verlauf einer Reihe von Jahren.

Meine Herren, ich glaube, ich darf sagen, daß heute die Augen Europas auf diese Versammlung gerichtet sind, auf die Beschlüsse, welche Sie in einer so hochwichtigen Angelegenheit fassen werden. Ich wende mich an Ihren patriotischen Sinn, wenn ich Sie bitte, die Regierungsvorlage unverkürzt und unverändert anzunehmen. Zeigen Sie der Welt, daß das Volk und die Regierung einig sind, und daß Sie, meine Herren, bereit sind, jedes Opfer, auch das Opfer einer abweichenden Ansicht zu bringen, wenn es sich um die Sicherung des Vaterlandes handelt!

Auf die vorstehende Rede kommt Moltke bei der fortgesetzten Berathung des Militärgesetzes in der Reichstagssitzung vom 13. Januar 1887 zurück.

Nur eine kurze Bemerkung. Es scheint, daß die wenigen Worte, welche ich in der Sitzung vom 11. Januar gesprochen

habe, eine verschiedene Auffassung gefunden haben. Ich habe meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß keine von den größeren Parteien hier im Hause der Regierung verweigern will, was sie zur Vertheidigung des Landes als nöthig verlangt, und daß sonach nur noch die Zeitfrage in Betracht komme. Diese Aeußerung gründet sich auf die Erklärung des Führers der zahlreichsten Partei im Hause, welcher erklärte, daß diese Partei bereit sei, den letzten Mann und Groschen zu bewilligen. Dann aber habe ich, nach Ausweis des stenographischen Berichts, sogleich hinzugefügt, daß die Bewilligung auf kurze Zeit, auf ein, auf drei Jahre uns nichts nützt, daß neue Formationen erst im langen Laufe der Jahre wirksam werden, daß die Stabilität und Dauer die Grundlage aller militärischen Organisationen bilde. Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß ich der Ansicht bin, daß mindestens eine siebenjährige Dauer nothwendig ist.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Reichstagssitzung vom 14. Mai 1890.

Es kann Befremden erregt haben, daß neue und erhebliche Opfer für militärische Zwecke gefordert werden, eben jetzt, wo anscheinend der politische Horizont freier ist von drohenden Wolken als selbst noch kurz zuvor, und wo wir von allen auswärtigen Mächten die bestimmte Versicherung ihrer friedlichen Absichten haben. Dennoch wollen Sie mir gestatten, mit wenigen Worten auf den Grad von Sicherheit hinzuweisen, welche für uns aus diesen Umständen hervorgehen kann.

Noch unlängst, meine Herren, ist von jener Seite des Hauses, allerdings von der äußersten Linken, wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß alle unsere militärischen

Vorkehrungen nur im Interesse der besitzenden Klasse erfolgen, und daß es die Fürsten sind, welche die Kriege hervorrufen; ohne sie würden die Völker in Frieden und Freundschaft nebeneinander wohnen. Was nun vorweg die besitzende Klasse betrifft, — und das ist jedoch eine sehr große, sie umfaßt in gewissem Sinne nahezu die ganze Nation, denn wer hätte nicht etwas zu verlieren? — die besitzende Klasse hat ja allerdings ein Interesse an allen Einrichtungen, welche Jedem seinen Besitz gewährleisten. Aber, meine Herren, die Fürsten und überhaupt die Regierungen sind es wirklich nicht, welche in unseren Tagen die Kriege herbeiführen. Die Zeit der Kabinetskriege liegt hinter uns, — wir haben jetzt nur noch den Volkskrieg, und einen solchen mit allen seinen unabsehbaren Folgen heraufzubeschwören, dazu wird eine irgend besonnene Regierung sich sehr schwer entschließen. Nein, meine Herren, die Elemente, welche den Frieden bedrohen, liegen bei den Völkern. Das sind im Innern die Begehrlichkeit der vom Schicksal minder begünstigten Klassen und ihre zeitweisen Versuche, durch gewaltsame Maßregeln schnell eine Besserung ihrer Lage zu erreichen, eine Besserung, die nur durch organische Gesetze und auf dem allerdings langsamen und mühevollen Wege der Arbeit herbeigeführt werden kann. Von außerhalb sind es gewisse Nationalitäts- und Rassenbestrebungen, überall die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden. Das kann jederzeit den Ausbruch eines Krieges herbeiführen, ohne den Willen der Regierungen und auch gegen ihren Willen; denn, meine Herren, eine Regierung, welche nicht stark genug ist, um den Volksleidenschaften und den Parteibestrebungen entgegenzutreten, — eine schwache Regierung ist eine dauernde Kriegsgefahr. Ich glaube, daß man den Werth und den Segen einer starken Regierung nicht hoch genug anschlagen kann. Nur eine starke Regierung kann heilsame Reformen durchführen, nur eine starke Regierung kann den Frieden verbürgen.

Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, — wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, — und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!

Nun, meine Herren, wo es sich um so große Dinge handelt, wo es sich handelt um, was wir mit schweren Opfern erreicht haben, um den Bestand des Reiches, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung und der Civilisation, jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben, da kann allerdings die Geldfrage erst in zweiter Linie in Betracht kommen, da erscheint jedes pekuniäre Opfer im voraus gerechtfertigt.

Es ist ja richtig, was hier mehrfach betont worden, daß der Krieg selbst Geld und abermals Geld fordert, und daß wir unsere Finanzen nicht vor der Zeit zu Grunde richten sollen. Ja, meine Herren, hätten wir die sehr großen Ausgaben nicht gemacht für militärische Zwecke, für welche der Patriotismus dieses Hauses und der Nation die Mittel gewährt hat, so würden allerdings unsere Finanzen heute sehr viel günstiger liegen, als es gegenwärtig der Fall ist. Aber, meine Herren, die glänzendste Finanzlage hätte nicht verhindert, daß wir bei mangelnden Widerstandsmitteln heute am Tage den Feind im Lande hätten; denn lange schon und auch jetzt noch ist es nur das Schwert, welches die Schwerter in der Scheide zurückhält. Der Feind im Lande — nun, wir haben das zu Anfang des

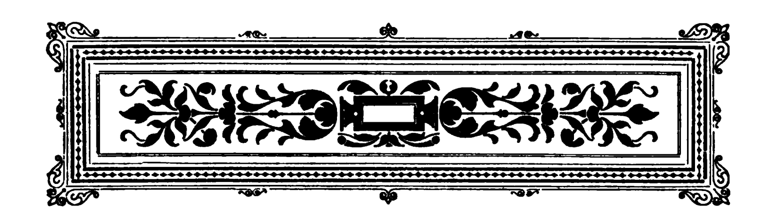
Jahrhunderts sechs Jahre lang getragen, und Kaiser Napoleon konnte sich rühmen, aus dem damals kleinen und armen Lande eine Milliarde herausgepreßt zu haben — der Feind im Lande würde nicht viel fragen, ob Reichsbank oder Privatbank. Sahen wir doch im Jahre 1813, als er schon im vollen Abzuge war, wie in Hamburg — damals eine französische Stadt — ein französischer Marschall zum Abschied die Hamburger Bank in die Tasche steckte. Der Feind im Lande würde schnell mit unseren Finanzen aufräumen. Nur ein waffenstarkes Deutschland hat es möglich machen können, mit seinen Verbündeten den Bruch des Friedens so lange Jahre hindurch hinzuhalten.

Meine Herren, je besser unsere Streitmacht zu Wasser und zu Lande organisirt ist, je vollständiger ausgerüstet, je bereiter für den Krieg, um so eher dürfen wir hoffen, vielleicht den Frieden noch länger zu bewahren oder aber den unvermeidlichen Kampf mit Ehren und Erfolg zu bestehen.

Meine Herren, alle Regierungen, jede in ihrem Lande, stehen Aufgaben von der höchsten sozialen Wichtigkeit gegenüber, Lebensfragen, welche der Krieg hinausschieben, aber niemals lösen kann. Ich glaube, daß alle Regierungen aufrichtig bemüht sind, den Frieden zu halten — es fragt sich nur, ob sie stark genug sein werden, um es zu können. Ich glaube, daß in allen Ländern die bei Weitem überwiegende Masse der Bevölkerung den Frieden will, nur daß nicht sie, sondern die Parteien die Entscheidung haben, welche sich an ihre Spitze gestellt haben.

Meine Herren, die friedlichen Versicherungen unserer beiden Nachbarn in Ost und West — während übrigens ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten — diese friedlichen und alle übrigen Kundgebungen sind gewiß sehr werthvoll; aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst.





Sach-Register.

A.

Abschied, Neigung ihn zu erbitten, 1848, IV 119, 1864, VI 425.
Abel, der, in Polen, II 66 flgde.
— — der preußische, verarmt im Staatsdienst, VII 83.
Albert, Kronprinz von Sachsen, Oberkommandirender der Maas-Armee, III 64.
— — in der Schlacht bei Beaumont, III 77 flgde.
— — in der Schlacht bei Sedan, III 87 flgde.
— — in der Schlacht bei Villers, III 206 flgde.
— — Brief an ihn, V 139.
Alexander II., Kaiser von Rußland, sein Tod, V 70.
Alsen, Schilderung des Ueberganges nach, am 29. Juni 1864, VI 402.
v. Alvensleben (III. Armee-Korps), preußischer General, in der Schlacht bei Spicheren, III 20 flgde.
— — in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 35 flgde.
— — in der Schlacht bei Beaune la Rolande, III 194 flgde.
— — bei Le Mans, III 269 flgde.
Amazone, preußische Korvette, Reise auf ihr von Civita vecchia nach Gibraltar 1846, I 196 flgde., VI 116 flgde.
Amiens, Schlacht bei, 27. November 1870, III 217 flgde.
Amsterdam, als Mittelpunkt des Welthandels, II 22.
Antwerpen, Erstürmung und Plünderung 1577, II 13, II 19.
— — 1584/85 durch Alexander von Parma belagert, II 21.
Antwerpens Blüthe, II 17.
Araber, die, in Spanien, I 201 flgde.
Arbeit, schriftliche, I 249, V 277; Denkarbeit, V 278.

Armee, die, die große Erziehungsanstalt der Nation, V 186.
— — die, soll nicht ins politische Treiben gezogen werden, VII 51 flgde.
— — die, hat die Milliarden erobert, VII 68.
— — eine starke, sichert den Frieden, VII 93, 131.
— — preußische, ihre Tüchtigkeit 1850, IV 149.
— — deutsche, 1870/71, Vorbereitungen zum Kriege und erste Formation, III 6 flgde.
— — deutsche, 1870, ihre Neueintheilung am 19. August 1870, III 64.
— — deutsche, 1870, der Entschluß zum Rechtsabmarsch am 25. August, III 71.
— — deutsche, 1870, Neueintheilung nach der Kapitulation von Metz, III 164.
— — deutsche, ihr Rückmarsch aus Frankreich 1871, III 409 flgde.
— — I. und II. deutsche, 1870, Vormarsch bis Mitte November, III 176 flgde.
— — I. deutsche, 1870, ihre Operationen im Dezember, III 252 flgde.; im Januar 1871, III 304 flgde.
— — II. deutsche, Vormarsch bis Mitte November 1870, III 176 flgde.
— — II. deutsche, im November 1870, III 188.
— — II. deutsche, im Dezember 1870, III 244.
— — II. deutsche, ihr Zug nach Le Mans Januar 1871, III 269.
— — III. deutsche und Maas-Armee im Vormarsch auf Paris, September 1870, III 118 flgde.
— — deutsche Süd-, ihre Operationen im Januar 1871, III 368 flgde.
— — -Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin 1870, ihre Formation, III 185.
— — die französische, bei Ausbruch des Krieges 1870/71, III 2 flgde.
— — die französische, 1870, die Armee von Châlons vom 18. August bis 1. September, III 65 flgde.
— — die französische Loire-, 1870, ihr Vormarsch zum Entsatz von Paris Anfang Dezember, III 196 flgde.
— — die französische Ost-, 1870/71, Organisation und Abmarsch nach dem Osten, III 265 flgde.; 330 flgde.;
ihr Rückzug, III 369 flgde;
ihr Uebertritt auf Schweizer Gebiet, III 391 flgde.
— — die französische, ihre Stärke 1874, VII 110 flgde.;
der Liebling der Nation, VII 123 flgde.;
ihre Stärke 1880, VII 127.
— — die türkische, ihr Zustand 1841, II 304; 1854, IV 153.
Armenier, Begegnung mit einem, auf der Reise 1840, V 1 flgde.
Armenische Lebensweise 1836, IV 89 flgde.
Artenay, Gefecht bei, 10. Oktober 1870, III 143 flgde.
Audienz bei König Friedrich Wilhelm IV. 1855, VI 207.

Aufnahme, topographische, in Schlesien 1828, IV 17 flgde.
— — topographische, in Posen 1829, IV 33 flgde.
— — die, des Bosporus und von Konstantinopel 1836, I 23, IV 99.
— — die, der Umgebung von Rom 1846, I 25, 183 flgde., IV 273.
August II., Kurfürst von Sachsen, als König von Polen, II 109.
August III., Kurfürst von Sachsen, als König von Polen, II 110.
Augusta, deutsche Kaiserin und Königin von Preußen, ihr Trost für den Verwittweten, I 158.
— — beim Tode Kaiser Wilhelms I., V 73.
— — bei der Trauung des Prinzen Heinrich, IV 319.
— — ihr Tod, V 127.
d'Aurelle de Paladines, französischer General und Oberbefehlshaber der Loire-Armee 1870, III 195 flgde.
d'Austria, Don Juan, als Oberstatthalter der Niederlande, II 13.
Mont Avron, Beschießung des, 27. Dezember 1870, III 264.

B.

Ballhorn, Fräulein Marie, Nichte des Feldmarschalls, Erinnerungen an ihn, V 227—232.
Balmoral und Umgegend, VI 229.
— — Vorstellung am englischen Hofe zu, 1855, VI 232.
Bancroft, George, Historiker, Briefwechsel mit ihm, V 216 flgde.
— — über das Milizsystem nach Washingtons Erfahrungen, VII 112 flgde.
Bapaume, Schlacht bei, 3. Januar 1871, III 306 flgde.
Basel, Friede zu, 1795, ein Vorwurf für Preußen, II 211.
Bauernstand in Preußisch-Polen, Gründung eines freien, II 155.
Baumann, Pastor, Sekretär des Evangelischen Bundes, Brief an ihn, V 183.
Baustil, sarazenischer, in Südspanien, I 202 flgde.
— — durch die örtlichen Verhältnisse bedingt, IV 294 flgde.
Bazaine, französischer Marschall, Ernennung zum Oberbefehlshaber, III 30;
— — seine Entschlüsse am 16. August 1870, III 37 flgde;
— — seine Pläne und Absichten während der Einschließung von Metz, III 102 flgde.
Beatrice, Prinzeß von Großbritannien, ihre Taufe 1857, VI 305.
Beaugency—Cravant, Schlacht bei, am 8., 9. und 10. Dezember 1870, III 235 flgde.
Beaumont, Schlacht bei, am 30. August 1871, III 76 flgde.
Beaune la Rolande, Schlacht bei, am 28. November 1870, III 191 flgde.

Befreiungskriege, die, und ihre Folgen, II 219.
Belfort, Einschließung und Belagerung 1870/71, III 222; 326 flgde.; 396 flgde.
Belgien, die politische Lage im Herbst 1830, IV 48.
— — und Holland in gegenseitiger Beziehung, Arbeit an dieser Schrift 1830, IV 48 flgde.; ihr Erscheinen 1831, IV 51; ihr Absatz 1831, IV 54.
Belgiens Vereinigung mit Frankreich 1793, II 53.
Bellevue, Ausfall gegen, vor Metz, 7. Oktober 1870, III 160.
Beredsamkeit, V 218, 291.
Berlin, Wohnung 1829, IV 38.
— — Gefühl der Einsamkeit in der Großstadt 1830, IV 38.
— — das Museum 1831, IV 243 flgde.
— — Wohnung am Leipziger Platz 1840, IV 110.
— — Freundeskreis 1841, VI 39.
— — Versetzung nach, 1848, VI 161.
— — unerträglich 1848, IV 124.
— — im Jahre 1854, VI 198.
— — das neue Museum 1854, VI 199.
— — Entwicklung der Stadt 1855, IV 159, 282 flgde.
— — Wohnung in der Schöneberger Straße 1855, IV 159.
— — sein verändertes Aussehen 1856, IV 287.
— — Einzugsfeierlichkeiten 1871, V 98.
— — Moltke als Reichstagsabgeordneter nicht gewählt, IV 184.
— — Opernhaus, Redoute im, 1842, VI 65.
— — — Brand 1843, VI 79.
— — — 100jährige Geburtstagsfeier, VI 45.
Berufswahl, Militär- oder Civilkarriere? V 114 flgde.
Bethusy-Huc, Graf v., auf Bankau, Erinnerungen an den Feldmarschall, V 294 flgde.
— — Graf Eduard, aus Briefen an ihn, V 162 flgde.
Betrachtungen über die Welt, VI 8.
Biographien von Lebenden nur Lobpreisungen, V 223.
Bismarck, Fürst, Ne sutor ultra crepidam, V 267.
— — die Cigarre von Königgrätz, III 423.
v. Blume, General: vom Generalstabe des großen Hauptquartiers im Kriege 1870/71, V 279—286.
Blumenfreund, VI 32.
Bluntschli, Professor, Briefwechsel mit ihm über Krieg und Völkerrecht, V 193 flgde.
Borgen, über das, nach Polonius, V 120.
v. Bose, preußischer General, in der Schlacht bei Wörth, III 16 flgde.
Bosporus, am, 1835, IV 86 flgde.

Bosporus, am 1836, IV 89 flgde.
— — Aufnahme der Ufer 1836, IV 98 flgde.
Boulanger, im April 1887, V 124.
Bourbaki, französischer General, seine Verhandlungen mit der Kaiserin Eugenie in London, III 157.
— — Oberbefehlshaber der Ostarmee 1870/71, III 265 flgde., 326 flgde.
— — in der Schlacht an der Lisaine, III 339 flgde.
— — sein Selbstmordversuch, III 383.
Le Bourget, Erstürmung von, 30. Oktober 1870, III 154 flgde.
— — Kampf um, am 21. Dezember 1870, III 260 flgde.
Bravste der Braven, der, V 276.
Braunschweig, Herzog von, als Führer der preußischen Expedition 1787 in den Niederlanden, II 41.
Braut, die und ihr Tagewerk, VI 5.
— — ihr Bildniß, VI 41.
v. Bredow, preußischer General, Attacke mit der 12. Kavalleriebrigade in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 40.
Breisach, Einnahme von, 10. November 1870, III 173.
Breslau, Aufenthalt in, 1857, VI 280.
Briese, Schloß des Grafen Kospoth, und seine Bewohner, 1828, IV 22 flgde., 231 flgde.
— — ein Sonnenblick an einem finstern Tage, IV 25.
— — Besuch 1835, IV 82.
— — Erinnerung an, V 252 flgde.
Brüssel, Volksaufläufe in, 1791, II 51.
Bukarest, Aufenthalt in, 1845, I 135 flgde.
v. Burt, Henry, Major, Sohn von Auguste v. Moltke, Erinnerungen an den Feldmarschall, V 232—238. Briefe an ihn, VI 387 flgde., VI 521 flgde.
Burt, John, H., Vater der Gemahlin, sein Tod 1856, VI 275

C.

Cadix, Aufenthalt in, 1846, VI 124.
Campagna, die, di Roma im Alterthum, I 169.
— — im Mittelalter und in neuerer Zeit, I 170 flgde.
— — ihre Aufnahme, I 184 flgde.
— — Karte der Aufnahme, IV 273, 280 flgde., 285.
— — literarischer Wegweiser zur Karte, IV 280, 282 flgde.
Capri und die blaue Grotte 1876, V 56 flgde.
Carl, Prinz von Preußen, als kommandirender General des IV. Armeekorps, IV 110.

Canrobert, französischer Marschall, in der Schlacht bei St. Privat, III 61.
Casimir der Große und seine die polnischen Bauern betreffenden Verfügungen, II 92.
Chanzy, französischer General, Oberbefehlshaber der Loire-Armee 1870/71, III 234.
— — in der Schlacht bei Beaugency—Cravant, III 235 flgde.
— — sein Plan zum Entsatz von Paris, III 267.
— — bei Le Mans, III 269 flgde.
Charakter, eigener, und der Braut, VI 57.
Châteaudun, Erstürmung von, 18. Oktober 1870, III 149 flgde.
Chef des Generalstabes der Armee und Kriegsminister, ihre Wirkungskreise im Kriege und im Frieden, III 423.
— — Ernennung zum, des Generalstabes der Armee 1858, VI 365.
— — des Generalstabes der mobilen Armee 1864, VI 394 flgde.
— — des Generalstabes der Armee, sein Vortrag beim Könige während der Kriege 1866 und 1870/71, III 428, V 282, 298.
Civita vecchia, in, Trennung von der Frau 1846, VI 116, 117.
Claremont, Besuch in, bei der französischen Königsfamilie 1857, VI 309.
Clinchant, französischer General, Oberbefehlshaber der Südarmee 1871, III 383 flgde.
Colombey—Nouilly, Schlacht bei, 14. August 1870, III 30 flgde.
Cordova, Aufenthalt in, 1846, I 211 flgde.
Coriolan und seine That, I 181 flgde.
Corvey, Abtei und ihre Lage, VI 23.
Coulmiers, Treffen bei, 9. November 1870, III 180.
Creisau, Ankauf von, I 225.
— — Ankauf und erste Eindrücke, V 79 flgde.
— — der Familie gewonnen, V 89.
— — Freude an, IV 311 flgde.
— — Stillleben in, I 223—259.
— — erste Ernte in, IV 188 flgde.
— — die Gruftkapelle, I 231, IV 188 flgde.
— — — Sehnsucht nach, und dem Kapellenberge 1870, IV 203.
— — nach dem Kriege 1871, I 237.
— — Forellenzucht in, I 241 flgde.
— — Parkanlagen in, I 245 flgde.

D.

Dänemark und seine übertriebenen Ansprüche 1864, IV 298 flgde.
Danzig, einzige Handelsstadt Polens, II 98.
— — und seine Bauwerke 1860, VI 369.

Darstellung der inneren Verhältnisse und des gesellschaftlichen Zustandes in Polen (Aufsatz), II 61—170.
Deklamation, Begabung für, I 249, V 246.
Demobilmachung der Armee 1851, VI 191.
Demokratie 1848/49, IV 275.
Denkmal in Parchim, seine Enthüllung 1876, IV 308 flgde.
Dessau, in, mit dem mobilen Generalkommando des IV. Armeekorps 1850, VI 181.
Deutsche, der, besitzt schwaches Nationalgefühl, VII 17.
— — Einheit, durch Kaiser Wilhelm, Roon und Bismarck erkämpft, V 206.
— — Küsten, ihre Bereisung mit der Bundeskommission 1860, VI 370 flgde.
— — Nation, ihre Kläglichkeit 1851, IV 149.
Deutschen, die, als Herren der Welt am Schlusse der Völkerwanderung, II 179.
— — die, und deren Betheiligung an der französischen Revolution, II 209.
Deutscher Orden, seine Thätigkeit in Preußen, IV 157 flgde.
— — seine Bedeutung, VI 366.
Deutschland, Trennung von Frankreich unter den Karolingern, II 178.
— — politische Grenze im 13. Jahrhundert, II 180.
— — Zerrüttung nach dem 30jährigen Kriege, II 187.
— — und seine Entartung durch französischen Einfluß, II 200.
— — von der Einigkeit 1848 weit entfernt, IV 121.
— — Möglichkeit eines einigen, (Ende März 1848), VI 159.
— — seine Lage 1854, IV 153.
— — seine Lage am Schlusse des italienischen Krieges 1859, IV 163 flgde.
— — nach dem Kriege 1866, IV 183.
— — seine Lage vor Beginn des Krieges 1870/71, III 5 flgde.
— — seine Einigkeit von Preußen nur durch Zwang hergestellt, VII 13.
— — das geeinte, die sicherste Friedensbürgschaft, V 217.
— — hat nur an Achtung, nicht an Liebe gewonnen, VII 109.
— — ein starkes, die sicherste Friedensbürgschaft, V 217.
— — ein starkes, der beste Friedenshort, VII 49 flgde., VII 117 flgde.
— — seine nationale Eintracht als Schutz nach außen, II 227.
— — will keine Eroberungen machen, VII 16.
— — ein Emporkömmling in der europäischen Staatenfamilie, V 210.
— — durch seine geographische Lage militärisch gefährdet, VII 126.
— — und Frankreich nach 1815, II 221 flgde.
— — und Frankreich 1877, VII 120 flgde.
— — und Frankreich, ihre Aussöhnung, V 213.
— — und seine germanischen Nachbarn (Aufsatz), II 46.
— — und Palästin. 1841, II 279—288.

Dichtkunst, Versuche in der, I 250 flgde., IV 25, 233, 241.
Diedenhofen, Einnahme von, 24. November 1870, III 221.
Dienstzeit, zweijährige oder dreijährige, VII 96 flgde., 118, 125 flgde., 133.
Dietrich, Ammeister in Straßburg, ein deutscher Patriot, II 194.
Dijon, Gefechte bei, 21. und 23. Januar 1871, III 373 flgde.
Disziplin, die Seele der Armee, VII 69 flgde.
Divisionsschule, Lehrer an der, 1828, IV 13, 17.
Doberan, in, mit Prinz Carl 1845, VI 74.
v. Doering, preußischer General, sein Tod in der Schlacht bei Vionville, III 36.
Donau, ihre geographische und politische Wichtigkeit, II 315.
— — Lauf und Mündung, II 314—320.
— — Dampferfahrt auf der, 1835, I 105 flgde.
— — das eiserne Thor, I 120 flgde.
— — Reste römischer Bauten an der, I 121 flgde.
— — die Brücke und die Tafel des Trajan, I 129 flgde.
Donau-Dampfschifffahrt 1844, II 316.
Donaukanal in der Richtung des Trajanswalles, Schwierigkeiten seiner Anlage 1844, II 317.
Douay (Abel), französischer General, fällt bei Weißenburg, III 13.
Drawing-Room im St. James-Palast 1856, VI 252.
Drummond und seine Schrift: das Beste in der Welt, VI 539.
Ducrot, französischer General, Oberbefehlshaber in der Schlacht bei Sedan, III 88.
— — Befehlshaber der II. Pariser Armee 1870/71, III 203.
— — in der Schlacht bei Villers, III 206 flgde.
Düppeler Schanzen, die Nachricht von ihrer Erstürmung in Berlin, VI 392.

E.

Edikt, das ewige, II 13/14;
das preußische, vom 14./9. 1811, II 153.
Edinburgh, Aufenthalt in, 1855, VI 227.
Graf v. Egloffstein, Briefwechsel mit ihm, V 214 flgde.
Ehe, über die, IV 62, 63.
Ehrenbürgerrecht in verschiedenen Städten, I 328.
Einheitszeit, ihre Vortheile, VII 38 flgde.
Eisenbahn, im Verwaltungsrath der Berlin-Hamburger, IV 255; VI 11, 13.
— — Möglichkeit einer, in der Richtung des Trajanswalles 1844, II 319.

Eisenbahnen, Welche Rücksichten kommen bei der Wahl der Richtung von, in Betracht? (Aufsatz), II 229—274.
— — Anlage und Bau von, II 237.
— — Berücksichtigung des Terrains bei Anlage von, II 253.
— — Bau= und Betriebskosten der, II 261.
— — Anlage der Kurven bei den, II 263.
— — ihre Nothwendigkeit 1843, II 274.
— — ihr Nutzen, II 235.
— — Personen= und Güterverkehr, II 257.
— — über ihre Steigungsverhältnisse, V 147 flgde.
— — in Deutschland 1843, II 273.
— — in England 1843, II. 273.
— — und Mobilmachung, VII 33 flgde.
— — ihre Verstaatlichung wünschenswerth im militärischen Interesse, VII 36 flgde.
Eisenbahnlinien, Richtung der, II 269.
Eisenbahnwagen, Konstruktion der, II 238.
Elsaß, das, als Beute Frankreichs, II 187.
England, Reise nach, 1855, VI 222 flgde.
— — Reise nach, 1856, VI 239 flgde.
— — Reise nach, im Juni 1857, VI 295 flgde.
— — Reise nach, 1858, zur Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm VI, 353 flgde.
Engländer, ihre Selbstzucht und Ordnungsliebe, VI 324.
Englische Hof, der, VI 229.
Enttäuschungen des jungen Autors, II 3, 4.
Epsom, die Rennen von, VI 249 flgde.
Erfurt und seine Umgebung 1843, VI 88.
Erziehung zur Wehrhaftigkeit, über, V 184; durch körperliche Entwickelung, V 186.
— — strenge und falsche in der eigenen Jugendzeit, I 21, IV 237, V 232 flgde.

F.

Faidherbe, französischer General und Oberkommandirender der Nordarmee im Kampfe gegen die I. deutsche Armee 1870/71, III 215 flgde., 252 flgde., 304 flgde.
— — in der Schlacht bei St. Quentin, III 317 flgde.
Favre, Jules, Verhandlungen mit ihm im September 1870, III 127 flgde.
— — französischer General, in der Schlacht bei Amiens, III 217.
Feldzugsplan, französischer, 1870, III 3 flgde.
La Fère, Einnahme von, 27. November 1870, III 221.

Fidenae, seine Lage und Eroberung durch die Römer, I 172—178.
Fischbach, 1846 Besuch beim Prinzen Wilhelm, Oheim König Friedrich Wilhelms IV., VI 113.
Fischer, preußischer General, sein Kommando nach der Türkei, V 140 flgde.
— — Briefe an ihn, V 143—155.
— — aus Briefen von Vincke an ihn, V 156—160.
— — sein Tod 1857, VI 289.
Flattery, über, IV 239.
Flensburg, im Hauptquartier zu, Februar 1864, VI 386 flgde., 422 flgde.
Fossa Cluilia, Lage und Zweck, I 178—183.
v. François, preußischer General, sein Tod in der Schlacht bei Spicheren, III 22.
Frankfurt a. M., in, 1863 zu den Berathungen der Kommission über Ausführung der Bundesexekution gegen Dänemark, VI 384 flgde.
Frankreich, das westliche, in der Gewalt der Muhammedaner, II 178.
— — im Kampfe mit Italien im 16. Jahrhundert, II 184.
— — Einmischung in die deutsche Reformation, II 184.
— — im dreißigjährigen Kriege, II 186.
— — Umgestaltung unter Ludwig XIV., II 188.
— — und die den Deutschen entrissenen Länder, II 199.
— — Eroberungspolitik während der Revolution, II 210.
— — Kriegsgelüste 1830, II 224.
— — und seine Ansprüche an die Rheingrenze, II 124, 175.
— — seine politische Lage im Herbst 1830, IV 47.
— — im Frühjahr 1850, IV 140.
— — la France s'ennuye! 1868, V 87.
— — seine Lage im Herbst 1870, IV 204 flgde.
— — die Energie seiner Rüstungen seit 1871, VII 122 flgde.
Franz II., König von Neapel, Begegnung mit ihm 1872, V 46.
Französische Moden in Deutschland, II 201.
Franzosen, Alleinherrschaft ihrer Bildung, II 206.
Frasne, Gefecht bei, am 30. Januar 1871, III 389.
Frauen, über politische Meinungen der, VI 173.
Fremdsprachen, Studium der, IV 29.
— — die englische und deutsche Sprache miteinander verglichen, IV 247.
— — Schwierigkeit des Uebersetzens aus dem Englischen, IV 252.
Freycinet, französischer Kriegsdelegirter, III 113.
— — sein Plan zur Verwendung der Ostarmee, III 330 flgde.
Fridericia, Ausfall aus, 1849, IV 131 flgde.
Friede, der ewige, ein Traum, V 194.
— — allgemeiner europäischer, nicht unmöglich (1841), II 286.
Friedland, Schloß in Böhmen, Besuch, IV 80 flgde.

Friedrich II., König von Preußen und seine Stellung zum Franzosenthum, II 204.
Friedrich III., Deutscher Kaiser, König von Preußen, seine Liebenswürdigkeit, IV 158.
— — Kommando zu ihm als Adjutant, V 153.
— — sein Aufenthalt in Breslau 1857, VI 279 flgde.
— — seine Vermählung 1858, VI 356 flgde.
— — als Oberbefehlshaber der III. Armee 1870/71, III 7.
— — sein Regierungsantritt, V 125.
— — seine Leiden und heldenmüthige Ergebung, IV 319.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen, auf der Generalstabsreise 1854, VI 201.
— — Oberbefehlshaber der II. Armee 1870/71, III 7.
— — in der Schlacht bei Vionville — Mars la Tour, III 45 flgde.
— — in der Schlacht bei Gravelotte — St. Privat, III 51 flgde.
— — und die II. deutsche Armee in der zweiten Hälfte des November 1870, III 188 flgde.;
in der Schlacht bei Orléans, III 223;
in der Schlacht bei Beaugency — Cravant, III 243 flgde.;
sein Vormarsch auf Le Mans, Januar 1871, III 269 flgde.
Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg und sein Verhalten gegen Frankreich, II 191.
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, seine erhabene Stellung in Europa 1830, IV 48.
— — lobende Kabinetsordre für eine Arbeit Moltkes 1835, IV 76.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, seine Krankheit 1857, IV 162, VI 351.
— — seine Anerkennung der Karte der Contorni di Roma, I 187.
Frossard, französischer General, in der Schlacht bei Spicheren, III 20 flgde.

G.

Galizien, Aufhebung der Leibeigenschaft in, II 150.
Gallien unter römischer Herrschaft, II 176.
— — unter germanischer Herrschaft, II 177.
Gambetta, Beurtheilung seiner Thätigkeit, III 113 flgde., 137.
— — die von ihm angeordneten Rüstungen III, 177.
Gastein, Wildbad, und seine Umgebung 1859, IV 290 flgde.
— — ungünstige Reise nach, 1880, V 61.
Geburtstag, die Feier des neunzigsten, I 297—318.
Gedenktage der militärischen Laufbahn, I 319—328.
Gefallenen, die, von 1870/71, Anerkennung ihrer Thaten, IV 309.

Geld, über seine richtige Verwendung, V 133.
Geldsorgen, IV 11, 13, 18, 26, 38.
— — wegen Anschaffung des ersten Pferdes, IV 56.
— — wegen Anschaffung des zweiten Pferdes, IV 60 flgde.
Generalmajor, Beförderung zum, 1856, VI 275.
Generalstab, Hoffnung, zu seinen Arbeiten einberufen zu werden, 1828, IV 13;
— — erfolgte Einberufung zum topographischen Bureau, 1828, IV 16.
— — Thätigkeit und Studien in den Wintermonaten 1828/29, IV 28 flgde.
— — weiteres Kommando zum topographischen Bureau 1831, IV 53.
— — Versetzung in den, als Premierlieutenant, 1833, IV 68.
— — bei dem, des IV. Armeekorps, 1840, IV 110, V 259.
— — Chef des, der Armee, 1857, IV 163.
— — der große, im Kriege 1870/71, V 279—286.
Generalstabsreise, nach Thüringen 1830, IV 44 flgde.
— — nach der Lausitz 1833, IV 70.
— — nach Schlesien und an die böhmische Grenze 1835, IV 79 flgde.
— — in die Lausitz 1854, VI 200 flgde.
— — in den Harz 1855, VI 212.
— — in Thüringen 1857, VI 349.
— — nach Schlesien 1867, V 79.
— — nach Schlesien und Sachsen 1869, IV 192—193.
— — in das Elsaß 1872, V 46, 1879, V 69.
— — letzte, 1881, V 289 flgde.
Genter Pacifikation, 1576, II 12.
Genua, Aufenthalt in, 1840, V 20 flgde.
Germanen, ihr Einfluß auf die Sitten der Gallier, II 177.
Gesellschaft, über den Verkehr in der, VII 62.
— — Leben in der, Berlin 1833, IV 67.
— — in Creisau, I 239 flgde.
Gibbon, Uebersetzung seines Werkes: „Verfall und Untergang des Römischen Reichs", IV 59, 69, 70, 73, 78, 247 flgde.
Gibraltar, seine Lage, seine Bewohner, 1846, I 199 flgde., VI 123.
Gitschin, im Hauptquartier 2. Juli 1866, VI 444.
Glienicke und der Glienicker Park, VI 16.
v. **Glisczinski**, General, Erinnerungen an den Feldmarschall, V 258 flgde.
v. **Goeben**, preußischer General, in der Schlacht bei Spicheren, III 20 flgde.
— — in der Schlacht bei Bapaume, III 306 flgde.
— — Oberbefehlshaber der I. Armee, 7. Januar 1871, III 312 flgde.
— — in der Schlacht bei St. Quentin, III 317.

Goethe, Johann Wolfgang v., Theilnahmlosigkeit an den Geschicken Deutschlands, II 204.
v. d. Goltz, preußischer General, sein Angriff mit der 26. Infanterie-Brigade am 14. August 1870.
St. Gotthard, über den, 1840, V 11 flgde.
Gottvertrauen, der Herr ist stark in dem Schwachen, IV 217, V 45, 65, 214, 173.
Goubareff, Herr, Briefwechsel mit ihm über die Idee des ewigen Friedens, V 197 flgde.
Gravelotte—St. Privat, Schlacht bei, Entschluß zum Angriff am 17. August 1870, III 48.
— — Schlacht bei, III 49 flgde.
— — Schlacht bei, Rath des Chefs des Generalstabes der Armee zum Eingreifen des II. Armeekorps, III 58.
Grenzfrage, die westliche, II 171—228.
Griechenlands Götter im modernen Berlin, 1831, IV 245.
Grundbesitz, Wunsch, ihn zu erwerben, I 223, IV 120, VI 94.
— — sein geringer Ertrag, V 83 flgde.
— — seine große Sicherheit, V 83 flgde.
Güterverkehr bei den Eisenbahnen als Grundlage des Betriebes, II 257.
Gustav Adolf, König von Schweden, seine Pläne und deren Bedeutung, II 186.
Gutsherr, der, von Creisau, I 227 flgde.

H.

Hafisz Pascha, seine Würdigung der Verdienste Moltkes in der Türkei, I 141 flgde.
Hahn, Dr. Ludwig, Brief an ihn, die deutsche Einheit betreffend, V 206.
Hallue, Schlacht an der, 23. und 24. Dezember 1870, III 254 flgde.
Hamburg, Geldkrisis 1857, IV 160 flgde.
— — -Berliner Eisenbahn, IV 255.
v. Hartmann, General, Brief an ihn über Krieg und Völkerrecht, V 191
Harzreise 1841, VI 25.
Hauptquartier, das große, seine Unterbringung 1870/71, III 81, 82.
— — im Generalstabe des großen, 1870/71, V 272 flgde., 279—289.
v. Hegermann-Lindencrone, dänischer Generallieutenant, ein Jugendfreund, I 316 flgde.
— — Seine Erinnerungen an den Feldmarschall, V 239 flgde.
Heimath, Besuch in der, 1830, IV 39, 240.
Heine, Heinrich, über seine Reisebilder 1829, IV 239.

Heinrich, Prinz von Preußen, Bruder König Friedrich Wilhelms III, Kommando als Adjutant zu ihm in Rom, VI 258 flgde.
— — Ueberführung der Leiche von Rom nach Berlin, VI 112 flgde.
— — seine Beisetzung, VI 135.
— — Prinz von Preußen, Bruder Kaiser Wilhelms II., seine Vermählung, IV 317.
Heinrich II., König von Frankreich, raubt Metz, Toul und Verdun, II 185.
Helgoland, Rückreise von, 1841, III 20, 21.
Hochkirche, die, in England, ein Kompromiß, VI 311.
Hohenstaufen, Deutschland unter den, II 182.
Holländische Seemacht, ihre Entfaltung, II 23.
Holland und Belgien in gegenseitiger Beziehung seit ihrer Trennung unter Philipp II. bis zu ihrer Wiedervereinigung unter Wilhelm I., II 1—60.
— — unter französischer Herrschaft II 53.
Holstein und die politische Lage 1851, VI 186.
Holstein-Beck, Herzog zu, seine Anerkennung der Thätigkeit Moltkes als dänischer Offizier, I 34.
Horsens, im Hauptquartier zu, Mai 1864, VI 396 flgde.
Hünengrab, das geöffnete, ein Scherz, VI 415 flgde.
v. Humboldt, Alexander, Briefwechsel mit ihm, I 183—195.

J.

Idstedt, Schlacht bei, 1850, IV 146, VI 184.
Jenseitiges Leben, merkwürdige Umrangirung im, V 174.
— — Sehnsucht danach, IV 318, VI 485.
Invaliden, ihre Versorgung durch kleinen Grundbesitz, V 188.
Invalidenhäuser, ihre Nachtheile, V 188.
Italiener, abfällige Beurtheilung der, 1840, V 22 flgde.
— — ihre Fröhlichkeit und Anspruchslosigkeit, IV 315.
Jagellonen, die, II 81 flgde.
Johanniter-Orden, Verleihung des, 1835, IV 74.
Joseph II., Kaiser, und seine Reformen in den Erblanden, II 43.
— — Fürsorge für die Juden, II 149.
Journalistische Thätigkeit, IV 242, 256.
Juden, Charakteristik und Geschichte der, II 100.
— — die, in Polen, nach dem Urtheil von Reisenden und Schriftstellern, II 148.
— — Verbreitung in den polnischen Landestheilen, II 144.
— — die, im Militärdienst, II 149.

Jülich, die Belagerungsübung bei, 1860, VI 376.
Jus, über das Studium des, IV 231 flgde.
Jugendzeit, aus der, V 233, 241 flgde.

K.

Kadettenkorps, dänisches, Abgangszeugnisse 1818/19, I 31 flgde.
v. Kamecke, Major, Erinnerung an den Feldmarschall, V 254.
Kameradschaft und Kastengeist, VII 80 flgde.
Kanäle, Vortheile und Nachtheile der, im Binnenlande, VII 28 flgde.
Kant und seine Aussprüche über die Bedeutung des Krieges, Einverständniß damit, V 201 flgde.
Karl der Kahle, König von Frankreich, II 178.
— — der Kühne, Herzog von Burgund, II 183.
Karl V., deutscher Kaiser und seine Stellung zu Frankreich, II 184.
Karte der Grenzen von Holland und Belgien, im Buchhandel erschienen 1832, IV 58.
Kasinos der Offiziere, ihr Nutzen, VII 81 flgde.
Katharina II. von Rußland und ihr Verhalten Polen gegenüber, II 124.
Katholizismus, über den, IV 42 flgde.
— — sein Nimbus, IV 307.
Kenilworth, Schloß in England, Besuch, VI 233.
Kinder, Liebe für, V 230; 301.
v. Kirchbach, preußischer General, bei Weißenburg verwundet, III 13.
— — in der Schlacht bei Wörth, III 14 flgde.
Kleinasien, Reise in, mit Hafisz Pascha 1838, V 31 flgde.
Koblenz, im Heim zu, VI 155.
Königer, hessischer Hauptmann, sein Tod im Gefecht bei Laufach 1866, V 214.
Königgrätz, Schlacht bei, 3. Juli 1866, III 417 flgde.
— — persönliche Erlebnisse in der Schlacht bei, III 431 flgde.
— — die Cigarre des Grafen Bismarck, III 423.
— — Schilderung der Schlacht bei, VI 446 flgde.
— — das Schlachtfeld von, VI 448 flgde.
Königsberg, Reise nach, 1855, VI 209.
Körber, Major, seine Thätigkeit in der Schlacht bei Vionville — Mars la Tour, III 35.
Kösen, das Bad und seine Umgebung 1843, VI 85.
Konföderation in Polen, deren Recht, II 71.
Konserven als Verpflegungsgegenstand der Truppen, VII 66.
Konstantinopel, Kommando nach, 1835, IV 94.
— — Tagebuch der Reise nach, 1835, I 103—139.

Konstantinopel, Leben in, 1836, IV 95.
— — Winter in, 1837, IV 102 flgde.
— — Aufnahme von, 1837, IV 102 flgde.
Konvokations-Reichstag 1764, II 179.
Kopenhagen, in, 1844, VI 107.
Graf **Kospoth** und seine Familie auf Schloß Briese bei Oels 1828, IV 23 flgde., 231 flgde.
— — die Schaukel, ein Räthsel in Versen, IV 233.
v. **Krauseneck**, General und Chef des Generalstabes der Armee, seine Werthschätzung Moltkes, I 139, V 255.
Krieg, der, entfaltet menschliche Tugenden, V 194.
— — der, ein gerechtfertigtes Mittel, die Ehre des Staates zu behaupten, V 200.
— — der, nicht in theoretische Fesseln zu schlagen, V 192.
— — das Wahrscheinliche im, III 70.
— — jeder, ein nationales Unglück, V 193.
— — der, in Gottes Weltordnung begründet, V 191.
— — der, als Förderer der moralischen Energie, II 288.
— — der, und seine Schrecken, VI 448.
— — der nächste, und seine Dauer (1890), VII 139.
— — türkisch-russischer, 1828, seine Geschichte, IV 256.
— — Aussichten darauf 1831, IV 51.
— — der, in Schleswig-Holstein 1848—1850, IV 122 flgde.
— — der, in Schleswig-Holstein und die strategische Lage im Frühjahr 1850, IV 140 flgde.
— — Aussichten darauf im Spätherbst 1850, IV 148.
— — Krimkrieg, IV 153 flgde., 159 flgde.
— — — die militärische und politische Lage Ende 1854, V 149 flgde.; die Lage vor Sewastopol Mai 1855, V 152; die Lage vor Sewastopol November 1855, V 154.
— — der, 1864, IV 177 flgde., 297 flgde., VI 386 flgde.
— — der, 1866, IV 181 flgde., VI 444 flgde; ein Krieg für die Machtstellung Preußens, III 426; der Aufmarsch der preußischen Armee zu Beginn des Krieges, I 28 flgde., V 162; seine Erfolge, V 163.
— — der, gegen Frankreich 1870/71, bei seinem Ausbruch in Creisau, I 233; sein Beginn, IV 195; Nachrichten aus dem, Oktober 1870, IV 200 flgde.; seine Ergebnisse, III 412.
Kriege, ihre größere Seltenheit in der Neuzeit, II 287.

Kriege, die, der Gegenwart, ihre Ursachen, III 1 flgde., V 200 flgde., VII 126 flgde., 135 flgde., 138 flgde.
Kriegführung, humane, durch die allgemeine Wehrpflicht begünstigt, V 195.
Kriegsgefahr, die in einer schwachen Regierung liegende, VII 138.
Kriegsgefangene, ihre Behandlung, V 190.
Kriegsgeschichte, Art sie zu bearbeiten, V 277 flgde.
Kriegsherren, der Feldmarschall und seine, I 260—296.
Kriegsrath, über den angeblichen, in den Kriegen König Wilhelms I., III 417 flgde.
— — der, von Königgrätz, III 419 flgde.
— — der, zu Versailles, in Versen besungen, III 427.
Kriegsschule, allgemeine (Kriegsakademie), Zeugnisse 1823/24 und 1826, I 38.
— — Auf der, V 258 flgde.
v. Kulmiz, Dr., Erinnerungen an den Feldmarschall, V 300.
— — Frau Marie, geb. v. Moltke, Tochter Adolfs, aus Briefen an sie, V 134 flgde.
Kurden, Land und Volk der, II 288—298.
Kurdistan, geographische Lage von, II 290.
Kynast, Burg, Besuch, 1828, IV 22.

L.

L'Admirault, französischer General, in der Schlacht bei Colombey—Nouilly, III 31 flgde.
Laue, Hauptmann, sein Antheil an der Erstürmung von Sayda 1840, V 9.
Laufen und der Rheinfall, Besuch 1840, V 7.
Lebenstag, der letzte, I 327—335.
Lektüre, bevorzugte, I 248 flgde., V 187.
Leopold I., deutscher Kaiser, II 190.
Leopold II., Kaiser von Oesterreich, II 49.
Lessing, sein Weltbürgerthum, II 204.
Liberum veto, Recht des, bei den Polen, II 67.
Lieblingssprüche aus der heiligen Schrift, I 336.
Lisaine, Schlacht an der, 15., 16. und 17. Januar 1871, III 339 flgde.
Literatur, die deutsche, unter französischem Einfluß, II 202.
Loigny-Pouprу, Schlacht bei, am 2. Dezember 1870, III 198 flgde.
Lokomotive und Lebensweg, V 118.
— — Beschreibung und Leistungen, II 239—252.
London, in, 1855, VI 225 flgde.

London, in, 1856, VI 241 flgde., 1857, VI 297 flgde., 1858, VI 353 flgde.
— — in, zur Beisetzung des Prinz-Gemahls 1861, IV 168 flgde.
— — Wohnhäuser, VI 315.
Lothringen fällt an Frankreich, II 198.
Ludwig der Deutsche, Kaiser, II 178.
— — der Bayer, Kaiser, II 183.
— — XIV., König von Frankreich, und seine Eroberungspolitik, II 188.
— — seine vermeintlichen Ansprüche auf die spanischen Niederlande, II 33.
— — Verhandlungen wegen Theilung der spanischen Niederlande, II 27.
— — trachtet nach der deutschen Kaiserkrone, II 189.
Lübeck, seine reizende Lage, VI 380.
Luther und seine Lehre, VI 90.
Luxemburg, seine schöne Lage, 1847, VI 145.

M.

Mac Mahon, französischer Marschall, in der Schlacht bei Wörth, III 14 flgde.;
— — Oberbefehlshaber der Armee von Châlons, III 20 flgde.
— — seine Verwundung in der Schlacht bei Sedan, III 87.
Madrid, Aufenthalt in, 1846, I 213 flgde.
v. Magnus, Freiherr, Erinnerung an den Feldmarschall, V 302 flgde.
Mailand, Reise nach, mit Kaiser Wilhelm I. 1875, V 48 flgde.
Malen und Zeichnen, Versuche und Studien, IV 5, IV 27 flgde., I 254 flgde., V 292 flgde.
— — Zeichnung des Zimmers in Bujukdéré 1837, IV 101.
Malmaison, Ausfall gegen, vor Paris, 21. Oktober 1870, III 151.
Manchester, Ausstellung englischer Kunstschätze 1857, VI 321 flgde.
Manöver, 1841, VI 35, 1843. VI 92, 1844, VI 103 flgde., 1856, VI 340 flgde., 1858 in Schlesien, VI 362 flgde., 1860 am Rhein, VI 376 flgde.
Le Mans, der Zug auf, Januar 1871, III 269 flgde.
Frhr. v. Manteuffel, preußischer General, in der Schlacht bei Colombey—Nouilly, III 30.
— — in der Schlacht bei Noisseville, III 105.
— — Oberbefehlshaber der I. deutschen Armee nach der Kapitulation von Metz, III 164.
— — in der Schlacht an der Hallue, III 255 flgde.
— — Oberbefehlshaber der Süd-Armee, III 332.
— — seine Operationen im Januar und Februar 1871, III 368 flgde.

Frhr. v. Manteuffel, preußischer General, Ungerechte Beurtheilung seiner Leistungen durch die öffentliche Meinung, IV 309, V 216.
— — seine Verdienste um die deutsche Okkupationsarmee in Frankreich, VII 66 flgde.
— — „Warum spricht der Mann?" V 274.
Marienburg, die, VI 211, 368.
Mecklenburg, Großherzog Friedrich Franz von, seine Operationen im November 1870, III 186 flgde.
— — in der Schlacht bei Beaugency—Cravant am 8., 9. und 10. Dezember 1870, III 235.
Meer, das, und seine Schönheit, V 123.
Mehadia und das Herkulesbad, I 124 flgde.
Melancholische Betrachtungen, 1829, IV 237.
Meran, seine Schönheit, 1846, VI 110—111.
Metz, Einschließung von, 1870, III 100—112, 157—163.
— — Kapitulation von, 1870, III 164, IV 204.
Mézières, Einnahme von, 1. Januar 1871, III 257.
Militärische Laufbahn, Gedenktage, I 319—328.
Militärisch-politische Lage des osmanischen Reichs 1841, II 298—301.
Militär-Pensionsgesetz, das, von 1886, V 291 flgde., VII 89 flgde.
Milizsystem, seine Unbrauchbarkeit für den Krieg historisch begründet, VII 112 flgde.
Ministerverantwortlichkeit, die, geschichtlich beurtheilt, VII 47 flgde.
Mobilmachung, Herbst 1850, und ihre Schwierigkeiten, V 261 flgde.
Mohl, Moritz, Geheimrath, Brief an ihn über Steuerfragen, V 207 flgde.
v. Moltke, Geschlecht; kurze Familiengeschichte, verfaßt vom Feldmarschall, I 1 flgde.;
Stammbaum, V 86 flgde.
— — die Vorfahren des Feldmarschalls, I 4—8.
— — Friedrich Philipp Victor, Vater des Feldmarschalls, Selbstbiographie, I 8—15;
sein Tod, IV 264 flgde.;
Erinnerung an ihn, V 228.
— — Henriette geb. Paschen, Mutter des Feldmarschalls, ihr Lebensbild, VI 3 flgde.;
Briefe an sie, IV, 5 flgde.;
Trost, als sie krank ist, IV, 71;
als Nährmutter eines Pächterkindes, IV 225.
— — Helmuth, Graf, Feldmarschall, die von seinem Vater geschriebene Lebensgeschichte, I 15—20;
Selbstbiographie, geschrieben 1866, I 16—29;
Urkunden zur Jugendgeschichte, I 30—39;

v. Moltke, Helmuth, Graf, Feldmarschall, un chevalier sans peur et sans reproche, V 156;
krank auf der Rückreise aus Konstantinopel 1839, nach Briefen des Frhrn. v. Vincke, V 157 flgde.;
keine Aenderung in seinem äußern und innern Wesen seit der Jugendzeit, V 259;
tritt in der Jugend wenig hervor, V 255, 259;
gilt für stolz, V 254;
sein stets gleicher Fleiß, V 259;
als Geograph, V 317 flgde.;
als Geschichtsforscher, V 320 flgde.;
als Reisender, V 323 flgde.;
seine Charaktergröße, V 334;
sein Verdienst um Feldherrnkunst und Kriegsgeschichte, V 331 flgde.;
Einfachheit in allen Lebensgewohnheiten, in Kleidung, im Essen und Trinken, I 238 flgde., V 272;
Frühaufsteher I 238;
Gedächtniß für Personen und Ereignisse ungleich, V 269;
Heiterkeit, V 270 flgde.;
Humor, V 296, 300 flgde.;
Perrücke, die mißbrauchte, V 273;
Schweigsamkeit, V 229, 289;
Sparsamkeit nicht Geiz, V 302;
der Vortrag im Bette, V 272.
(Vergleiche auch: Arbeit, Beredsamkeit, Blumenfreund, Charakter, Deklamation, Malen und Zeichnen, Musik, Natur, Tod, Trostgedanken, Wohlthätigkeit, Zurückhaltung.)
— — Marie, geb. Burt, die Gemahlin des Feldmarschalls, ihr Lebensbild, I 145—157;
als Kind und junge Frau, V 231;
ihr Charakter, sein Glück, IV 116 flgde.;
perfectly tempered, IV 253;
ihre Vorstellung bei Hofe 1842, IV 253;
Trennung von ihr bei der Abreise nach Spanien 1846, I 196 flgde.;
ihre letzte Erkrankung, V 42, VI 472 flgde.;
ihr Tod, IV 189 flgde., IV 302 flgde., V 43, VI 477 flgde.;
Beileidsbezeugungen bei ihrem Tode, I 157 flgde.;
Erinnerung an sie, V 45, 165, 167, 177;
ihr Andenken, VI 480 flgde.

v. Moltke, Adolf, Bruder des Feldmarschalls, sein Lebensbild, IV 107;
Briefe an ihn, IV 109 flgde.;
seine Schleswig-Holstein geleisteten Dienste, IV 194;
seine Thätigkeit und Krankheit 1848/49, IV 273 flgde.;
Besuch bei ihm 1849, IV 250, 277;
sein Tod 1871, IV 222.
— — Auguste, geb. v. Krohn, Gemahlin Adolfs, IV 111; Briefe an sie, IV 221—225.
— — Friederike, Tochter Adolfs, ihr Tod, IV 152.
— — Wilhelm, Graf, Sohn Adolfs, Neffe des Feldmarschalls, Briefe an ihn und seine Familie, V 105—134.
— — Helmuth, Sohn Wilhelms, Großneffe des Feldmarschalls, aus Briefen an ihn, V 129 flgde.
— — Lenore, Tochter Wilhelms, Großnichte des Feldmarschalls, aus Briefen an sie, V 129 flgde.
— — Helmuth, Sohn Adolfs, sein Ergehen vor Paris 1870, IV 199 flgde.
— — Ludwig, Bruder des Feldmarschalls, sein Lebensbild, IV 229;
Briefe an ihn, IV 231—319;
Tod seiner Frau, IV 301;
sein Tod, V 73.
— — Friedrich, Bruder des Feldmarschalls, sein Lebensbild, V 75 flgde.;
Briefe an ihn, V 77—104.
— — Auguste, Schwester des Feldmarschalls, vermählte Burt, ihre Verlobung 1833, IV 69;
ihr Lebensbild, V 29 flgde.;
Briefe an sie, V 31—63;
ihr Tod, V 70.
— — Magdalene, Schwester des Feldmarschalls, vermählte Bröker, ihr Lebensbild, V 64;
Briefe an sie, V 65—74.
— — Alfred, deutscher Generalkonsul in London, Brief an ihn betreffs des Looses der Kriegsgefangenen, V 190.
Montoire, Gefecht bei, am 27. Dezember 1870, III 248.
Mozart, Vorliebe für, I 255.
Münster, seine Bauwerke, VI 296.
Münsterscher Frieden 1648, II 28.
Musik, Liebe zur, I 255 flgde., 333.
Muskau und sein Park, VI 204.

N.

Napoleon I. als Gönner Polens, II 135.
— — im Kampf mit Preußen, II 215.
Napoleons I. Allianz mit Kaiser Alexander I. von Rußland, II 216.
Napoleon III., seine Vermählung, IV 151.
— — der ruchlose Abenteurer von Boulogne, IV 195.
— — und Rothschilds Papagei, IV 196.
— — Begegnung mit ihm am 2. September 1870, V 92 flgde.
Nationalversammlung 1848; ihre Sitzungen zu Berlin, VI 162.
Natur, Freude an ihr, I 238.
Neapel, in, 1840, V 18 flgde., 1876, V 56 flgde.
Neinstedt, Gut, zum Kauf in Aussicht genommen, VI 105.
Niederlande, Aufstand in den österreichischen, veranlaßt durch die Reformen Josephs II., II 45 flgde.
— — Blüthe der vereinigten, II 26, 27.
— — Einfluß der vereinigten, auf die Angelegenheiten Europas, II 28.
— — Niedergang der spanischen Macht und Zerrüttung der bürgerlichen Verhältnisse in den spanischen, II 25.
— — Verfall der, II 38.
— — Bildung des Königreichs der vereinigten (1815), II 54.
— — Trennung Belgiens von Holland, II 59.
Niederländische Flotte, ihre Kämpfe, II 29, 30.
Nikolaus, Kaiser von Rußland, während des Krimkrieges, IV 153 flgde.
Nikolsburg, im großen Hauptquartier zu Schloß, VI 455 flgde.
Nischan, türkischer Orden, Besitzzeugniß darüber, I 140.
Nisib, Schlacht bei, Brief an Vincke zwei Tage nach ihr, V 155.
— — Folgen der Schlacht für Kurdistan, II 189.
— — Erinnerung an die Schlacht von, VI 14 flgde.
— — Pferd, V 229.
Noisseville, Schlacht bei, am 31. August und 1. September 1870, III 105 flgde.
Nord-Ostseekanal, der, und seine Anlage, VII 23 flgde.
Noth und Elend, unentbehrliche Elemente in der Weltordnung, IV 224, VII 76.
Nothwendigkeit der Willkür vorzuziehen, IV 294.
Novelle, die, „die beiden Freunde" und ihr Erscheinen, IV 15, I 40—103.

O.

Obrecht, Advokat, Verräther Straßburgs 1681, II 194.
Oesterreich, seine Aufgabe gegenüber dem osmanischen Reich 1841, II 307.
Offizier, der, und die Kommunalsteuer, VII 52 flgde., 83 flgde.
Offiziere, adlige und bürgerliche, kein Gegensatz zwischen ihnen, VII 81.
Oranien, Wilhelm von, im Kampfe gegen Spanien, II 9 flgde.
Orientalische Frage, die, IV 151 flgde.
— — zur, 1841—1844, fünf Aufsätze, II 275—320.
Orléans, Treffen bei, 11. Oktober 1870, III 144 flgde.
— — Schlacht bei, am 3. und 4. Dezember 1870, III 223 flgde.
— — Verfolgung nach der Schlacht bei, III 232 flgde.
Orsowa, Besuch beim Pascha von, I 128 flgde.
Osborne, in, bei der Königlichen Familie von England 1856, VI 244 flgde.
Osmanenherrschaft, ihre Zukunft in Europa, Asien und Afrika 1842, II 313.
Ostende, Belagerung durch Spinola, II 24.
Ostindische Kompagnie, ihre Begründung, II 23.
Ostpreußen, Reise nach, mit dem Prinzregenten 1860, VI 366.
Oxford, Aufenthalt in, 1856, VI 260.

P.

Pacta conventa, die, II 86.
Paganini und seine Geige, VI 50 flgde.
Palästina, Gedanke eines christlichen Fürstenthums in, II 284.
Papstthum, seine Macht, IV 306 flgde.
Parchim, Denkmalsenthüllung 1876, IV 308.
Paris, in 1846, I 221; VI 127.
— — in 1850, V 38.
— — in, mit König Wilhelm 1867, VI 460 flgde.
— — die Revolution vom 4. September 1870, III 112 flgde.
— — 1870 Einschließung oder Beschießung, III 121.
— — die Frage der Beschießung 1870, IV 212 flgde.
— — Einschließung von 1870/71, III 123—127, 137—143, 202—215, 258—265, 351—368.
— — vor, 1870, V 177 flgde.
— — vor, im September 1870, IV 196 flgde.
— — vor, im Oktober 1870, IV 199 flgde.
— — vor, Dezember 1870, V 95 flgde.

Paris, Zustände in, Dezember 1870, IV 213.
— — seine Befestigungen und Vertheidiger im September 1870, III, 119 flgde.
— — die zur Vertheidigung bereiten Streitkräfte und ihre Formation im November 1870, III 202 flgde.
— — der artilleristische Angriff auf, Januar 1871, III 351 flgde. 363 flgde.
— — Einzug der Deutschen in, 1. März 1871, III 409.
— — Aufstand der Kommune, III 411.
Péronne, Einnahme von, 9. Januar 1871, III 311.
Pest-Ofen 1835, Lage und Bedeutung, I 107 flgde.
v. Pestel, preußischer Oberstlieutenant. Seine Thätigkeit bei Beginn des Krieges 1870/71 vor Saarbrücken, III 9.
Petersburg, Reise nach, 1856, VI 275 flgde.
Pfalz, Verheerung durch die Franzosen, II 196.
Philipp II. von Spanien. Regierung der Niederlande, II 6 flgde.;
— — als Herr der Niederlande, von Burgund, Neapel und Mailand, II 184;
Philipp, Herzog von Burgund, II 183.
Pius IX., Papst, seine Wahl, I 25.
— — und das geeinte Italien, IV 305 flgde.
Pleß, Jagd beim Fürsten, 1857, VI 282.
Polen, Darstellung der inneren Verhältnisse in Polen, Schrift im Buchhandel erschienen 1832, IV 158.
— — ein Land der Ungleichheit und der Gegensätze, II 170.
— — seine Verfassung, II 66 flgde.
— — Gesetzgebung, II 83.
— — Landtage in, II 87.
— — Heerwesen, II 74.
— — Handel und Gewerbe, II 96.
— — Fehlen des Bürgerstandes in, II 99.
— — Landwirthschaft, Handel und Gewerbe nach der Theilung, II 159.
— — nach dem Tode Augusts III., II 111.
— — unter König Stanislaus Poniatowski, II 133.
— — Stillstand und Rückgang seiner Kultur im 17. und 18. Jahrhundert, II 107.
— — schlimme Folgen seiner Verfassung, II 111.
— — die Parteien in, 1764, II 113.
— — Stellung Oesterreichs und Preußens zu, 1764, II 119.
— — Anarchie im Innern im 18. Jahrhundert, II 109.
— — Niedergang und Ende, II 133.
— — Stellung der Türkei zu, II 118.
— — im Jahre 1812, II 139.

Polen, unter französischem Druck, II 137.
— — Aufhebung der Leibeigenschaft, II 137.
— — unter der Herrschaft von Oesterreich, Rußland und Preußen, II 141 flgde.
— — das russische Königreich II 162.
— — ihr Haß gegen Rußland, II 167.
— — der Aufstand im Dezember 1830, IV 47.
Polens Bedrückung durch Rußland im 18. Jahrhundert, II 122;
— — Theilungen, II 133.
Polnische Landestheile, die, unter Oesterreichs Herrschaft, II 142.
— — Landestheile die, unter Preußens Herrschaft, II 150.
Polnischer Adel, seine Alleinherrschaft II 85.
— — — Emporkommen der großen Familien, II 77.
— — — Verfall des kleinen Adels, II 78;
sein Niedergang, II 708.
Polnisches und deutsches Wesen 1829, IV 34 flgde.
Pompeji, in, 1840. Die Ausgrabungen und Bauten, V 25 flgde.
— — in, 1876. Die Vergangenheit in flagranti ertappt, V 55.
Poniatowski, Stanislaus August, als König von Polen, II 132.
Pontarlier, Gefecht bei, 1. Februar 1871, III 391.
Potsdam, die Neubauten 1855, VI 206.
Prestige, Erhaltung des, in kriegsgeschichtlichen Darstellungen III VIII.
Preußen, Vorliebe für (1828), IV 231 flgde.
— — und die Revolution 1848, IV 125 flgde.
— — Reaktion oder Anarchie 1848, IV 129 flgde.
— — und Oesterreich 1859, IV 163 flgde.
— — seine Lage 1859, IV 165 flgde.
— — und die hessische Frage 1862, IV 173.
— — und seine Aufgabe 1866, IV 182.
— — und seine für Deutschland getragenen Lasten, VII 13, 15.
— — Reise in die Provinz 1855, IV 156 flgde.
Pückler, Fürst, und die Anlage des Parks von Muskau, VI 204.
Pyrmont, Aufenthalt in, 1841, IV 21.

Q.

St. Quentin, Schlacht bei, am 19. Januar 1871, III 317 flgde.

R.

Ragatz, in, 1874, V 102 flgde.
— — „Der Moltke soll da sein?", V 237.
v. Randow, General, Briefe an ihn, V 256.
Raydt, Oberlehrer Brief an ihn, V 185.
Rechtsschwenkung des deutschen Heeres nach den Schlachten am 6. August 1870, III 26.
Rede am Sarge des Feldmarschalls, gehalten vom Feldpropst D. Richter, V 309—313.
— — zum Gedächtniß des Feldmarschalls, in der Akademie der Wissenschaften gehalten vom Geheimrath Curtius, V 314—335.
Reformation, Eingang in den Niederlanden, II 15 flgde.
Regierung, eine schwache, ist eine dauernde Kriegsgefahr, VII 138.
Rehme, Aufenthalt in Bad, 1852, VI 192.
Reichstag, der, in Polen, II 73, 88.
— — der erste des Norddeutschen Bundes und sein Aussehen, IV 184 flgde.
Reichthum und Armuth, V 113.
Reise nach Warmbrunn und Schlesien 1825, IV 6 flgde.
— — über Wien nach Konstantinopel 1835, I 104—139, IV 82 flgde.
— — und Ausflüge nach Kleinasien 1836, IV 92 flgde.
— — mit dem Sultan in der europäischen Türkei 1837, I 18.
— — zurück aus dem Orient 1839, V 156 flgde.
— — nach der Schweiz und Italien 1840, V 3 flgde.
— — nach Helgoland, Pyrmont und dem Harz 1841, VI 20 flgde.
— — im Gefolge des Prinzen Carl nach Doberan 1843, VI 73 flgde.
— — nach Kopenhagen 1844, VI 106.
— — nach Rom 1845/46, I 160—175, IV 267 flgde., VI 109 flgde.
— — auf der Korvette „Amazone" von Civita vecchia nach Gibraltar 1846, VI 116 flgde.
— — durch Spanien über Paris nach Hamburg 1846, I 196—222, VI 123 flgde.
— — in der Eifel 1847, VI 144 flgde.
— — nach Frankreich zum Besuch von Paris und Trouville 1850, V 37 flgde.
— — nach Rehme—Deynhausen 1852, VI 192 flgde.
— — nach der Provinz Preußen im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm 1855, IV 157 flgde., VI 209 flgde.
— — nach England und Schottland 1855 im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm, VI 222 flgde.
— — nach England und Schottland 1856 im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm, VI 239 flgde.

Reise nach Rußland im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm 1856, VI 275 flgde.
— — nach England im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm 1857, VI 295 flgde.
— — nach England im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm zur Vermählungsfeier 1858, VI 353 flgde.
— — nach Gastein 1859, IV 290 flgde.
— — mit der deutschen Bundes-Kommission zur Besichtigung der deutschen Meeresküsten 1860, I 167, VI 366 flgde.
— — nach England 1861 im Gefolge des Kronprinzen zur Beisetzung des Prinz-Gemahls, IV 168 flgde.
— — nach Wien 1865 im Gefolge des Prinzen Friedrich Karl, VI 434 flgde.
— — nach Glion bei Montreux 1866, V 77 flgde.
— — nach Paris im Gefolge des Königs 1867, VI 460 flgde.
— — nach Wildbad 1868, V 40, 65.
— — nach Petersburg im Gefolge des Prinzen Friedrich Karl 1871, V 99 flgde.
— — nach Ragatz 1874, V 102 flgde.
— — nach Italien im Gefolge des Kaisers 1875, V 47 flgde.
— — nach Italien 1876, IV 305 flgde., V 53 flgde.
— — nach Gastein 1880, V 60.
— — in den hohen Tatra 1881, V 62.
— — nach Gastein 1882, V 122.
— — nach der Schweiz und Ober-Italien 1882, VI 529 flgde.
— — nach Ober-Italien 1883, VI 535 flgde.
— — nach Ober-Italien 1885, IV 315, V 123.
— — und Reisebeschwerden vor Anlage der Eisenbahnen, II 235.
Reitbahn, kaiserliche, in Wien, VI 437.
Reschid Izzet und die Pforte 1842, II 309—314.
Revolution, die französische, und deren Ursachen, II 207.
— — 1830/31 in Russisch-Polen, II 168.
— — die, und ihr Verlauf in Frankreich 1848, VI 163.
Revolutionen, über ihre Ursachen und Wirkungen, II 5.
Rheims, Ruhetage in, September 1870, V 91 flgde.
Rheinbund, der, II 215.
Riesengebirge, Reise im, 1825, IV 9 flgde.; 1828, IV 71 flgde.
Robert le Diable, Gefecht bei, am 4. Januar 1871, III 309 flgde.
Römer, Entsittlichung der, in der späteren Kaiserzeit, II 176.
Rom und Konstantinopel, ein Vergleich, I 164 flgde.
— — die sieben Hügel, I 167.
— — seine Dauer nach der etruskischen Weissagung, I 168.
— — Fabel und Geschichte im alten, IV 283.

Rom, Tagebuch der Reise nach, 1845, I 160—168.
— — Aufenthalt in, 1845/46, I 25 flgde., IV 267 flgde.
— — das Columbarium an der Porta Latina IV, 268;
Ersteigung der Peterskuppel, IV 269;
Aufnahme der Umgebung von, I 184 flgde., IV 271 (vergl. auch „Aufnahmen");
Contorni di Roma vergl. Campagna;
Schönheit des Spätherbstes, IV 114;
die Settimana santa IV 115.
— — Die Befestigungen 1849, I 189 flgde.
— — Die Belagerung durch die Franzosen 1849, I 193 flgde.
— — Aufenthalt in, 1876, IV 305 flgde., V 53 flgde.;
Blick vom Palast Caffarelli, V 53;
das neue, als Hauptstadt des Königreichs V, 54.
Romanismus, sein Bündniß mit dem Slavismus (Napoleon I. und Alexander I.) II 216.
Ruhe, Sehnsucht nach, V 256.
Rusko, Schloß in der Provinz Posen und das Polenthum 1829, IV 34.
Russisch-Polen, Zustände in, vor Ausbruch der Revolution 1830, II 165.
— — Revolution 1830/31, II 168.
— — -türkischer Krieg 1828. Seine Geschichte 1844 erschienen, IV 256.
Rußland und dessen Entwicklung, II 120.
— — seine Lage 1853, IV 286 flgde.
— — seine Rüstungen seit 1880, VII 127.

S.

v. Sachsen-Teschen, Herzog, Gouverneur der österreichischen Niederlande, II 45.
Salzbrunn, Aufenthalt in, 1825, IV, 25.
San Remo, Aufenthalt in, 1885, V 123.
Schachspiel, V 254.
Schaubach, Oberhofprediger, aus Briefen an ihn, V 171.
— — Seine erste Begegnung mit dem Feldmarschall, V 169.
Scheller, Geh. Ober-Finanzrath, aus Briefen an ihn, V 175 flgde.
Schiller, Friedrich v., und seine Stellung zum Patriotismus, II 204.
v. Schimpff, Frau, Erinnerungen an den Feldmarschall, V 251.
Schlachtfelder der Main-Armee, Besichtigung mit dem Prinzen Albrecht von Preußen, VI 465 flgde.
Schlesien, Reisen durch Schlesien als Adjutant des Prinzen Friedrich Wilhelm 1857, VI 279 flgde.

Schlesier, Dankbarkeit der, (Generalstabsreise 1867), V 79, VI 463.
Schleswig-Holstein, politische Verhältnisse 1848, VI 164.
— — Beginn der Wirren 1848, IV 117 flgde.
— — die provisorische Regierung 1848, IV 123.
— — die Statthalterschaft 1849, IV 136.
— — 1864 IV 177 flgde.
Schlettstadt, Einnahme von, am 24. Oktober 1870, III 171 flgde.
Schlieffen-Schlieffenberg, Graf, Erinnerungen eines Fraktionsgenossen, V 291 flgde.
Schutz- und Trutzbündniß, Werth eines, VII 14.
Schwarzer Adler-Orden, verliehen 28. Juli 1866, VI 456.
Schweden im 30jährigen Kriege, II 186.
Schweiz, die, im Solde Ludwigs XIV., II 191.
Sedan, Schlacht bei, 1. September 1870, III 86 flgde.
— — Kapitulation von, III 97 flgde. V 92.
Sehnsucht nach dem jenseitigen Leben, VI 485.
Selbstbekenntniß, ein poetisches, 1830, IV 241.
Sevilla, Aufenthalt in, 1846, I 201 flgde.
— — sein Baustil, I 203.
— — der Alcazar in, I 205.
— — die Giralda, I 207.
Sieg, der taktische und seine Wirkungen auf den strategischen Plan, III 25.
Sillem, Dr., Brief an ihn über den Bau von Invalidenhäusern, V 188
Smith, Dr. E. W., Brief an ihn über die bevorzugten Schriftsteller, V 187.
Socialdemokratie und Socialreform, V 211.
Soissons, Einnahme von, 1870, III 148 flgde.
Soldatenstand, der, der Erzieher des Volkes, VII 108.
Sologne, die 6. Kavallerie-Division in der, im Dezember 1870, III 230.
Sombacourt und **Chaffois**, Gefechte bei, am 29. Januar 1871, III 387.
Spanien, Reise durch, 1846, I 196—222, VI 123 flgde.
Spanier, die, ihr Charakter, I 219.
Spanische Schule (Reitschule) in Wien, VI 437 flgde.
Spanischer Erbfolgekrieg, der, und seine Ergebnisse, II 198.
Spicheren, Schlacht bei, 6. August 1870, III 19.
Sprachgrenze zwischen Deutschland und Frankreich, II 180.
Städte, die, und ihr Verhältniß zu ihrer Garnison, VII 57 flgde.
— — und die Garnisonen, ihre gegenseitigen Leistungen, VII 87.
v. **Steinmetz**, preußischer General, Oberbefehlshaber der I. Armee 1870, III 7.
— — in der Schlacht bei Spicheren, III 24.
— — in der Schlacht bei Gravelotte—St. Privat, III 56 flgde.

Steuerfrage, die, eine sociale Frage, VII 85.
Stiergefecht, ein, in Madrid 1846, I 214 flgde.
Strafen, über, in der Armee, VII 71.
Straßburg 1681 von Frankreich geraubt, II 193.
— — Belagerung und Einnahme von, 1870, III 130 flgde.
Streitkräfte, die französischen, und ihre Stärke während des Waffenstillstandes 1871, III 405 flgde.
— — die deutschen, und ihre Stärke während des Waffenstillstandes 1871, III 407 flgde.
Sydenham, Monstrekonzert im Glaspalast von, 1857, VI 307.

T.

Tabaksmonopol, das, annehmbar, V 207 flgde.
Tafelrunde, die im Hôtel des Réservoirs in Versailles 1870/71. V 271, 284.
v. d. Tann, bayerischer General, in der Schlacht bei Sedan, III 87 flgde.
— — in den Treffen von Artenay und Orléans, III 143 flgde.
— — im Treffen bei Coulmiers, III 180 flgde.
— — in der Schlacht bei Loigny—Pouprey, III 198.
Tatra, Reise in den hohen, 1881, V 62 flgde.
Tertry—Poeuilly, Gefecht bei, am 18. Januar 1871, III 315.
Theater, Antigone auf dem, im neuen Palais, VI 47.
— — Faust, Aufführung im Kasino zu Potsdam, VI 48;
— — der Don Juan im Berliner Opernhause 1828, IV 235.
— — „die Fledermaus", in München 1875, V 47.
Thiers, Chef der französischen Exekutive im Februar 1871, III 408.
— — seine Eitelkeit, IV 222.
Thomas, französischer General, Befehlshaber der I. Armee von Paris 1870/71, III 203.
Tilsit, Friede zu, 1807, II 136.
Tod, Gedanken über den, I 237.
Toul, Einnahme von, am 23. September 1870, III 128 flgde.
Trier und die römischen Bauten 1847, VI 144 flgde.
— — 1847, die Fußstapfen der Römer, IV 116, 272.
Troas, Ausflug nach der, 1836, IV 92 flgde.
Trochu, französischer General, Mitglied der Regierung der nationalen Vertheidigung, Gouverneur von Paris, III 112.
Trostgedanken über das irdische und Zuversicht auf das ewige Leben, I 337—353.
Trouville sur Mer, Badeaufenthalt 1850, V 37 flgde.
v. Tümpling, General der Kavallerie, aus Briefen an ihn, V 167 flgde.

Türkei, Urkunden zum Aufenthalt in der, I 139 flgde.
Türken, die, als Volksstamm, II 119.
— — die, eine Nation in Pantoffeln, IV 96.
Türkisches Reich, Verfall und Schwäche 1841, II 282.
— — Schwierigkeiten einer Theilung 1841, II 283.
— — militärisch-politische Lage 1841, II 298—301.

U.

Uebersetzungen, poetische, Verstandessache, IV 253.
— — poetische nach Thomas Moore, I 250.
Umrangirung, merkwürdige, im Jenseits, V 174.
Ungarn, der Adel und seine geschichtliche Bedeutung, I 109 flgde.
— — und Oesterreich 1835, I 111 flgde.
— — seine Weltstellung, I 113 flgde.
Unruhen 1848, VI 157.
Utrechter Union (1579), II 14.

V.

Mont Valerien, Schlacht am, 19. Januar 1871, III 357 flgde.
Veile, im Hauptquartier zu, Mai 1864, VI 394 flgde.
Verdun, Belagerung und Einnahme 1870, III 174 flgde.
v. Verdy, General, Erinnerungen an den Feldmarschall, V 268—279.
Verfassungskonflikt, der, 1861, IV 168, 1862, IV 173.
— — Eröffnung der Kammern 1862, IV 176.
Verfolgung nach erfochtenem Siege in Theorie und Praxis, III 324.
Verpflegung der Truppe, die schlechte die theuerste, VII 65.
Versailles, Briefe aus, 1870/71, IV 199 flgde., V 45, 95 flgde., 167 flgde., 179 flgde., I 234.
— — Tafelrunde des Generalstabes des großen Hauptquartiers im Hôtel des Réservoirs zu, 1870/71, V 271, 284.
Victor Emanuel I., König von Italien, Begegnung mit ihm 1875, V 52.
Victoria, Kaiserin und Königin Friedrich, ihre Vermählung, VI 356 flgde.
Villersexel, Treffen bei, 9. Januar 1871, III 332.
Villiers, Schlacht bei, vor Paris am 30. November und 2. Dezember 1870, III 206 flgde.
Vincke, Frhr., seine brieflichen Mittheilungen an Fischer über den Feldmarschall 1839, V 156 flgde.

Vinoy, französischer General, sein Rückzug nach Paris im September 1870, III 115 flgde.
— — Befehlshaber der III. Pariser Armee 1870/71, III 203.
— — in der Schlacht bei Villiers, III 207 flgde.
— — Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Paris, Januar 1871, III 366.
Vionville—Mars la Tour, Schlacht bei, 16. August 1870, III 35 flgde.
Vogel v. Falckenstein, General, Besuch bei ihm, VI 501.
v. Voigts-Rhetz, preußischer General, in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 41.
— — in der Schlacht bei Beaune la Rolande, III 191.
— — bei Le Mans, III 273 flgde.
Volksbaugesellschaft, deutsche, Theilnahme an ihrer Thätigkeit, V 302 flgde.

W.

Waffenstillstand, der, 1871, III 403.
Walachei, Reise durch die, 1835, I 131 flgde.;
— — Land und Leute der, I 133 flgde.
Warschau als Hauptversammlungsort für den Reichstag, II 88.
— — zur Zeit des Reichstages 1764, II 128.
— — das Herzogthum, II 136.
Warwick Castle, Besuch 1856, VI 233.
v. Wedel, Angriff der Brigade, in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 43.
Wehrpflicht, die allgemeine, die beste Propaganda in den Reichslanden, VII 78 flgde.
Weichselbrücke bei Dirschau, VI 209.
Weihnachten 1828, IV 28, 1830, IV 46, 1844, IV 257, 1851 IV 150, 1868, Tod der Gemahlin, IV 302, 1870, V 285, 1884, V 135 flgde., VI 473 flgde.
— — 1856, am Hofe des Prinzen von Preußen, VI 278.
Weißenburg, Treffen bei, 4. August 1870, III 12 flgde.
Weltbürgerthum, Entstehung des deutschen, II 203.
Weltgeschichte, ihr Gang eine Annäherung zum allgemeinen Frieden, II 287.
v. Werder, preußischer General, seine Operationen im Oktober 1870, III 165 flgde.;
— — seine Operationen im Dezember 1870, III 250 flgde.;
— — im Treffen von Villersexel, III 332 flgde.
— — in der Schlacht an der Lisaine, III 339 flgde.

Wernersdorf, Ankauf von, 1889, V 73.
Westfalen, sein tüchtiger Bauernstand, VI 296.
Wien, Reise dorthin, 1835, I 105, IV 82;
Eindruck der Stadt, Schönheit der krummen Straßen, Herr v. Gunkel, IV 83;
der Stephansthurm, I 105, IV 84;
Krankheit in, auf der Rückreise aus dem Orient 1839, IV 109.
Aufenthalt am dortigen Hofe in Begleitung des Prinzen Friedrich Karl 1865, VI 435.
Wiesbaden, in den Spielsälen 1863, V 107 flgde.
Wildbad, Badeaufenthalt in, 1868, V 40.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen, seine Aufgabe als Regent 1857, IV 163.
— — sein Charakter, V 66;
— — in der Schlacht bei Königgrätz, III 422 flgde.
— — während des Krieges 1870/71, III 6, 34, 57.
— — seine Genesung nach den Attentaten 1878, V 68.
— — sein Tod, V 72, VI 537.
Wilhelm I, von Oranien, als König der Niederlande, II 55.
— — III. von Oranien, als Statthalter der Niederlande, II 35.
— — IV. von Oranien als Erbstatthalter der Niederlande, II 39.
— — V. von Oranien, als Erbstatthalter der Niederlande, II 39.
v. Willisen, preußischer General und Oberbefehlshaber der schleswig-holsteinischen Truppen 1850, IV 143 flgde.
v. Wimpffen, französischer General, übernimmt den Oberbefehl der Armee in der Schlacht bei Sedan, III 88.
Windsor, in, der Residenz der Königin von England, VI 233.
— — seine schöne Umgebung, VI 264.
Whistspiel, I 256, V 275;
— — bis dat, qui cito dat, V 287;
— — die letzte Partie, I 331.
Whitman, Sidney, Brief an ihn über seine Schrift: das kaiserliche Deutschland, V 210.
Wörth, Schlacht bei, den 6. August 1870, III 14.
Wohlthätigkeit, V 301.
Württemberg, Prinz August von, preußischer General, in der Schlacht bei Gravelotte—St. Privat, III 59 flgde.

Z.

v. Zastrow, preußischer General, in der Schlacht bei Colombey-Nouilly, III 31.
Zeichenkunst, Pflege der, I 254, IV 27, V 292 flgde.
Zollparlament, das, 1868, IV 188.
Zurückhaltung und Grund dafür, VI 29.



Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn,
Berlin, Kochstraße 68—70.

